

Eine Veröffentlichung des  
Niedersächsischen  
Innenministers



**Verfassungs-  
schutz-  
bericht '87**

ISSN-Nr.: 0930-4347

Herausgeber: Der Niedersächsische Minister des Innern  
Postfach 44 20  
3000 Hannover 1

Herstellung: Hahn-Druckerei, Hannover

**Verfassungs-  
schutz-  
bericht**

**1987**



## **Vorwort**

Der vorliegende Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1987 soll den Bürgern, wie in den vorangegangenen Jahren, einen Überblick über Bestrebungen geben, die sich gegen unsere Verfassung richten. Der Auftrag der Verfassung, extremistische, sicherheitsgefährdende und landesverräterische Handlungen von unserer freiheitlichen, rechtsstaatlichen Demokratie abzuwehren, kann nur erfüllt werden, wenn sich alle verantwortungsbewußten Kräfte in unserem sozialen Gemeinwesen hierfür einsetzen. Als Orientierungshilfe soll der Verfassungsschutzbericht den Bürgern eine geistig-politische Auseinandersetzung mit Gegnern unserer Verfassung erleichtern. Dabei muß die Freiheit zur politischen Auseinandersetzung die Verantwortung dafür einschließen, daß dies nur mit friedlichen Mitteln geschieht.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes haben auch im vergangenen Jahr dazu beigetragen, daß den Gefährdungen für die freiheitliche demokratische Grundordnung angemessen begegnet werden konnte. Ihnen gilt mein Dank für die Erfüllung ihres nicht immer einfachen Dienstes.



Wilfried Hasselmann  
Niedersächsischer Minister des Innern

	Seite
<b>Überblick</b>	9
<b>Linksextremismus</b>	14
<b>Orthodoxer Kommunismus</b>	14
<b>Allgemeine Entwicklung</b>	14
<b>Situation der DKP</b>	15
Parteiinterne Auseinandersetzungen	15
Entwicklung der Mitgliederzahlen und Finanzen	17
Aktionseinheitspolitik und Bündnispolitik	19
<b>Schwerpunkte der Parteiarbeit 1987</b>	21
Bundestagswahl	21
Beteiligung an der Kampagne gegen die Volkszählung	23
Bekanntnis der DKP zur „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“	23
„3. Automobilarbeiterberatung“ in Wolfsburg	24
<b>Schwerpunkte der Parteiarbeit in Niedersachsen</b>	24
Betriebsarbeit	24
Agitation und Propaganda	27
Organisatorische Änderungen	28
<b>Nebenorganisationen der DKP</b>	29
„Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus“ (MSB Spartakus)	29
„Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)	31
„Junge Pioniere - Sozialistische Kinderorganisation“ (JP)	32
<b>DKP-beeinflußte Organisationen</b>	34
„Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA)	34
„Deutsche Friedens-Union“ (DFU)	36
„Die Friedensliste“	36
„Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner“ (DFG-VK)	38
<b>Dogmatisch-extremistische „Neue Linke“</b>	39
<b>Organisatorische Entwicklung</b>	39
<b>Einzelne Parteien und Gruppierungen</b>	40

„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)	40
„Bund Westdeutscher Kommunisten“ (BWK)	42
„Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg“ (VOLKSFRONT)	43
„Vereinigte Sozialistische Partei“ (VSP)	43
„Kommunistischer Bund“ (KB)	45
„Marxistische Gruppe“ (MG)	46
<b>Undogmatischer Linksextremismus</b>	48
<b>Allgemeine Entwicklung</b>	48
<b>Die anarchistische „Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FöGA)“</b>	49
„Autonome“	49
<b>Besondere Aktionsfelder der Linksextremisten</b>	53
<b>Einflußnahme von Linksextremisten auf die Anti-Kernkraft-Bewegung</b>	53
„Antimilitarismus-Kampf“	53
Protestaktionen gegen die „Panzertrasse“ in Garlstedt	53
Anschläge auf US-Militär- und -Munitionszüge	54
Beteiligung von Linksextremisten an den Aktivitäten der „Friedensbewegung“	55
<b>Sonstige Aktionen</b>	56
Aktivitäten von Linksextremisten gegen die Volkszählung	56
Linksextremistische Bestrebungen an niedersächsischen Hochschulen	57
<b>Linksextremistischer Terrorismus</b>	58
„Rote Armee-Fraktion“ (RAF)	58
Entwicklung der RAF	58
Situation der RAF 1987	58
Aktivitäten des RAF-Umfeldes	60
„Revolutionäre Zellen“ (RZ) und „Rote Zora“	61

<b>Rechtsextremismus</b>	66
Entwicklung rechtsextremistischer Bestrebungen	66
Neonazistischer Rechtsextremismus	69
Auseinandersetzungen in der neonazistischen „Bewegung“	70
„Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP)	72
Entwicklung	72
Aktivitäten	74
„Nationalistische Front“ (NF)	76
„Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG)	76
„Bürger- und Bauerninitiative e.V.“ (BBI)	77
„Nationaldemokratischer“ Rechtsextremismus	79
„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	79
Allgemeine Entwicklung	79
Neues Parteiprogramm der NPD	79
NPD-Bundesparteitag	80
Teilnahme der NPD an Wahlen	80
NPD-Landesparteitag	81
„Junge Nationaldemokraten“ (JN)	82
„National-Freiheitlicher“ Rechtsextremismus	83
„Deutsche Volksunion“ (DVU)	83
„Deutsche Volksunion-Liste D“ (DVU-Liste D)	83
Sonstige rechtsextremistische Organisationen	85
„Wiking-Jugend“	85
Allgemeine Entwicklung	85
Veranstaltungen in Niedersachsen	85
Rechtsextremistische Kultur- und Weltanschauungs- vereinigungen, Schüler- und Studentengruppen	86
Munin-Verlag, Osnabrück	87

<b>Rechtsextremistisches Potential in der Skinhead-Subkultur</b>	88
Allgemeine Entwicklung	88
Skinheads in Niedersachsen	89
<b>Sonstige Ereignisse und Aktivitäten von Neonazis und anderen Rechtsextremisten</b>	90
<b>Urteil gegen den ehemaligen Neonazi Odfried HEPP</b>	90
<b>Verhaftung mutmaßlicher Rechtsterroristen</b>	91
<b>Rechtsextremist beim Hantieren mit Sprengstoff tödlich verunglückt</b>	91
<b>Reaktionen auf den Tod von Rudolf HESS</b>	92
<b>Ermordung eines 17jährigen Schülers in Hannover</b>	92

## ***Ausländerextremismus*** 94

<b>KURDEN</b>	94
„Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)	96
„FEYKA-Kurdistan“	99
„KOMKAR“	99
„Föderation der demokratischen Arbeitervereine Kurdistans e.V.“ (KKDK)	101

<b>TÜRKEN</b>	102
<b>Linksextremistische Organisationen</b>	102
„Neue Linke“	102
DEVIRIMCI ISCI	102
„Türkische Kommunistische Partei/ Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML)	104
Orthodoxe Kommunisten	104
<b>Rechtsextremistische Organisationen</b>	104
Extrem-nationalistische Organisationen	105
Islamisch-fundamentalistische Organisationen	105

„AVRUPA MIILI-GÖRUS TESKILATLARI“ (AMGT)	106
„Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V., Köln“	106
<b>IRANER</b>	106
<b>Linksextremistische Organisationen</b>	106
MSV	106
O.I.P.F.G.	107
<b>ARABER</b>	107
<b>Spionageabwehr</b>	108
<b>Vorbemerkung</b>	108
<b>Lagebild</b>	109
Allgemeines	109
Anwerbungen von Bundesbürgern	109
Ausnutzen der Zwangslage von Zuwanderern	111
Anwerbungen von Besuchern aus dem Ostblock	112
Grenzaufklärung durch das MfS	114
<b>Weitere Fälle</b>	115
Anwerbungen von deutschen Studenten im Ostblock	115
Illegaler Technologietransfer	115
<b>Geheimschutz</b>	116
<b>Extremisten und öffentlicher Dienst</b>	118
<b>Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes</b>	122
<b>Verfassungsschutzgesetz des Landes Niedersachsen</b>	124

# Überblick

In Niedersachsen wurde 1987 ein politisch motivierter Mordanschlag verübt, für den mutmaßlich die terroristische „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) verantwortlich ist. In der Nacht zum 3. Februar ermordeten in Hannover vier Skinheads einen 17jährigen Schüler, der Mitglied der neonazistischen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) war.

Zahlreiche Brand- und Sprengstoffanschläge und andere Sachbeschädigungen führten zu Schäden in Millionenhöhe.

● Die orthodox-kommunistische „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) gerät durch die starre Haltung der Führung, die aus der Abhängigkeit von Ost-Berlin herrührt, zunehmend in Bedrängnis. Sinkende Mitgliederzahlen und parteiinterne, zum Teil offen ausgetragene Streitigkeiten, z.B. über die Bewertung der aktuellen Entwicklung in der Sowjetunion, zeigen die Unzufriedenheit der Basis mit dem Kurs des Vorstandes. Die bündnispolitischen Aktivitäten orthodoxer Kommunisten blieben von diesen Problemen allerdings unberührt.

● Im Vergleich zu den Vorjahren haben die Aktivitäten im linksextremistisch beeinflussten Bereich der „Anti-AKW“- und Friedensbewegung deutlich abgenommen. Die von einigen angestrebte überregionale Koordinierung konnte nicht erreicht werden. Protestaktionen fanden bei den Anhängern nur selten die erhoffte Unterstützung.

● Die Polizistenmorde an der Startbahn West bei Frankfurt wurden von Teilen der niedersächsischen „Autonomen“ begrüßt. Sie halten es für sinnvoll, „bestimmte Repräsentanten und besondere Schweine umzuplätzen“. Die zunehmende Zahl an Brand- und Sprengstoffanschlägen der terroristischen „Revolutionären Zellen“ und ihrer Frauengruppe „Rote Zora“ haben auch in Niedersachsen zu hohen Schäden geführt.

● Die Zusammenarbeit von NPD und „National-Freiheitlichen“ unter Führung des rechtsextremistischen Verlegers Gerhard FREY, die in der Gründung der neuen Partei „Deutsche Volksunion-ListeD“ mündete, hat zu überraschenden Erfolgen geführt. Nach 15 Jahren ist wieder eine rechtsextremistische Partei in einem Landesparlament vertreten (Bremen).

Die neonazistische „Bewegung“ und die von ihr gesteuerte „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP) war auch 1987 gespalten. KÜHNEN-Treue und -Gegner griffen einander heftig an.

● Bei den extremistischen Ausländerorganisationen tat sich insbesondere die terroristische „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) durch brutale Gewaltakte bis hin zum Mord hervor. Kritiker aus den eigenen Reihen und konkurrierenden Organisationen wurden unnachgiebig verfolgt.

● Die Nachrichtendienste der Staaten des Warschauer Pakts nötigten zunehmend Aussiedlungswillige zur Spionage.

Organisationen	Bundesgebiet einschl. Berlin (West)			
Inländische Extremisten (ohne Mehrfachmitgliedschaften und Kinderorganisationen)				
— Mitglieder linksextremistischer Kern- und Nebenorganisationen <sup>1)</sup>	62.000	(63.000)		
— Mitglieder linksextremistisch beeinflußter Organisationen <sup>1)2)</sup>			46.000	(49.000)
— Mitglieder rechtsextremistischer Organisationen	25.200	(22.100)		
Orthodoxer Kommunismus				
— Kernorganisationen <sup>1)</sup> (DKP, SEW)	42.500 <sup>3)</sup>	(46.000)		
— Nebenorganisationen <sup>1)</sup>	28.000	(28.000)		
— beeinflusste Organisationen <sup>1)2)</sup>			60.500	(64.000)
„Neue Linke“				
— Revolutionäre Marxisten				
— Kernorganisationen <sup>1)</sup>	6.100	(6.100)		
— Nebenorganisationen <sup>1)</sup>	500	(600)		
— beeinflusste Organisationen <sup>1)2)</sup>			1.200	(1.100)
— Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre (terroristisches Umfeld)	4.300 <sup>4)</sup>	(3.000)		
Rechtsextremisten				
— Neonazistische Gruppen	2.100 <sup>5)</sup>	(1.460)		
— „Nationaldemokratische“ Organisationen <sup>6)</sup>	7.000	(6.800)		
— „National-freiheitliche“ Organisationen <sup>7)</sup>	mehr als 15.100	(12.100)		
— sonstige Vereinigungen	3.100	(3.150)		
Sicherheitsgefährdende u. extremistische Bestrebungen von Ausländern	108.600	(116.940)		
— Islamisch-extremistische Gruppen	20.300	(20.300)		
— Extrem-nationalistische Gruppen	11.600	(13.050)		
— Rechtsextremistische Gruppen	3.400	(2.000)		
— Linksextremistische Gruppen	73.300	(81.590)		

(Vergleichszahlen 1986 in Klammern)

Abzüge für Mehrfachmitgliedschaften lassen sich nur auf Bundesebene erfassen und sind deshalb in der Zusammenfassung (oberste Spalte) nur für den Bundesbereich berücksichtigt.

Vergleiche Erläuterungen auf der folgenden Seite.

Niedersachsen		Organisationen	
			Inländische Extremisten (ohne Mehrfachmitgliedschaften und Kinderorganisationen)
5.140	(5.600)		— Mitglieder linksextremistischer Kern- und Nebenorganisationen <sup>1)</sup>
		2.400	(2.460) — Mitglieder linksextremistisch beeinflußter Organisationen <sup>1)2)</sup>
2.600	(2.170)		— Mitglieder rechtsextremistischer Organisationen
			Orthodoxer Kommunismus
2.900	(3.000)		— Kernorganisationen <sup>1)</sup> (DKP)
1.300	(1.400)		— Nebenorganisationen <sup>1)</sup>
		2.400	(2.400) — beeinflusste Organisationen <sup>1)2)</sup>
			„Neue Linke“
			— Revolutionäre Marxisten
420	(330)		{ — Kernorganisationen <sup>1)</sup>
70	(60)		{ — Nebenorganisationen <sup>1)</sup>
			— beeinflusste Organisationen <sup>1)2)</sup>
450	(800)		— Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre
70	(70)		(terroristisches Umfeld)
			Rechtsextremisten
160	(120)		— Neonazistische Gruppen
850	(860)		— „Nationaldemokratische“ Organisationen <sup>6)</sup>
mehr als 1.450	(1.050)		— „National-freiheitliche“ Organisationen <sup>7)</sup>
140	(140)		— sonstige Vereinigungen
			Sicherheitsgefährdende u. extremistische Bestrebungen von Ausländern
4.280	(4.590)		— Islamisch-extremistische Gruppen
1.960	(2.010)		— Extrem-nationalistische Gruppen
660	(720)		— Rechtsextremistische Gruppen
1.660	(1.860)		— Linksextremistische Gruppen

## Erläuterungen

Ein Vergleich dieser Gesamtzahlen mit der Bevölkerungsstärke der einzelnen Bundesländer kann nur mit Einschränkungen zu aussagekräftigen Ergebnissen führen. Abgesehen davon, daß in einigen Bundesländern größere Ballungsgebiete mit einem stärkeren Anteil extremistischer Organisationen vorhanden sind, weichen die Gesamtzahlen für Niedersachsen nicht erheblich vom Bundesdurchschnitt ab; sie entsprechen etwa dem Durchschnitt der vergleichbar strukturierten Gebiete in anderen Bundesländern.

Organisationsinterne Entscheidungen, regionale oder geschichtliche Besonderheiten führen dazu, daß extremistische Organisationen in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich vertreten sind.

1) **Kernorganisationen** sind Parteien und Gruppierungen, die die führende Kraft in dem jeweiligen politisch-extremistischen Lager bilden.

**Nebenorganisationen** sind Vereinigungen, die sich selbst offen als einer Kernorganisation politisch verbunden bezeichnen, deren führende Rolle anerkennen und in allen maßgeblichen Funktionen von Mitgliedern der Kernorganisation besetzt sind. Sie sind jedoch aufgrund einer eigenen Satzung, eigener Führungsgremien und eines mit dem der Kernorganisation nicht identischen Mitgliederbestandes in organisatorischer Hinsicht selbständig.

**Beeinflußt** sind Organisationen und Initiativen, auf die eine Kernorganisation sich in ihrem Bemühen stützt, möglichst viele Bürger für ihre jewei-

ligen Ziele zu mobilisieren; sie erscheinen nach außen meist unabhängig, sind aber erheblich von der Kernorganisation beeinflusst.

2) Da den beeinflussten Organisationen auch Mitglieder angehören, die keine Kommunisten sind, wurden die Mitgliederzahlen ausgerückt. Mitglieder von Initiativen wurden hier nur dann erfaßt, wenn ein organisatorischer Zusammenhalt und eine Mitgliederstruktur gegeben sind.

3) Nach eigenen Angaben (bekanntgegeben auf der 8. Parteivorstandstagung am 14./15.11.1987) hat die DKP über 56.000 Mitglieder.

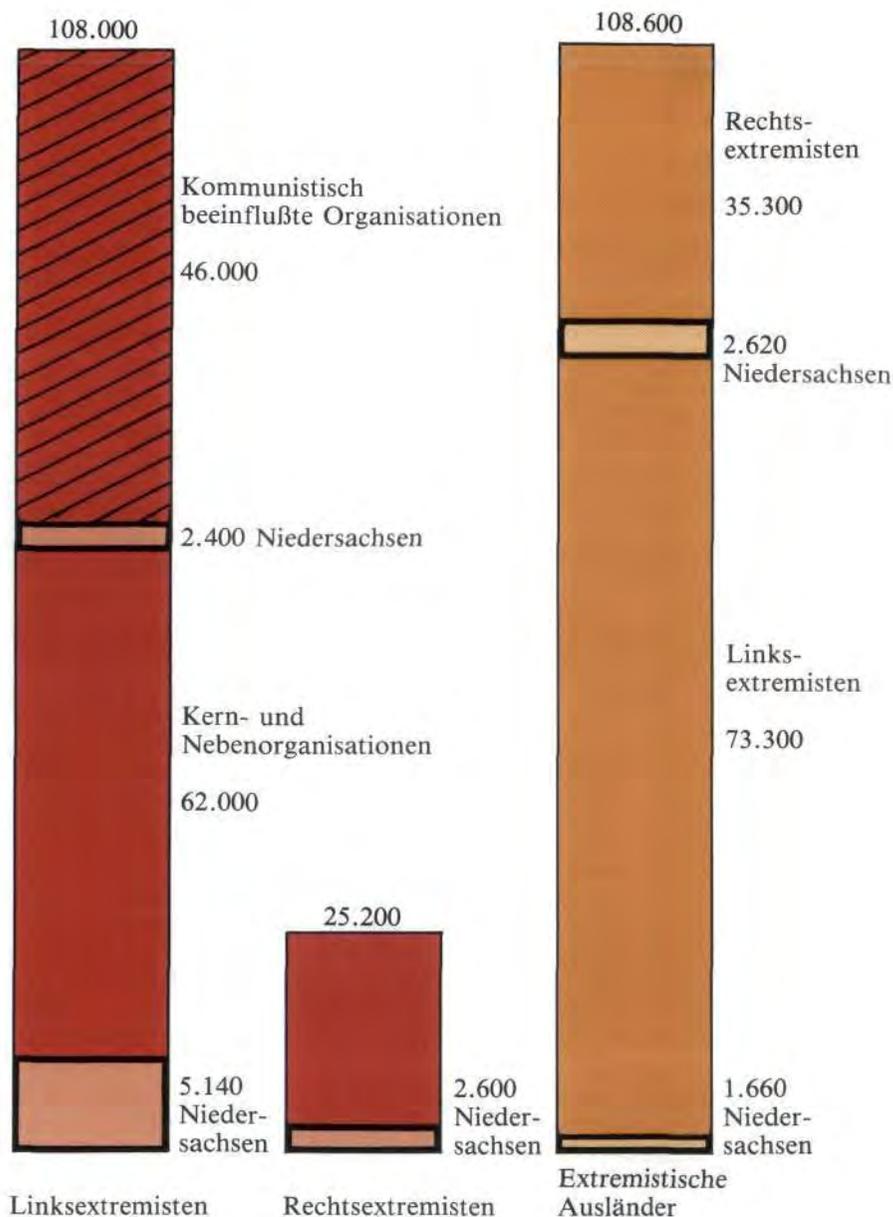
4) Erfaßt sind nur Gruppen, die festere Strukturen aufweisen und über einen längeren Zeitraum aktiv waren. Den losen, statistisch nicht berücksichtigten Zusammenschlüssen dieser Szene sind schätzungsweise 6.000 Personen zuzurechnen.

5) Nach Abzug von Doppelmitgliedschaften ergibt sich eine Zahl von 1.520 Neonazis.

6) In den vergangenen Jahren war die Zahl der Mitglieder des NPD-Landesverbandes Niedersachsen zu hoch geschätzt. Die Bereinigung trifft mit einer leichten Zunahme der Mitgliederzahlen zusammen.

7) Lt. Angaben von Dr. FREY, mehr als 22.000.

## Bundesgebiet / Niedersachsen



## Orthodoxer Kommunismus

### Allgemeine Entwicklung

Weder die in Teilbereichen zu verzeichnende Entspannung des Ost-West-, insbesondere des deutsch-deutschen Verhältnisses, noch erhebliche parteiinterne Probleme haben die DKP davon abgehalten, ihren offenen wie verdeckt geführten Kampf gegen die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik und damit gegen die freiheitliche Demokratie weiterzuführen. Sie glaubt, in ihrem Bemühen, das allgemeine politische Bewußtsein zu beeinflussen, im Jahr 1987 ein gutes Stück vorangekommen zu sein. Jedes politische oder ökonomische Problem unserer Gesellschaft, wie z.B. Arbeitslosigkeit, Stahl- und Agrarkrise, Ablehnung der Kernenergie, Auftreten rechtsextremistischer Gruppen, gab den orthodoxen Kommunisten Anlaß, nicht etwa nur die Korrektur dieser Entwicklungen zu fordern, sondern sie — agitatorisch geschickt — auf das „staatsmonopolkapitalistische System“ selbst zurückzuführen: Diese Probleme seien notwendige Teile eines Ganzen und letztlich nicht durch Reformen, sondern nur durch eine Überwindung des Systems zu beseitigen. Erst die „sozialistische Demokratie“ nach dem Vorbild des „real existierenden Sozialismus“ — vor allem der DDR — schaffe die Voraussetzung für die Verwirklichung der

„Menschenrechte“, aus denen die kommunistische Ideologie allerdings die vom Grundgesetz garantierten individuellen Freiheitsrechte der Bürger weitestgehend ausklammert. Die DKP verschweigt, daß die von ihr angestrebte Gesellschaftsordnung nach DDR-Vorbild Menschen- und Grundrechte nur insoweit zulassen würde, als deren Ausübung die „Herrschaft der Arbeiterklasse“ unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei und damit den demokratischen Zentralismus nicht antastet.

Allerdings mußte die DKP-Führung Ende 1987 feststellen, daß sie ihre behaupteten Erfolge mit einem Profilverlust der Partei bezahlt hat. Die Bemühungen, die DKP als „Massenpartei“ in der „Arbeiterklasse“ zu verankern, sind ohne Erfolg geblieben. Wesentliche Ursachen hierfür sind mangelnde Flexibilität in der Frage innerparteilicher Disziplin (Herrschaft der Funktionäre) und die auch für die Parteibasis schwer nachvollziehbare Gratwanderung der Führung zwischen Sympathiebekundungen für den in der Bundesrepublik auf positive Resonanz stoßenden Reformkurs Gorbatschows und Loyalität zur zurückhaltenden Reaktion der SED-Führung.

Bei ihren Bestrebungen, sich als „Massenpartei“ zu entwickeln, ist die DKP ihrer eigenen elitären Utopie erlegen. Das Selbstverständnis einer marxistisch-leninistischen Partei bzw. ihrer führenden Funktionäre, dem Volk vorzugeben, was es zu wollen habe, läßt sich nur unter den Bedingungen eines totalitären Machtapparates durchhalten. Deshalb wirkt die Parteispitze zunehmend darauf hin, den antitotalitären Auftrag des



Zum Eklat kam es infolge eines Papiers des Bezirkssekretariats Hamburg vom 13. August, in dem ein „krisenhafter Zustand“ der Partei in Hamburg konstatiert wurde. Viele Mitglieder hätten den Eindruck, man könne „weder mit noch in unserer Partei etwas bewegen“. Es gäbe einen gravierenden Rückgang in der Mitgliedererwerbung und eine bemerkenswerte Zunahme von Austritten langjähriger Parteimitglieder. Grund dafür sei, daß für die meisten Mitglieder Entscheidungsprozesse weder durchschaubar noch real einflußbar wären. Die Demokratisierung der Partei sei deshalb eine zentrale Aufgabe.

Das Präsidium des Parteivorstandes wies das Hamburger Papier scharf zurück. Das Hamburger Bezirkssekretariat habe mit dem Papier nur eigene Fehler überdecken wollen. Es werde der Eindruck vom „Vordenkertum“ einer Bezirksorganisation bei gleichzeitiger „Unbeweglichkeit“ der zentralen Führung erweckt. Das Bezirkssekretariat habe jenen Kräften nachgegeben, die auf eine ganz andere Partei mit Hamburg als zweitem Führungszentrum drängten.

Das Präsidium hielt dem Hamburger Bezirkssekretariat überdies einen verantwortungslosen Umgang mit politischen Begriffen vor. Der Begriff „krisenhafter Zustand“ beschränke sich in der Geschichte der kommunistischen Bewegung auf äußerst zugespitzte Situationen, in denen in der Regel die Einheit der Partei akut bedroht gewesen sei und die Gefahr der Spaltung bestanden habe. Davon könne bei der DKP keine Rede sein. Als Beweis führte das Präsidium das UZ-Pressfest mit, nach ei-

gener Angabe, 400.000 Besuchern an. Eine Partei in einem „krisenhaften Zustand“ wäre außerstande gewesen, ein so „massenwirksames Fest“ zu organisieren.

Auch der Begriff „Demokratisierung der Partei“ sei falsch, denn er erwecke den Eindruck, als sei die Partei undemokratisch. Die DKP sei jedoch eine demokratische Partei mit hochentwickelter innerparteilicher Demokratie. Aus diesem Grund werde in den Parteidokumenten auch bewußt der Begriff der „Weiterentwicklung unserer innerparteilichen Demokratie“ verwendet. Das Präsidium verlangte, daß denjenigen, die glaubten, die Entwicklung in der KPdSU gegen „unsere Organisationsprinzipien“ ins Feld führen zu können, mit Bestimmtheit entgegengetreten werde. Im übrigen verwandle sich die KPdSU keineswegs in eine liberale oder basisdemokratische Organisation, sondern stärke Demokratie und Zentralismus in ihrer dialektischen Einheit.

Das Bezirkssekretariat unterwarf sich und übte Selbstkritik (Erklärung vom 10. November). Daß die Angelegenheit trotzdem noch nicht ausgestanden war, zeigten Passagen aus den Stellungnahmen des Präsidiums und des Sekretariats des Parteivorstandes (PV) auf der 8. PV-Tagung. Daraufhin machte sich zwar die Mehrheit der Partei die Stellungnahme des Präsidiums zu eigen. Dennoch ist die Kritik keineswegs überwunden.

Die ständigen Appelle und Mahnungen in der Parteizeitung „unsere zeit“ (UZ), „die DKP muß angesichts der sozialen Spannungen (z.B.

Rheinhausen) wieder geschlossen zur Aktion zurückfinden“, unterstreichen, daß Teile der Partei weiterhin in Passivität verharren.

## **Entwicklung der Mitgliederzahlen und Finanzen**

Die gegenwärtigen Schwierigkeiten der DKP spiegeln sich auch in ihrer Mitgliederentwicklung wider. Zum ersten Mal seit der Gründung räumte die Partei öffentlich Mitgliederverluste ein. Auf der 8. PV-Tagung am 14./15. November erklärte der Parteivorsitzende Herbert MIES, die DKP verfüge über 56.000 Mitglieder. Auf dem 8. Parteitag im Mai 1986 hatte er noch die Zahl 57.802 genannt. Tatsächlich dürfte der Mitgliederbestand der DKP auf 38.000 gegenüber etwa 40.000 im Vorjahr zurückgegangen sein. Darüber hinaus wurde 1987 häufig über das beträchtliche Defizit zwischen Plansoll und Planerfüllung bei der Mitgliederentwicklung geklagt. Dieses Defizit umfaßt nicht nur reale Mitgliederverluste, sondern auch den Rückzug in eine passive Mitgliedschaft, was mit der Pflicht der Mitglieder zum aktiven Eintreten für die Parteiziele nicht vereinbar ist. So wurde auf der 7. Tagung des PV ein „rückläufiges eigenständiges Auftreten“ beklagt; auch auf Schwächen im Gruppenleben sowie auf mangelhafte Beteiligung, Aktivitäten und Außenwirkungen wurde hingewiesen.

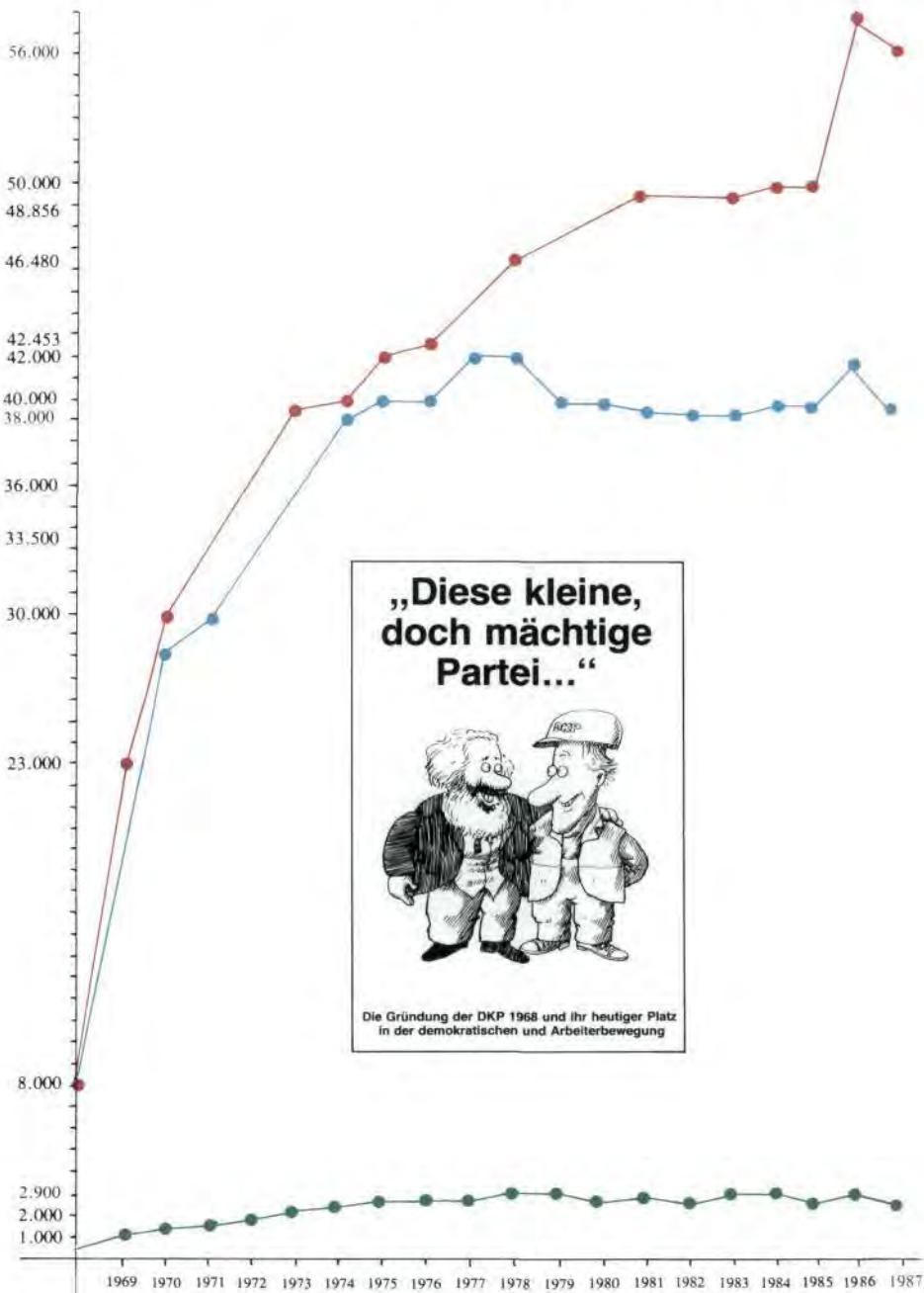
Darüber hinaus wirkten sich Veränderungen in der Mitgliederstruktur sowohl ideologisch belastend als

auch in der praktischen Parteiarbeit demotivierend auf die DKP aus.

Bei den Mitgliedern stieg der Anteil des „Bildungsbürgertums“ gegenüber dem der Arbeiter. Die selbsternannte Partei der „Arbeiterklasse“ versuchte diesen Widerspruch dadurch zu lösen, daß Akademiker und Lohnabhängige der Mittelschicht einfach zur „Arbeiterklasse“ gerechnet wurden. Gleichzeitig wurden die Beschäftigten der Großbetriebe als „Kern der Arbeiterklasse“ bezeichnet, auf die sich die ganze Partei konzentrieren müsse. In der täglichen Parteiarbeit versuchte man der Vorstellung entgegenzuwirken, daß die Arbeiter nur die Ausführenden der von Akademikern entworfenen Vorgaben seien. Der Parteivorstand warnte davor, in den Parteigliederungen Diskussionen zu führen, bei denen sich Arbeiter deshalb nicht mehr wohl fühlten, weil das intellektuelle Niveau ihnen nicht angemessen sei.

In ihrem Rechenschaftsbericht für 1986 hat die DKP Einnahmen von 22,8 Mio. DM gegenüber Ausgaben von 22,2 Mio. DM ausgewiesen. In Anbetracht der hohen Kosten des umfangreichen Parteiapparats, der zahlreichen aufwendig gestalteten Publikationen und der Finanzierung ihrer Neben- und beeinflussten Organisationen beträgt die finanzielle Ausstattung tatsächlich ein Vielfaches. Die Zuwendungen aus der DDR belaufen sich auf mehr als 65 Mio. DM. Weitere unentgeltliche Leistungen wie Benutzung von Schullehrerwohnungen der SED, Betreuung und Unterbringung bei Delegations-, Urlaubs- und Kuraufenthalten in Staaten des Warschauer Pakts müssen hinzugerechnet werden.

## Entwicklung des Mitgliederstandes der DKP



„Diese kleine,  
doch mächtige  
Partei...“



Die Gründung der DKP 1968 und ihr heutiger Platz  
in der demokratischen und Arbeiterbewegung

Zeichenerklärung: von den Verfassungsschutzbehörden geschätzt: —  
 nach eigenen Angaben der Partei: —  
 DKP in Niedersachsen (geschätzt): —

## **Aktionseinheitspolitik und Bündnispolitik**

Das Wirken der DKP wird in der Öffentlichkeit meist an ihrem Erscheinungsbild, ihrer Mitgliederzahl und ihren Wahlerfolgen gemessen und dementsprechend gering bewertet. Die Bedeutung dieser von Moskau und Ost-Berlin abhängigen marxistisch-leninistischen Kaderpartei liegt aber im wesentlichen in der Qualifikation ihrer höheren Funktionäre, ihres Parteiparats und in ihrer Fähigkeit zu verdeckter politischer Massenarbeit. Wichtigstes Instrumentarium hierfür sind die Aktionseinheits- und die Bündnispolitik.

In den vom 8. Parteitag der DKP (Mai 1986 in Hamburg) verabschiedeten „Thesen“ werden der Aktionseinheits- und Bündnispolitik, die vor allem auf die „Veränderungen im Bewußtsein der Menschen“ abzielen, größte Bedeutung beigegeben.

Ihre im Rahmen dieser Politik partiell erzielten Erfolge beruhen im wesentlichen darauf, daß es die DKP im Zusammenwirken mit den übrigen sowjetisch gesteuerten „Front- bzw. Einwirkungsorganisationen“ verstanden hat, die in freiheitlichen Demokratien positiv belegten Begriffe wie Frieden, Demokratie, Antifaschismus, Menschenrechte usw. allein für sich in Anspruch zu nehmen. Von Demokraten formulierte Ziele werden begrifflich übernommen, um Unterstützung für die inhaltlich abweichenden eigenen Bestrebungen zu erhalten.

Diese Strategie blieb in der Vergangenheit nicht wirkungslos, weil sich die öffentliche Meinung, insbesonde-

re die von der DKP ins Auge gefaßte „kritische Intelligenz“, zwar kaum durch unverblümete kommunistische Propaganda, gelegentlich aber durch Einbindung unverdächtig erscheinender sog. autoritativer Persönlichkeiten beeinflussen ließ. Dieses sind namhafte Wissenschaftler, Juristen, Künstler, Sportler usw., denen oftmals nur die tagespolitische Frage, nicht aber das auf Systemveränderung gerichtete strategische Ziel der DKP bewußt ist.

In ihrem Streben nach Aktionseinheit konzentriert sich die DKP naturgemäß auf Organisationen, die der „Arbeiterklasse“ verbunden sind, SPD und Gewerkschaften. In ihren Publikationen wie auch in internen Äußerungen konstatiert sie „schwindende Berührungängste“ bei Sozialdemokraten und eine Übernahme eigener Postulate durch Teile der SPD, z.B. bei „Fragen wie SDI, Abrüstung, Demokratie- und Sozialabbau, Berufsverbote, Antifaschismus“, obwohl sie die Gefahr sieht, dadurch langfristig als eigenständige Partei überflüssig zu werden. Nicht zuletzt auf diese Entwicklung führt die DKP ihre jüngeren schlechten Wahlergebnisse zurück. Dennoch sieht sie in der Annäherung an SPD und Gewerkschaften einen wichtigen Etappen-Erfolg in ihrem Kampf um eine „demokratische Wende“ — mit dem Ziel einer „antimonopolistischen Demokratie“ als Vorstufe einer sozialistischen „Umwälzung“. Die Selbstüberschätzung der DKP ist allerdings augenfällig, einen realen Einfluß auf SPD und Gewerkschaften konnte sie nicht ausüben.

In ihrer Bündnispolitik wendet sich die DKP unter Einschaltung ihrer Neben- und Vorfeldorganisationen

Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert. Es kommt aber darauf an, sie zu verändern.

**verändern.**  
Mitglied werden

**DKP** *die Roten*

The poster features a central illustration of a globe with a grid, a large red star on the right side, and a ribbon with a quote. The globe is set against a background of yellow lightning bolts on a dark blue field. Below the globe, the word 'verändern.' is written in large, bold, red letters with a black underline. Underneath that, 'Mitglied werden' is written in black. At the bottom, the DKP logo (a red star with a black silhouette of a man's face) is followed by 'DKP' in large red letters and 'die Roten' in a white box with a black border.

vornehmlich an Bürger, die bestimmten Erscheinungsformen unseres Gesellschafts- und Wirtschaftssystems kritisch gegenüberstehen. In von ihr angeregten themenorientierten „Initiativen“ für Frieden, Demokratie, Soziales u.a. wirken orthodoxe Kommunisten meist verdeckt nach dem Leninschen Prinzip:

*„Der Kampf der Massen beginnt mit dem Nächstliegenden, mit dem, was sie erkennbar und erfahrbar am stärksten betrifft ... Im Kampf um dieses Nächstliegende ist es möglich, den wirklichen monopolkapitalistischen, imperialistischen Verursacher aller hier angesprochenen Probleme aufzuzeigen, also dem Kampf das richtige Ziel zu weisen.“*

Gehemmt wird die Bündnispolitik der DKP allerdings durch die grün-alternative Bewegung, die den zwiespältigen orthodox-kommunistischen Positionen z.B. zu Fragen der Kernenergie und zu anderen Problemen der modernen Industriegesellschaft kritisch bis ablehnend gegenübersteht.

## **Schwerpunkte der Parteiarbeit 1987**

### **Bundestagswahl**

Der Parteivorstand der DKP beschloß auf seiner 9. Tagung im März 1986, bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag am 25.1.1987 nicht selbst zu kandidieren, sondern die „Friedensliste“ zu unterstützen. Zur Begründung wurde angegeben, daß Wahlstrategie und -taktik der Kommunisten in diesem Land immer darauf ausgerichtet gewesen seien, die „Rechtskräfte“ zu schwächen und die „Linkskräfte“ zu stärken.

Dieser Verzicht auf Eigenkandidatur war der Parteibasis nur schwer zu vermitteln. Die Verwirrung steigerte sich noch, als die „Friedensliste“ entgegen dem Willen der DKP beschloß, nur mit Direktkandidaten anzutreten, auf die Aufstellung von Landeslisten zu verzichten und stattdessen dazu aufzurufen, mit der Zweitstimme SPD oder GRÜNE zu wählen. Viele DKP-Mitglieder verweigerten ihre Mitarbeit, da sie nicht Wahlkampf für SPD oder GRÜNE machen wollten.

Auf der Bundeswahlkonferenz der DKP erklärte Herbert MIES:

*„Die Hauptforderungen der Friedensliste zur Bundestagswahl sind auch Forderungen der DKP. Ein mit christlichen, liberalen, linkssozialistischen und unabhängigen Persönlichkeiten gemeinsam geführter Wahlkampf kann politische Ausstrahlung auf mehr Menschen entwickeln, auf Menschen, die wir Kommunisten allein mit unseren*

*Argumenten heute noch nicht erreichen. . .*

*Die DKP beteiligt sich nicht deshalb an Wahlbündnissen, weil sie den eigenständigen Kampf um Stimmen aufgegeben hat. Kommunistische Identität wird sich niemals aus dem Wahlverhalten allein ableiten lassen.“*

Es gelang der Parteiführung jedoch nicht, ihre Basis für einen engagierten Wahlkampf zu motivieren. Das Ziel der Partei, während des Wahlkampfes 2.000 neue Mitglieder und 1.000 neue Abonnenten ihres Zentralorgans „unsere zeit“ (UZ) zu gewinnen, wurde nicht entfernt erreicht.

Trotz dieser negativen Bilanz bewertete das Präsidium der DKP das Ergebnis der Bundestagswahl als Erfolg. Die DKP habe mit ihrer Wahlempfehlung zur Abgabe der Zweitstimme für SPD/GRÜNE ihren Beitrag für eine breitere Wählerbasis der linken und demokratischen Kräfte geleistet. Überdies habe die Partei durch ihr Verhalten im Wahlkampf ihr Ansehen erhöhen können.

Ermutigt durch die harsche Kritik, die KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow auf dem ZK-Plenum der KPdSU im Januar 1987 an Funktionären geübt hatte, ließen zahlreiche DKP-Mitglieder in der UZ-„Diskussionstribüne“ im Februar 1987 ihrem Unmut freien Lauf. Das Profil und auch die Einheit der Partei habe unter dieser Wahlstrategie schwer gelitten. Es gebe kein nennenswertes Parteiaktiv mehr, wenn die DKP nur noch als Wählerinitiative agiere. Im übrigen mache sie bei Wahlverzicht einen Platz frei, der zwangsläufig und schnell von „irgendeiner pseudo-



**Kommunisten, Wahlen, Wahlbündnisse**

kommunistischen Gruppe (z.B. MLPD)“ eingenommen werde. Die Partei biete das Bild eines „abweisenden, leblosen, eiszeitlichen Findlings.“

Die Parteiführung versuchte, diese Diskussion einzudämmen und betonte, daß die Freiheit der Kritik ihre Grenze an den Grundlagen der Partei finde. An diesen Grundlagen — z.B. dem Prinzip des demokratischen Zentralismus — könne es keinerlei Abstriche geben.

Es gelang dem Parteivorstand, die Wahldiskussion auf seiner 6. Tagung am 11./12. April mit einer Resolution formal abzuschließen. Dennoch wurden die Zweifel an der Parteiführung nicht ausgeräumt und führten mit dem Hamburger Papier zur schwersten Krise der Partei seit ihrem Bestehen.

## **Beteiligung an der Kampagne gegen die Volkszählung**

In einem Beitrag der UZ vom 10. Juli bezeichnete Monika ERNST, Referentin für „Demokratische Bündnispolitik“ beim Parteivorstand der DKP, den Verlauf der Kampagne zum Boykott der Volkszählung als eine deutliche Demonstration gegen die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu einem „autoritären Sicherheits- und Überwachungsstaat“. Bisher seien über 800.000 un- ausgefüllte Volkszählungsbögen bei den Sammelstellen der Boykottbewegung abgegeben worden. Die Bewegung habe allen Grund, selbstbewußt weiterzumachen; die Forderung nach Abbruch der Volkszählung stehe im Raum. Angestrebt werden sollten breite Bewegungen, die sich gegen Repressionen für Boykotteure eines „gescheiterten Unternehmens“ wenden.

In den Folgemonaten verlor dieses Thema — offenbar mangels bündnispolitischer Wirksamkeit — für die DKP allerdings mehr und mehr an Bedeutung. Tatsächlich konnte die Zählung erfolgreich abgeschlossen werden.

## **Bekennnis der DKP zur „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“**

Im Rahmen der „Woche des realen Sozialismus“ (22. — 31.10.) führte die DKP bundesweit Veranstaltungen durch. So fand am 24. Oktober in der Düsseldorfer Stadthalle eine Festveranstaltung des DKP-Parteivorstandes statt, zu der auch zahlreiche Gäste aus dem Ostblock erschienen.

Der DKP-Vorsitzende MIES betonte in seiner Ansprache die Verbundenheit seiner Partei mit den „revolutionären Anstrengungen“ der KPdSU. Der „revolutionäre Umgestaltungsprozeß“ in der UdSSR gebe die Gewißheit einer wachsenden Attraktivität des Sozialismus und veranlasse die DKP zu noch stärkeren Anstrengungen, um „in den Klassenauseinandersetzungen in unserem Land auf der Höhe unserer Zeit zu sein“. Das Mitglied des ZK der KPdSU, Wadim SAGLADIN, dankte der DKP für deren ständige Solidarität und Unterstützung. Er bezeichnete die derzeitige Entwicklung in der Sowjetunion als „Aufschwung des revolutionären Geistes der Oktoberrevolution“.

In einem vom DKP-Zentralorgan zeitgleich veröffentlichten Referat betonte der SED-Chefideologe Kurt HAGER, daß die Umgestaltung in der UdSSR entscheidend zur Stärkung des Sozialismus in der Sowjetunion und im internationalen Maßstab beitrage; allerdings bestehe zwischen den sozialistischen Ländern neben der Gemeinsamkeit der Weltanschauung und Gesellschaftsordnung auch mancher Unterschied, z.B. im Entwicklungsniveau und in historischen Traditionen. In der Friedenspolitik gehe es darum, den „nicht von Natur aus friedfertigen Imperialismus friedensfähig zu machen“:

*„Unser Feindbild ist klar. Wir hören nicht auf, die aggressiven Kreise des Imperialismus als Feinde, als Gegner des friedlichen Lebens der Menschheit zu bekämpfen.“*

In den Kreis dieser „Feinde“ bezog HAGER ausdrücklich auch diejenigen ein, die „ihre Macht gegen die Arbeiterklasse, die fortschrittlichen Bewegungen, den Sozialismus, den nationalen Befreiungskampf“ einsetzen — ein Feindbild, in das je nach Bedarf auch die Repräsentanten der westlichen „staatsmonopolkapitalistischen“ Länder passen.

### **„3. Automobilarbeiterberatung“ in Wolfsburg**

Veranstalter der „3. Automobilarbeiterberatung“ war die Abteilung Betrieb und Gewerkschaft des DKP-Parteivorstandes. Mit der Wahl von Wolfsburg als Tagungsort wollte die DKP VW-Beschäftigte unterstützen, die die Privatisierungsabsichten der Bundesregierung ablehnen. Die Konferenzteilnehmer diskutierten u.a. über Erfahrungen kommunistischer Betriebsarbeit und über Möglichkeiten, Strategien der Automobilkonzerne abzuwehren. Sie verabschiedeten den Entwurf eines Automobilprogramms der DKP. Hierin werden u.a. die Forderungen nach Vergesellschaftung statt Privatisierung und eine stärkere ökologische Ausrichtung der Produkte in Richtung auf den öffentlichen Personennahverkehr erhoben.

## **Schwerpunkte der Parteiarbeit in Niedersachsen**

### **Betriebsarbeit**

Im Zusammenhang mit den heftigen Auseinandersetzungen in der Partei über die künftige Rolle der Kommunisten in der Bundesrepublik kündigte der Parteivorsitzende mit Blick auf die Probleme in der Stahlindustrie an, daß sich die Partei in den kommenden Jahren auf die Betriebsarbeit konzentrieren werde.

Dies verdeutlicht erneut den hohen Wert, den die DKP den Betrieben als „entscheidendem Kampf- und Aufgabenfeld“ beimißt; dabei kommt den Betriebsgruppen der DKP — insbesondere in den als Schlüsselindustrien bezeichneten Betrieben der Stahl- und Automobilindustrie — große Bedeutung zu.

Im Bereich der DKP-Bezirksorganisation Niedersachsen konzentrieren sich entsprechende Aktivitäten der Partei auf die Betriebe der Stahlindustrie in Peine, Salzgitter und Osnabrück sowie auf die Werke des VW-Konzerns in Wolfsburg, Braunschweig, Hannover und Emden mit rund 30 Betriebszeitungen.

Zentrale Konzern- und Branchenberatungen der Partei wurden auch in Niedersachsen veranstaltet, insbesondere die DKP-Automobilarbeiterkonferenz im Dezember in Wolfsburg und die DKP-Stahlarbeiterberatung im Januar 1988. Stets wurden Forderungen nach Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und wirksamen Beschäftigungsprogrammen erhoben.

**70. Jahrestag der Oktoberrevolution**

# Das Projekt Zukunft



Diskussionsveranstaltung  
zum Umgestaltungsprozeß in der Sowjetunion

mit: Valeri Legassow (KPdSU),  
Mitglied der Akademie der Wissenschaften

Samstag, 31. Oktober '87, 19.30 Uhr  
Freizeitheim Stöcken

**DKP**

2/87

Februar

Ganz sicher ist das bemerkenswerteste am Bundestagswahlergebnis, daß CDU/CSU-Politik zu schlagen ist. Der Beweis wurde durch weit mehr als 2 Millionen verlorene Stimmen der Strauß/Kohl-Partei erbracht. Hochrüstungs- und Konfrontationspolitik gegen die sozialistischen Länder a la Reagan ist in unserem Volk nicht mehrheitsfähig.

## BREITE DISKUSSION IN DER GANZEN PARTEI:

## DKP UND WAHLBÜNDNISSE - WIE WEITER?

Bitter bleibt, daß die Rechtskoalition trotz derber Verluste weiterregieren kann. Und somit bleibt es bei Gefahren für Frieden, für soziale und demokratische Rechte. Schlußfolgerungen aus dem Wahlergebnis: 2



GHIJ BEWEGUNG FREUDE UNRUHE ABCDEF

Die Ergebnisse der im ersten Halbjahr veranstalteten Betriebsratswahlen bewertete der DKP-Bezirksvorstand Niedersachsen als positiv; seine Bemühungen, über die Betriebsgruppen Kandidaten für die Betriebsratswahlen zu stellen, seien erfolgreich gewesen. So resümierte der Bezirksvorstand in seinem Sprachrohr „O-Ton DKP“ 6/87:

...„Die Wahlergebnisse weisen auf Tendenzen veränderten Bewußtseins hin. Ausdruck dafür ist nicht nur die wesentlich höhere Zahl kommunistischer Betriebsräte... So ist erkennbar eine stärkere Verankerung unserer Genossinnen und Genossen in den Betrieben; das führt auch zu größeren Spielräumen für unsere Betriebsgruppen...!“

Die DKP mißt der Beteiligung an Betriebsratswahlen zentrale Bedeutung bei. So forderte der leitende Parteifunktionär Kurt FRITSCH anläßlich der 3. Parteivorstandstagung:

...„Auf die Wahlen zu betrieblichen Gremien müssen wir uns genauso intensiv vorbereiten wie auf Parlamentswahlen der verschiedenen Ebenen. Für die weitere Entwicklung der Klassenkämpfe ist das eine unverzichtbare Voraussetzung“.

## Agitation und Propaganda

Bei den niedersächsischen Kommunalwahlen im Herbst 1986 erzielte die DKP im Kreis Grafschaft Bentheim einen ungewöhnlich hohen Stimmenanteil (9.322 Stimmen = 5,01 % = 2 Sitze im Kreistag Grafschaft Bentheim). Bei einer Wiederholung der Wahl in einigen Bezirken der Stadt Nordhorn im Frühjahr 87 konnte das Wahlergebnis noch geringfügig verbessert werden (von 12,2 % auf 12,7 % = 5 Sitze im Rat der Stadt Nordhorn). Dies ist ein Beispiel dafür, daß die von der Parteiführung mit Priorität bedachte „kommunale Interessenvertretungsarbeit“ bzw. Entwicklung einer „roten Infrastruktur“ Erfolg hatte.

Der Wiedereinzug der DKP in Stadtrat und Kreistag bzw. die Sicherung eines festen Wählerstammes war durch vielfältige Aktionen der DKP möglich geworden:

- intensive publizistische Aktivitäten, so z.B. die regelmäßige Verteilung in hoher Auflage der DKP-Betriebs- und gleichnamigen Kreiszeitung „Die Rote Spindel“,
- ausgeprägtes „bürgernahes“ Engagement, z.B. ein auch in Nordhorn herausgegebener „Dschungelführer durch das Sozialhilferecht — Die Rechte von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern“ und
- ein von bekannten, in der Bevölkerung respektierten DKP-Kandidaten besonders aktiv geführter Wahlkampf.

Allgemein bemühten sich der DKP-Bezirksvorstand Niedersachsen

und nachgeordnete Organisationseinheiten, mit einer Flut von Betriebs-, Kreis-, Orts-, Stadtteil- und Hochschulgruppenzeitungen sowie einer Vielzahl von Aktivitäten auf lokaler Ebene Mitglieder zu werben und die Akzeptanz von Kommunisten auf lokaler Ebene zu verbessern. Dazu gehörten z.B.

- örtliche „Volks“- oder Stadtteilfeste mit z.T. publikumswirksamer Programmgestaltung (u.a. Hannover, Braunschweig),
- öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Themen (u.a. Hannover, Hildesheim, Nordhorn),
- Verteilung von Einschulungstüten an Schulanfänger (Braunschweig),
- „Roter Weihnachts- und Soli-Markt“ im Dezember in Hannover (Preisstopaktionen beim Weihnachtsbaumverkauf).



Agitatorische Schwerpunkte in der Landeshauptstadt bildeten

- die 2. DKP-Bezirks-Frauenkonferenz am 23./24. Mai (Auswertung von Erfahrungen, Erfolgen und Problemen der DKP-Frauenarbeit);
- Protestaktionen gegen die von der Landesregierung und den Kommunen beschlossene Sparpolitik. So publizierte die Kreisorganisation Hannover u.a. eine Broschüre „Informationen und Vorschläge der DKP-Hannover zum Rotstifthaushalt 1988“, in der ein sofortiger Ausstieg aus den Zinsverpflichtungen der Landeshauptstadt gefordert wurde;
- eine Diskussionsveranstaltung der DKP Hannover am 17./18. Oktober mit dem Thema „Hannovers Zukunft — Leben und Arbeiten in unserer Stadt“.

Ausführlich wurde in der DKP-Presse über den Besuch einer SED-Delegation berichtet, die sich auf Einladung des DKP-Bezirksvorstandes unter Leitung von Werner EBERLEIN (Mitglied des Politbüros des ZK der SED und 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Magdeburg) vom 1. bis 5. Juli in Niedersachsen aufhielt. EBERLEIN, der den niedersächsischen Kommunisten die „solidarischen Kampfesgrüße“ der SED überbrachte, bezeichnete einen breiten Gedanken- und Erfahrungsaustausch zwischen SED und DKP als Hauptzweck seines Besuches.

Die Bemühungen der DKP, die in der Sowjetunion immer deutlicher geäußerte Kritik an den dortigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen ideologisch aufzufan-

gen und gleichzeitig die Medienwirksamkeit des KPdSU-Generalsekretärs für ihre eigenen politischen Ziele nutzbar zu machen, führten auch in Niedersachsen zu einer Reihe von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen. Dabei unternahmen die Parteivorstandsmitglieder Robert STELGERWALD und Willi GERNS alle Anstrengungen, den Kurs der Sowjetunion zu erläutern und zugleich dem bei zahlreichen DKP-Mitgliedern ausgelösten Vertrauensschwund entgegenzusteuern. Die erhoffte Verbesserung des Ansehens der DKP als Partei und ein Mitgliederzuwachs blieben jedoch aus.

## **Organisatorische Änderungen**

In der Publikation des DKP-Bezirksvorstandes Niedersachsen („Original-Ton DKP“, Nr. 6/87) wurde ausführlich die vom DKP-Parteipräsidium für 1988 beabsichtigte Änderung der Bezirksstrukturen in Niedersachsen und Bremen erörtert.

Nach einem Beschluß der DKP-Parteiführung sollen bis zur nächsten Delegiertenkonferenz des DKP-Bezirks Niedersachsen im November '88 die derzeit noch zur Bezirksorganisation Bremen/Niedersachsen-Nord zählenden DKP-Kreisorganisationen auf niedersächsischem Gebiet in die Bezirksorganisation Niedersachsen eingegliedert werden.

Zur Begründung dieser auch mit personellen Änderungen verbundenen Maßnahme wird u.a. auf die besondere Lage der Landeshauptstadt als „Zentrum aller wesentlichen landespolitischen Entscheidungen“ verwiesen.

## **Nebenorganisationen der DKP**

Als Kernorganisation des orthodoxen Kommunismus führt die DKP mehrere Nebenorganisationen, die sich offen zu ihr bekennen, organisatorisch aber selbständig sind. Fast alle maßgeblichen Funktionen dieser Organisationen sind mit DKP-Mitgliedern besetzt.

### **„Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus“ (MSB Spartakus)**

Der 1971 gegründete MSB-Spartakus ist mit seinen etwa 5.000 Mitgliedern der größte linksextremistische Studentenverband der Bundesrepublik. Er bekennt sich wie die DKP zum Marxismus-Leninismus und betont, mit ihr in fester Freundschaft verbunden zu sein.

An den Hochschulen kämpft der MSB für eine „andere Gesellschaftsordnung“ — für die „sozialistische Demokratie“. Gemeinsam mit seinem Bündnispartner, dem „Sozialistischen Hochschulbund“ (SHB), bemüht er sich, Einfluß auf die studentischen Selbstverwaltungsorgane der Hochschulen und auf die „Vereinigten Deutschen Studentenschaften“ (VDS) zu nehmen. Sprachrohr des MSB-Spartakus ist das monatlich erscheinende Magazin „rote blätter“ mit einer Auflage von ca. 15.000 Exemplaren. Die Mitglieder werden in den örtlichen Gruppen und an der kommunistischen „Jugendbildungsstätte Burg Wahrberg“ in Ayrach/Krs. Ansbach, die 1977 mit ma-

terieller Unterstützung der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) der DDR eingerichtet wurde, intensiv geschult.

Der 10. Bundeskongreß des MSB-Spartakus am 3. und 4. Oktober in Hannover stand unter dem Motto „Aufbruch und Erneuerung“. Hier gab sich die Organisation den neuen Namen „Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund“, während sie vorher „Marxistischer Studentenbund“ hieß. Von den 416 örtlichen Delegierten der örtlichen MSB-Gruppen sind lt. UZ viele Mitglieder der DKP. Dem neugewählten Bundesvorstand gehören 75 Personen an. Thomas RIECKE (DKP) wurde neuer Bundesvorsitzender. Rund 40 Organisationen waren mit Abordnungen vertreten.

Die bestimmenden Themen des Kongresses waren „Perestroika“ und „Glasnost“. Das „Neue Denken“, wie es Gorbatschow erfolgreich vorführe, müsse auch in den MSB Einzug halten, forderten die Delegierten. Es wurde festgestellt, daß es nicht mehr zeitgemäß sei, die politische Linie von oben zu verordnen. Demokratie könne nur fordern, wer sie auch selbst praktiziere. Man müsse sich von veralteten Vorstellungen lösen. In Zukunft sollen daher die Entscheidungsprozesse innerhalb des Verbandes basisorientierter ablaufen.

STUDENTENMAGAZIN, D.H.F., NR. 5/87, 2,50 DM

rote  
blätter

Abrüstung jetzt:

Ich war eine Atomrakete

Raketen  
verschrotten!  
Friedensdemo, (3.6.) Bonn

DOKUMENTATION

VDS

MITGLIEDERVERSAMMLUNG

REPORT

HATTINGEN

OFEN AUS?

PORTRAIT

JULIAN

COPE

## **„Sozialistische Deutsche Arbeiter- jugend“ (SDAJ)**

Der 9. Bundeskongreß der SDAJ unter dem Motto „Abrüsten jetzt! Für eine bessere Zukunft! Leben — Kämpfen — Verändern — Auf uns kommt es an!“ fand am 2./3. Mai in Frankfurt statt. Der DKP-Vorsitzende Herbert MIES bezeichnete in seinem Grußwort die SDAJ als „einzigen revolutionären Jugendverband in der Bundesrepublik“ und betonte die „Kampfgemeinschaft“ von DKP und SDAJ: „Beide, DKP und die SDAJ, haben ein gemeinsames Ziel, den Sozialismus ... Beide lassen sich von der Lehre von Marx, Engels und Lenin leiten“. Nikolai PALZEW, Sekretär des Zentralkomitees des „Leninschen Komsomol“ (Jugendorganisation der KPdSU), bekräftigte die „traditionelle unverbrüchliche Freundschaft“ zwischen Komsomol und SDAJ. Eberhard AURICH, 1. Sekretär des FDJ-Zentralrats, sprach vom „unzerstörbaren Bündnis“ und der „Kampfgemeinschaft“ zwischen FDJ und SDAJ: „Wir haben die gleichen Ideale und Ziele. Wir haben die gleichen Freunde, und wir hassen die gleichen Feinde.“

Zum Thema Kernenergie wurde das auf dem 8. Bundeskongreß 1984 verabschiedete Aktionsprogramm geändert: Die prinzipielle Befürwortung der friedlichen Nutzung der Kernenergie wurde — als Reaktion auf die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl — aufgegeben. Die SDAJ verlangt die Abschaltung aller Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland, billigt jedoch sozialistischen Ländern die Nutzung

der Kernenergie für einen „historisch begrenzten Zeitraum“ zu, weil sie dort gegenwärtig noch „unverzichtbar“ sei.

Der Bundeskongreß wagte einen ersten Auflockerungsversuch beim Wahlverfahren: Zur Wahl des 69 Mitglieder umfassenden Bundesvorstandes waren 70 Kandidaten nominiert worden. Die wiedergewählte SDAJ-Bundesvorsitzende Birgit RADOW ist Mitglied des Parteivorstandes und des Präsidiums der DKP, ihr wiedergewählter Stellvertreter, Hans-Georg EBERHARD, ist ebenfalls Mitglied der DKP. Die Vorsitzenden der SDAJ-Landesverbände gehören den jeweiligen DKP-Bezirksvorständen an.

Der Verbreitung „sozialistischen Bewußtseins“ dienen „Bildungsabende“ der Gruppen, Seminare und Zirkel der Kreisverbände, Gruppenleiterschulungen bei den Landesverbänden und Wochenlehrgänge an der zentralen kommunistischen „Jugendbildungsstätte Burg Wahrberg“. Funktionäre der SDAJ, des MSB-Spartakus und der „Jungen Pioniere“ werden auch an der FDJ-Hochschule „Wilhelm Pieck“ in der DDR und an der Hochschule des „Leninschen Komsomol“ in Moskau ausgebildet.

Die SDAJ hat trotz Werbekampagnen einen Mitgliederschwund zu verzeichnen. Die Zahl ihrer aktiven Mitglieder liegt bundesweit unter 15.000, in Niedersachsen unter 500. Funktionäre bemängelten, daß es der Verbandstätigkeit an Attraktivität fehle. Bei den Schülerdemonstrationen gegen „Abitur-Verschärfung“ und Schulzeitverkürzung habe die SDAJ „zwar mitorganisiert“, sich



selbst aber „zu wenig gestärkt“. „Radikale Veränderungen“ in der Gruppenarbeit, vor allem die Beendigung eines „gewissen Schematismus der Leitungsarbeit“ seien notwendig. Den SDAJ-Gruppen müsse eine eigenständige Arbeit ermöglicht werden. Sie dürften nicht zu „Umsetzungstrupps“ der Beschlüsse übergeordneter Leitungen degradiert werden.

Mit einer neuen „Festivalkampagne“ zur Mitgliederwerbung vom 26. September 1987 an bis zum 6. „Festival der Jugend“ im Juni 1988 will die SDAJ dem Mitgliederschwund entgegenwirken.

Die SDAJ setzte ihre Kontakte zu anderen kommunistischen Jugendorganisationen fort. Besonders eng blieben die Beziehungen zur FDJ. Für den Sommerurlaub bot die SDAJ

die Teilnahme am „Freundschaftszug“ nach Bulgarien (23. Juni — 07. Juli) und am „Internationalen Freundschaftslager“ am Scharmützelsee/DDR (16. — 30. Juli) an und initiierte gemeinsam mit dem „Komsomol“ vom 17.—29. August einen „Freundschaftszug“ in die UdSSR unter dem Motto „Glasnost und Perestroika miterleben im 70. Jahr des Roten Oktober“.

Sprachrohr der SDAJ sind die Monatszeitschriften „elan — Das Jugendmagazin“ (Auflage etwa 25.000 Exemplare) und „Jugendpolitische Blätter“ (Auflage etwa 2.500 Exemplare).

## „Junge Pioniere — Sozialistische Kinderorganisation“ (JP)

Die DKP und ihre Nebenorganisation „Junge Pioniere“ veranstalteten vom 5. bis 21. Juli für Kinder auch aus Niedersachsen ihre alljährliche Kinderferienaktion. Ziel waren Ferienlager in der DDR.

Entgegen der Praxis der letzten Jahre veröffentlichte die DKP keine genauen Teilnehmerzahlen. Dies kann als Hinweis auf ein abnehmendes Interesse trotz der finanziellen Attraktivität (ca. 100 DM Teilnahmegebühr) gewertet werden.

Die Ferienaktion in der DDR müsse als Antwort auf die „Verdummungsansätze der Herrschenden“ in der Bundesrepublik verstanden werden, umreißt ein DKP-Funktionär den Sinn dieser Maßnahme. Ihr Ziel ist, Kindern und Jugendlichen frühzeitig ein bestimmtes Bild vom

**bärenstark**  
Kinderferien in der DDR



„real existierenden Sozialismus“ zu vermitteln und auf diesem Wege auch die Eltern an die DKP heranzuführen.

Unter dem Motto „Abenteuer und Spaß — komm, mach mit“ führten die JP der kommunistischen Presse zufolge bundesweit 44 „Pfingst-camps“ durch — 14 mehr als im Vorjahr. Daran sollen erstmals auch Gäste aus der DDR, der CSSR, Frankreich, Dänemark und Belgien teilgenommen haben.

Die JP wollen seit den Pfingst-camps 4.758 Kinder neu aufgenommen und 337 neue Gruppen gebildet haben. Die Organisation dürfte aber nach wie vor kaum mehr als 4.000 Mitglieder haben.

Die 6. JP-Bundeskonferenz unter dem Motto „Atomwaffenfreies Jahr 2000 — die Zukunft muß den Kindern gehören“, fand am 5./6. Dezember in Dortmund statt.

Die stellvertretende DKP-Vorsitzende Ellen WEBER wies in ihrem Grußwort auf die Kinderferienreisen in die DDR hin: Sie trügen dazu bei, den Sozialismus zu entdecken und die Solidarität als internationales Prinzip zu erfassen. Birgit RADOW, Bundesvorsitzende der SDAJ, lobte die enge Freundschaft zwischen SDAJ und JP. Der Vorsitzende der FDJ-Pionierorganisation „Ernst Thälmann“, Wilfried POSSNER, betonte, JP und „Thälmann-Pioniere“ vereine der gemeinsame Kampf gegen einen Krieg. Auch der JP-Vorsitzende Gerd HERTEL (Mitglied des PV der DKP) ging auf die „Kinder-Friedensbewegung“ ein: deren Anliegen würden immer stärker zu einem politischen und moralischen Faktor; selbst Spitzenpolitiker müßten sich mit ihnen auseinandersetzen.

Die Bundeskonferenz wählte 55 Personen in eine neue Bundesleitung, darunter die niedersächsische Landesleiterin. Die konstituierende

Versammlung bestätigte Gerd HERTEL als Bundesvorsitzenden und wählte Birgit SZEZINOWSKI zur stellvertretenden Vorsitzenden. Beide gehören gleichzeitig dem geschäftsführenden Bundesvorstand der SDAJ an.

## **DKP-beeinflußte Organisationen**

Die DKP bemüht sich um Bündnisse mit nichtkommunistischen Parteien und Personen. Um die antikommunistischen Einstellungen der Bevölkerung zu unterlaufen, hat die Partei Organisationen ins Leben gerufen oder personell und inhaltlich beeinflußt, die nach außen hin nicht als kommunistisch erscheinen. Daher führen diese in ihrem Namen nicht die Attribute „kommunistisch“ oder „sozialistisch“ und sind scheinbar nur an aktuellen Themen interessiert, die sich aus den Interessengegensätzen und Diskussionen in einer pluralistischen demokratischen Gesellschaft ergeben. Die DKP will so möglichst viele Bürger für ihre Ziele, die sich mit den Interessen Moskaus und Ost-Berlins decken, gewinnen und Vorbehalte gegenüber Kommunisten abbauen.

Die gegenwärtig wichtigsten DKP-beeinflußten Organisationen sind

- die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA),
- die „Deutsche Friedens-Union“ (DFU),
- „Die Friedensliste“ und
- die „Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner“ (DFG-VK).

In diese Organisationen sind auch Personen eingebunden, die keineswegs das Fernziel eines totalitären kommunistischen Staates anstreben. Mit unbestreitbarem Geschick wirken diese Organisationen, deren entscheidende Führungsfunktionen mit DKP-Mitgliedern besetzt sind, auf eine Bewußtseinsänderung in breiten Bevölkerungskreisen hin. Sie wollen deutlich machen, daß

### **FRIEDEN**

durch die „Hochrüstung der imperialistischen Staaten und deren Expansionsdrang“ gefährdet ist, nicht aber durch die „friedenssichernden“ Streitkräfte der Ostblock-Armeen;

### **„NEOFASCHISMUS“**

dem kapitalistischen System wesenseigen ist;

### **MENSCHENRECHTE**

in Form des „Rechts auf Frieden, Arbeit, soziale Sicherheit“ im Sozialismus gewährleistet, im Kapitalismus hingegen negiert werden, z.B. durch „Berufsverbote“;

### **RECHT UND ORDNUNG**

im Westen der repressiven Durchsetzung „kapitalistischer Klasseninteressen“, im Osten dagegen der Festigung sozialistischer Errungenschaften dienen.

## **„Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA)**

Die VVN-BdA ist die größte DKP-beeinflußte Organisation; sie umfaßt ca. 14.000 Mitglieder (nach eigenen Angaben: 16.000).

Die VVN-BdA feierte 1987 den 40. Jahrestag ihrer Gründung. Sie stellte dabei ihr gewachsenes Ansehen heraus. Berührungängste demokratischer Organisationen ihr gegenüber hätten abgenommen.

Der Einfluß der DKP auf diese Vereinigung läßt sich daran ablesen, daß fast alle wichtigen Funktionen mit Kommunisten besetzt sind. Neben dem Generalsekretär Kurt ERLEBACH, der auch Mitglied des DKP-Parteivorstandes ist, sind zahlreiche weitere Mitglieder der Landes- und Kreisverbände zugleich Mitglieder der DKP, so auch u.a. der niedersächsische Landessekretär Dirk ADDICKS, der auch als Kandidat der „Friedensliste“ zur Bundestagswahl auftrat.

Der Bundeskongreß der VVN-BdA vom 28.—31. Mai beschloß ein neues Orientierungs- und Aktionsprogramm sowie eine neue Satzung. Die bisherige Arbeitsgemeinschaft rechtlich selbständiger Landesverbände wurde in eine einheitliche, dem Prinzip des demokratischen Zentralismus verpflichtete Bundesorganisation umgewandelt. So wurde ausdrücklich festgelegt, „daß Beschlüsse der Bundesvereinigung für die Landesvereinigungen bindend sind“. Das neue Orientierungs- und Aktionsprogramm zeigt in zahlreichen Passagen ideologische Nähe zu Aussagen der DKP.

Auf der Landesdelegiertenkonferenz am 14./15. März in Hannover wurde als neue Landesvorsitzende Gertrud SCHRÖTER (DKP) gewählt. Landessekretär blieb Dirk ADDICKS.

Am 9. Mai veranstaltete die VVN-Niedersachsen eine „Antifaschisti-

## antifaschistische rundschau

Nr. 5 / Mai 1987

Mitgliederzeitschrift der VVN – Bund der Antifaschisten

### Von Buchenwald bis Hasselbach



Organisierter Antifaschismus 1945 bis heute

RÖDERBERG

Einmal: 3,00 DM (inkl. Porto). Mehrere Exemplare: 20% Ermäßigung. Abbestellen: 14 Tage vor Erscheinen. Zusätzliche Informationen: Antifaschistische Zeitschrift der VVN, Postfach 10 10 10, 3000 Hannover 10. Telefon: 0511 23 23 23.

Voll- und Halbjahresabonnenten: 10,- bzw. 5,- DM (inkl. Porto). Einzelhefte: 3,- DM (inkl. Porto). Mehrere Exemplare: 20% Ermäßigung. Abbestellen: 14 Tage vor Erscheinen. Zusätzliche Informationen: Antifaschistische Zeitschrift der VVN, Postfach 10 10 10, 3000 Hannover 10. Telefon: 0511 23 23 23.

Antifaschistische Zeitschrift der VVN, Postfach 10 10 10, 3000 Hannover 10. Telefon: 0511 23 23 23.

sche Konferenz“ im Freizeitheim 'Weiße Rose' in Mühlentberg unter dem Motto „Vergangenheit bewältigen — die Zukunft gestalten“. Obwohl die Teilnehmerzahl mit 120 Personen hinter den Erwartungen zurückblieb, habe die Konferenz nach Meinung eines führenden Funktionärs deutlich die große Akzeptanz gezeigt, die die VVN im „breiten demokratischen Spektrum“ erfahre.

Die VVN-BdA bereitet von der DKP vorgegebene Themen „bündnispolitisch“ auf. Sie behauptet, „neofaschistische, antidemokratische“ Entwicklungen in der Bundesrepublik seien auf das „System“ zurückzuführen. Wesentliche Elemente ihres Faschismus-Begriffs sind „Antikommunismus, Feindschaft gegenüber der Arbeiterbewegung, Militarismus, Revanchismus“. Dementsprechend sieht sie nicht nur neonazistische oder sonstige rechtsextremisti-

sche Gruppen, sondern auch andere Organisationen des von ihr als „Rechtskräfte“ bezeichneten Spektrums als faschistisch oder faschistoid an. Sie setzt sich daher nicht nur für ein Verbot rechtsextremistischer Parteien und Organisationen ein, sondern fordert darüber hinaus die Nichtzulassung von ihr als faschistisch bewerteter Parteien zu Wahlen — ohne Rücksicht darauf, ob das Bundesverfassungsgericht als die allein dazu berufene Instanz zuvor deren Verfassungswidrigkeit festgestellt hat.

## „Deutsche Friedens-Union“ (DFU)

Auf Betreiben von Anhängern der verbotenen KPD wurde die DFU 1960 als „Volksfrontpartei“ gegründet. Sie gab 1984 ihren Status als Partei auf und hatte in den letzten Jahren bundesweit kaum mehr als 1.000 Mitglieder, in Niedersachsen etwa 280. Die kommunistische Einflußnahme ist ablesbar an der Besetzung der Funktionärebene.

Sie tritt vor allem dann auf, wenn die DKP es aus taktischen Erwägungen für ratsam hält, sich zurückzuhalten. In enger Abstimmung mit der DKP beteiligte sie sich am kommunistischen „Friedenskampf“ und warb für die sowjetische Außenpolitik. Sie nahm maßgeblichen Einfluß auf Entwicklung und Politik der „Krefelder Initiative“ und der „Friedensliste“. Eine der wichtigsten Aufgaben der DFU ist die Initiierung von Bündnissen mit bürgerlichen, vor allem mit christlichen Kreisen.

Die DFU betätigte sich 1987 auch gegen die Volkszählung. In ihrer Broschüre „Volkszählung 87 — 10 Minu-

ten, die Sie noch bereuen werden“ wurde die Volkszählung als ein Baustein auf dem Weg zum Überwachungsstaat bezeichnet. Die Broschüre beschränkte sich auf die Aufzählung der verschiedenen Boykottmöglichkeiten, ohne Empfehlungen auszusprechen.

## „Die Friedensliste“

„Die Friedensliste“ wurde 1984 auf Betreiben der DKP und der DFU als politische Vereinigung gegründet. Die Führungsgremien sind zur Hälfte mit Funktionären des DKP-Umfeldes besetzt.

Nach der Bundestagswahl am 25. Januar, bei der die „Friedensliste“ bundesweit 186.888, in Niedersachsen 17.961 Erststimmen erhielt, war diese Organisation weitgehend inaktiv.

Bundesweit wurde intern über Ziele und Politik der „Friedensliste“ diskutiert. Dabei wurde das Wahlbündnis „Friedensliste“ als „ein Bündnis mit sich selbst“ bezeichnet, bestehend aus Kommunisten und einigen Personen, die bekannt seien für ihre Bereitschaft, mit Kommunisten zusammenzuarbeiten.

Diese Einschätzung wies der Bundesvorstand zurück; er gab jedoch zu, daß die politische Breite des Personenbündnisses derzeit nicht so stark sei, wie sie bei der Europawahl 1984 gewesen sei; in den Unterstützern müsse zu kontinuierlicher Arbeit zurückgekehrt werden.

Auf der 8. Bundesversammlung der „Friedensliste“ am 18. November in Leverkusen wurde die Teilnahme an der Europawahl 1989 beschlossen.

**Keine Manöver  
in unserer Region!  
Keine Atomraketen  
in unserem Land!**



**Rüstet endlich ab!  
Nehmt die Panzer von den Äckern, schafft  
Arbeitsplätze und saniert die Landwirtschaft!**



## **„Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienst- gegner“ (DFG-VK)**

Im Schwerpunkt richten sich die Bestrebungen der DFG-VK gegen die NATO, die Bundeswehr und den Wehrdienst. Sie konnte im Berichtszeitraum einen weiteren Rückgang ihrer Mitgliederzahlen verhindern.

Derzeit umfaßt sie etwa 12.000 Personen. Der Grad des kommunistischen Einflusses ist in den Bundesländern unterschiedlich; in Niedersachsen verfolgt die Organisation aber klar die DKP-Linie.

Vom 1. bis 3. Mai führte die DFG-VK in Mannheim ihren ordentlichen Bundeskongreß unter dem Motto „Pazifismus — Von der Utopie zur

Wirklichkeit“ durch. Zu den ca. 200 Teilnehmern des Kongresses sprach auch der DKP-Vorsitzende Herbert MIES.

Am 4. und 5. April fand in Bremen die Landeskonferenz des DFG-VK-Landesverbandes Niedersachsen-Bremen statt. In seinem Bericht erklärte der Landesvorsitzende, daß die Zahl der Austritte zurückgehe. Es gebe noch 20 DFG-VK-Gruppen; allerdings seien davon nur wenige aktiv. Positiv äußerte er sich über die Finanzlage.

# **Dogmatisch-extremistische „Neue Linke“**

## **Organisatorische Entwicklung**

Die Organisationen und Gruppen der dogmatisch-extremistischen „Neuen Linken“ erstreben wie die orthodoxen Kommunisten die Verwirklichung einer kommunistischen Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland; anders als diese lehnen sie jedoch den „real existierenden Sozialismus“ Moskauer Prägung als „revisionistisch, bürokratisch und sozialimperialistisch entartet“ ab. War die dogmatisch-extremistische „Neue Linke“ ursprünglich überwiegend am Maoismus bzw. am Kurs Albanis ausgerichtet, baut sie heute vor allem auf den Lehren von Marx in ihrer leninistischen Ausprägung auf. Die verschiedenen Organisationen ordnen sich keiner zentralen Führung unter, sind aber zur Zusammenarbeit in themenorientierten Aktionsbündnissen bereit.

Die schon seit längerer Zeit anhaltende Stagnation der Mitgliederzahlen innerhalb dieses Bereichs der „Neuen Linken“ setzte sich auch 1987 fort. Ursachen sind

- Abkehr der Politik der Kommunistischen Partei Chinas vom starren Dogmatismus und
- Verblässen der einstigen revolutionären Leitbilder in Kuba, Vietnam und anderen Ländern der Dritten Welt.

Ferner bieten die vielfach straff geführten Kaderorganisationen kaum Anreiz für spontane und aktive Mitarbeit.

Zu den in Niedersachsen noch aktiven Gruppierungen zählen zur Zeit

- „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD),
- „Bund Westdeutscher Kommunisten“ (BWK),
- „Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg“ (VOLKSFRONT),
- „Vereinigte Sozialistische Partei“ (VSP),
- „Kommunistischer Bund“ (KB) und
- „Marxistische Gruppe“ (MG).

Das politische Tagesgeschehen konnten diese Gruppen nicht beeinflussen.

Der Protest gegen die Kernenergie rückte bei allen Gruppen in den Vordergrund. Weitere Arbeitsfelder waren

- Solidaritätsaktionen für „Befreiungsbewegungen“ in der Dritten Welt,
- „Widerstand gegen staatliche Repression“ (Volkszählung),
- „Neofaschismus“ und
- Ausländer- und Asylproblematik.

„Antimilitarismuskampf“ und „Friedensarbeit“ verloren an Bedeutung. Die Bestrebungen des Jahres 1986 zur „Einheit aller revolutionären Sozialisten“ sind noch nicht abgeschlossen. Die älteste „K-Gruppe“, die „Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten“, hatte sich 1986 mit der bedeutendsten trotzkistischen Organisation, der

„Gruppe Internationaler Marxisten“, zur „Vereinigten Sozialistischen Partei“ (VSP) zusammengeschlossen. Der BWK diskutierte über einen Zusammenschluß mit der VSP.

Die „Marxistische Gruppe“ beruft sich auf Elemente des historischen und dialektischen Materialismus. Sie ist ein Zusammenschluß vorwiegend intellektueller, sich elitär gebärdender Linksextremisten.

## **Einzelne Parteien und Gruppierungen**

### **„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)**

Wie in den Vorjahren ist die MLPD bundesweit die mitgliederstärkste Organisation der dogmatisch-extremistischen „Neuen Linken“. Sie orientiert sich im wesentlichen an den Lehren Mao Tse-tungs. Die Partei und ihre Nebenorganisationen traten 1987 vorwiegend durch folgende Publikationen an die Öffentlichkeit:

„Rote Fahne“ — Zentralorgan der MLPD

„Rebell“ — Jugendmagazin des „Arbeiterjugendverbands (Marxisten- Leninisten)“

„Roter Pfeil“ — Zeitschrift des „Marxistisch-Leninistischen Schüler- und Studentenverbands“ (MLSV)

Darüber hinaus verbreitete sie sporadisch Schriften und Flugblätter der Ortsgruppen/Stadtteilgruppen in Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Wilhelmshaven und Osnabrück.

1987 beteiligte sich die MLPD erstmals an den Bundestagswahlen. Aufgrund ihres „fortschrittlichen Programms“ hoffte sie auf mindestens fünfstellige Wählerzahlen und mehr Interesse in der Arbeiterschaft, steigende Leserzahlen für ihre Publikationen und einen Aufschwung für die gesamte Partei.

Mit 13.821 Zweitstimmen (= weniger als 0,1 %) — in Niedersachsen 1.212 — erreichte die MLPD ihr selbstgestecktes Wahlziel. In den einzelnen Wahlkreisen Niedersachsens erhielt sie zwischen 20 und 50 Stimmen; im Wahlkreis 37 (Hannover) erzielte sie mit 115 Stimmen ihr bestes Wahlkreisergebnis.

Mit ihren Nebenorganisationen

„Marxistisch-Leninistischer Bund Intellektueller“ (MLBI),

„Marxistisch-Leninistischer Schüler- und Studentenverband“ (MLSV),

„Arbeiterjugendverband/Marxisten-Leninisten“ (AJV/ML) sowie der Kinderorganisation „Rotfuchse“

führte die MLPD am 6./7. Juli in Düsseldorf ihr 2. Pfingstjugendtreffen durch, an dem nach Angaben der Partei etwa 7.500 Personen teilnahmen.

Der 1986 für das westliche Niedersachsen und Bremen gegründete MLPD-Bezirk Weser-Ems konzentrierte sich insbesondere auf die Bürgerschaftswahl am 5. September in Bremen und Bremerhaven, bei der die Partei 200 Stimmen erreichte. In der Parteiführung wurde Genugtuung über die Erfolge geäußert, insbesondere über die Spendensumme von rd. 47.900 DM.

# Für den Aufschwung der Arbeiteroffensive: MLPD wählen!

Die Bürokraten im Bundesinnenministerium haben eine Schlappe erlitten: trotz monatelanger Wahlbehinderungen mußten sie am 28. November die MLPD zur Bundestagswahl 1987 zulassen. Auch die Landesliste Niedersachsen wurde am 12. Dezember offiziell bestätigt. Über 25.000 Werktätige haben die MLPD im Kampf für die Wahlzulassung mit ihrer Unterschrift unterstützt. Damit mußte die Bonner Rechtsregierung amtlich erklären: erstmals seit dem Verbot der KPD im Jahre 1956 gibt es wieder eine revolutionäre Arbeiterpartei. Das ist ein hervorragender Erfolg.

Viele Werktätige haben der MLPD tatkräftig zur Seite gestanden. Gerade weil sie als kleine Partei den großen Monoparteien CDU, FDP und SPD die Stirn bietet. Mit ihrem Programm packt sie die Ursachen für Arbeitslosigkeit, Kriegsgefahr und Umweltzerstörung an der Wurzel: am kapitalistischen System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die zeigt einen grundsätzlichen Ausweg: den Sozialismus, die Herrschaft der Arbeiter. Doch mancher Kollege zweifelt: "Solange Ihr noch klein seid, hört sich Euer Programm ganz gut an. Aber wenn Ihr größer seid, werdet Ihr auch wie die anderen." Dem schiebt die MLPD einen Riegel vor: Die Mitglieder sind verpflichtet, im persönlichen Leben vorbildlich und bescheiden zu sein. Die Funktionäre beziehen keine satten Managergehälter wie Kohl oder Bangemann. Ihr Lohn orientiert sich am einfachen Arbeitereinkommen. Kein Leitungsmitglied kann gewählt werden ohne die Zustimmung der Mitgliedschaft an seinem Ort. Die Partei muß Kritik aus der Arbeiterklasse aufmerksam studieren und kritisch und selbstkritisch dazu Stellung nehmen. Welche andere Partei könnte es sich leisten, solche Regeln in ihr Statut aufzunehmen? Keine einzige!

Denn nur in der MLPD sind die Mitglieder die wirklichen Herren im Haus. Deshalb ist die MLPD so selbstbewußt zu sagen: auch wenn sie groß ist, wird die MLPD ständig darum kämpfen, ihre revolutionäre Linie zu festigen und höherzuentwickeln.

Das sind die Kandidaten der Landesliste:

- 1 **MARTIN KLINGENDER**  
36 Jahre, verheiratet, 1 Kind  
Beruf: Dreher  
Mitglied des Zentralkomitees der MLPD.
- 2 **KLAUS FUCHS**  
31 Jahre, unverheiratet  
Beruf: Radio- und Fernsehtechniker  
Vorsitzender der Bezirksleitung Hannover
- 3 **ILSE-MARIE STRATMANN**  
34 Jahre, unverheiratet  
Beruf: Industriekauffrau
- 4 **KURT-PETER KLEFFEL**  
33 Jahre, verheiratet, 2 Kinder  
Beruf: Werkzeugmacher
- 5 **OTFRIED BRÜGGE**  
31 Jahre, unverheiratet  
Beruf: Lehrer (arbeitslos)

Die  
Sozialistische  
Alternative



Kontaktadresse

Ruft an - schreibt!



Dieter Fuchs  
Badenstedterstr. 6  
3000 Hannover 91  
0511-453264

Proletariat aller Länder vereinigt sich! Proletariat aller Länder und anticoloniale Völker vereinigt sich!

## Politische Berichte

25. Dezember 1987  
14. J. Nr. 20

G 776 D

Preis  
7,50

Bei NFD-Gemeinsinn (Jahrbuch) und NFD-Zentralrat (Jahrbuch)

„Über Deutschem Boden, soll nie wieder ein  
Zielkonten-Krieg ausbrechen!“



EKD: Christliche Werte für Laien  
erhalten? - Bedeutung und Wert  
abnehmend.



Umweltminister für Management  
erhalten sich im Sinne von  
Bürokraten. Seite 19



Bundestag: Sprüche über  
Einigkeit und Nächstenliebe. Die  
Bundestagssprache. Walter Noll,  
Seite 13

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgeber des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK), 3000 Köln 1, Dillstraße 141, 5. Stock, 0212/1344-2  
Erscheinenszeitpunkt: 1. und 2. Jahrgang für Druckkostenverteilung und Publikationsförderung, Verlagsgemeinschaft  
Politische Berichte e.v. (H. 3000 Köln 1, Dillstraße 141, 5. Stock, 0212/1344-2) Preis: 7,50 DM

## „Bund Westdeutscher Kommunisten“ (BWK)

Der Zusammenschluß mit der „Vereinigten Sozialistischen Partei“ (VSP) war für den BWK das zentrale Thema des Jahres 1987. Bereits im Dezember 1986 hatten leitende Funktionäre der beiden Organisationen deswegen Gespräche geführt. Mit der weiteren Vorbereitung wurde eine „gemeinsame Kommission“ beauftragt.

Die ordentliche Delegiertenkonferenz am 20./21. Februar in Köln billigte neben dem Tätigkeitsbericht des „Zentralen Komitees“ (ZK) des BWK auch den Bericht der „gemeinsamen Kommission“ zur Fortsetzung der Arbeit und verabschiedete ein neues Statut. Hierin bekräftigt der BWK seine Absicht, die „proletarische Parteibildung“, den Aufbau

„volksfrontartiger Organisationen“ und das Zusammenwirken mit „antifaschistischen, antimilitaristischen und antiimperialistischen Gruppen auf Seiten der Arbeiterklasse“ weiter voranzutreiben.

Auf der Bundeskonferenz am 17. Oktober erörterten die Delegierten Stand und Fortschritt der Fusionsverhandlungen mit der VSP. Sie hielten die Ausarbeitung einer programmatischen Erklärung und die Bildung einer gemeinsamen Organisation für möglich.

In Niedersachsen verstärkte sich die Zusammenarbeit mit der VSP. Seit Anfang Dezember ist diese Organisation neben BWK und „VOLKSFRONT“ als Herausgeber der „Lokalberichte Hannover“ aufgeführt. Der BWK verbreitete diese und andere Publikationen weiterhin regelmäßig. Einen breiten Raum nahm das Engagement für den „kurdischen Befreiungskampf“ ein.

Gegen Revanchismus und Nationalismus

## SCHLESILIEN BLEIBT POLNISCH!



**Volkfront**  
GEGEN REAKTION, FASCHISMUS UND KRIEG

Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg  
Landesrat Niedersachsen, V.L.S.P., T. Bahlitz,  
Gulde-Straße 55, 3000 Hannover, Tel.: 0511/925327  
Mai 1987 Preis: 1,- DM

### „Volkfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg“ (VOLKSFRONT)

Die im Oktober 1979 von der KPD/ML zur Bundestagswahl 1980 gegründete, jetzt weitgehend vom BWK beeinflusste „VOLKSFRONT“ verlor nach einer Mitteilung des Bundeswahlleiters vom 4. Februar ihre Rechtsstellung als Partei, da sie sechs Jahre lang weder an einer Bundestags- noch an Landtagswahlen mit eigenen Wahlvorschlägen teilgenommen hatte.

Am 21./22. November hielt die „VOLKSFRONT“ in Köln ihren 5. ordentlichen Bundeskongress ab; 71 Delegierte aus 35 Ortsgruppen waren erschienen. Die hauptamtliche Geschäftsführerin, Brigitte DÜRING

(Mitglied des BWK), gab bei der Vorlage des Rechenschaftsberichts bekannt, daß die Organisation z.Z. 750 Mitglieder zähle.

In Niedersachsen war die „VOLKSFRONT“ nicht zu erwähnenswerten Aktionen in der Lage und blieb als eigenständige Organisation nahezu bedeutungslos.

### „Vereinigte Sozialistische Partei“ (VSP)

Die im Oktober 1986 aus der Fusion der „Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten“ (KPD/ML) und der trotzkistischen „Gruppe Internationaler Marxisten“ (GIM) hervorgegangene VSP war im ersten Jahr ihres Bestehens bemüht, ihren Beitrag „zur Schaffung einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei“ zu leisten. Leitende Funktionäre der VSP und des BWK prüften die Möglichkeit eines Zusammenschlusses beider Organisationen.

Im Dezember stellte die VSP die erste Ausgabe des „SoZ-Magazins“ für „grundsätzliche und auch theoretische Kritik und Diskussion“ mit kritischen Beiträgen zur Entwicklung in der Sowjetunion vor.

In Niedersachsen war die VSP überwiegend im Rahmen örtlicher Aktionsbündnisse aktiv. Bei ihren Bemühungen um eine Festigung der Zusammenarbeit auf örtlicher Ebene konnte sie einen sichtbaren Erfolg verbuchen; seit Anfang Dezember war sie als Mitherausgeberin des bis dahin von BWK und „VOLKSFRONT“ herausgegebenen „Lokalberichts Hannover“ aufgeführt.

Liebe mit Kondom Ein Mann erstickt

Freitag, 1. Mai 1987 - 50 Pf. Nr. 2018 - Buch in Berlin - 100 - ...

Blind Wahnsinnig + GrundungsLiebe



mit FETA SCHNITZ UND PAUL SATKAN Peter K. (80) wurde nicht auf ein Kondom geachtet...

Ihre Daten sind so sicher wie die Rente!



Darauf schwöre ich jeden Eifer Der Bundesinnenminister

Wer dumm ist, hat nichts zu verbergen Oh Gott

Stufenplan: 35 Stunden in 50 Jahren

Full service... 35 Jahre... 50 Jahre... 100 Jahre...

BLIND-Kommentar

Partnerschaft Gorbis Mut

Partnerschaft Gorbis Mut... Die beiden... Gorbis...

Auch das Noch: Papst schwanger

Papst schwanger... Die unerfahrene... Papst...

Nachrichten

Schulung... Nachrichten... Die... Schulung...

Wirtschaft

Wirtschaft... Die... Wirtschaft...



Jetzt theologische Indikation? Die unerfahrene... Papst...

Bingo

Peter fährt zum Sozialamt

Super-Bingo 126 399

## „Kommunistischer Bund“ (KB)

Innerhalb des KB wurde die bereits im Vorjahr begonnene Debatte über eine politische Neuorientierung fortgesetzt. Trotz interner Machtkämpfe mit „Ausgrenzungsbestrebungen“ kam es weder zu Substanzverlusten noch zu Abspaltungen.

Das weiterhin in einer Auflage von 4.800 Exemplaren monatlich herausgegebene KB-Organ „Arbeiterkampf“ polemisierte in kritischen Beiträgen gegen andere politische Gruppierungen, z.B. gegen die VSP:

*„Das Erscheinungsbild der VSP ein Jahr nach ihrer Gründung, der Verlauf ihrer Konferenz und mehr noch die Hinwendung zum BWK bestätigen die Vorsicht und Zurückhaltung, mit der wir diese Art der 'Vereinigung' behandelt haben.“*

Die prekäre finanzielle Situation verdeutlicht der in der Ausgabe vom 16. November abgedruckte Spendenaufruf:

*„Ehrlich gesagt, ein gewisser Geldmangel ist bei uns genauso chronisch, wie der Weihnachtsspendenaufruf mittlerweile obligatorisch. ... Auch wenn wir nicht im Jammerton oder sichtbar im Gewand des Bettlers vor Euch hintreten, unsere Bitte: Tragt mit Eurer Weihnachtsspende dazu bei, den vorsichtigen Trend einer finanziellen Konsolidierung und des Subventionsabbaus für die Zeitung zu unterstützen. Wir haben nämlich den*



*Ehrgeiz, nicht im politischen status quo zu verharren. Wir haben uns auch in diesem Jahr das Ziel gesetzt, 40.000 DM zu sammeln.“*

In Niedersachsen traten die örtlichen KB-Gruppen überwiegend als Bündnispartner anderer Organisationen auf und verzichteten auf eigene Aktionen.

Ihr publizistischer Aufwand stand dabei in deutlichem Mißverhältnis zu den personellen Möglichkeiten innerhalb der verschiedenen Aktionsbündnisse, wobei wiederholt das Engagement einzelner Funktionäre als Aktivität einer ganzen Gruppe dargestellt wurde.

Die Universitätsstadt Göttingen bildete den KB-Schwerpunkt in Niedersachsen.

Auch in Braunschweig und Hannover beschränkte sich der KB in seinen öffentlichen Auftritten auf die Mitherausgabe von Flugblättern.

## „Marxistische Gruppe“ (MG)

Die MG bezeichnete sich in der im September 1974 veröffentlichten „Programmatischen Erklärung“ als kommunistische Organisation. Hierarchischer Aufbau, gründliche Schulung der Anhänger sowie strenge Disziplin und ein ausgeprägt konspiratives Verhalten lassen auf eine marxistisch-leninistische Kaderorganisation schließen. Gleichwohl beruft sich die MG nicht auf den Marxismus-Leninismus, sondern beschränkt sich auf eine intensive Auseinandersetzung mit den Schriften von Karl Marx (u.a. „Das Kapital“).

Die MG strebt die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft - als „Staatsform der bürgerlichen Ausbeutung“ - an. Sie versucht nachzuweisen, daß alle Bereiche des wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen, gesellschaftlichen und politischen Lebens so offensichtlich vom Kapitalismus durchdrungen seien, daß nur seine völlige Zerschlagung (durch eine „sozialistische Revolution“) eine grundlegende Änderung herbeiführen könne.

Um dieses Ziel zu erreichen, will die MG Intellektuelle und Studenten für sich gewinnen und sie im „Wissenschaftlichen Sozialismus“ schulen. Mit Hilfe der so qualifizierten Anhänger soll das Proletariat — als „revolutionäres Subjekt“ — über seine Ausbeutung aufgeklärt („Bewußtseinsorientierung“) und ihm das für die Entwicklung des Klassenkampfes notwendige Wissen vermittelt werden.

Hauptrekrutierungsfelder der MG sind nach wie vor die Universitäten.

Die MG wendet sich primär an Studienanfänger, die sich selbst als „kritisch“ und „intellektuell“ einschätzen und nach einer theoretischen Vertiefung suchen.

In ihren Publikationen sowie in den Vortragsveranstaltungen verurteilt und diffamiert die MG fortgesetzt die politische Ordnung der Bundesrepublik und anderer westlicher Demokratien sowie die bürgerliche Gesellschaft schlechthin. Sie verharrt in der Kritik aller bestehenden Regierungssysteme und benutzt den Marxismus-Leninismus als Vehikel einer alles umfassenden Kritik, ohne daraus eine Alternative abzuleiten.

In Niedersachsen hat sie ihre öffentlichen Aktivitäten deutlich verstärkt. Organisationsschwerpunkt war Hannover.

Die MG verteilte folgende regelmäßig erscheinenden Publikationen

- „Hannoversche Hochschulzeitung“
- „Marxistische Hochschulzeitung“
- „Marxistische Arbeiterzeitung“ (auch mit Ausgaben für die Firmen VW und MBB),
- „Marxistische Gruppe“

sowie Sonderdrucke

- „Wählen ist verkehrt“
- „Argumente gegen den deutschen Nationalismus“
- „Volkszählung und Volkszählungsboykott“

u.a. vor Schulen, in ausgesuchten Gaststätten, vor Betrieben und im Universitätsbereich. An Infoständen wurde darüber hinaus die „Marxisti-

11. November 1987

# MAZ

Zeitung der MARXISTISCHEN GRUPPE (MG)

## MBB

### Marxistische Arbeiter Zeitung

Zwei Polizisten an der Startbahn West erschossen

## Wofür zwei Tote alles gut sind

Was ist denn eigentlich so besonders schrecklich an dem Fall, daß sich die Wertführer dieser Republik nicht mehr fassen

Ein „wehrloser Staat“ - das muß Folgen haben! Welche denn, bitte sagen! Die gibt es doch alle schon, und die sind auch gar nicht neu. Alle

Vortrag mit Diskussion

## Die Börse und ihr Krach:



# Hannoversche Hochschulzeitung

23. November 1987

MARXISTISCHE GRUPPE (MG)

Bürgerkriegsübung an der Hamburger Hafestraße

## Der Staat bestellt sein Haus

Die Hamburger Hafestraße steht im Blickpunkt der Nation. Ein für Hamburg und den Rest der Republik „unerträglicher Zustand“ soll dort herrschen. Von

räumungen und permanenter Polizeigebete hat der Hamburger Senat den dortigen Bewohnern schon immer klargemacht, daß sie lediglich vorübergehend geduldet sind - daran hat auch die letzte Fassung nichts geändert. (Die Realistische 1/8)

VORTRAG MIT DISKUSSION

## Die Börse und ihr Krach:

## Der Kapitalismus stellt

# Marxistische Schulzeitung

28. Oktober 1987

MARXISTISCHE GRUPPE (MG)

Schule/Berufsschule

## Der Börsenkrach oder

## Wie die Spekulation mit Nullen die Weltwirtschaft lenkt

Im Golf:

## Reagan hat sich mal wieder zurückgehalten

Und nur eine tragische Ökonomie hat sich wieder bessert, nach dem eine ganz alte, angeblich ausgereizte, nachdem eine iranische Rakete vor Kuwait einen amerikanischen beflaggten Tanker getroffen

denn, wenn US-Schiffe darauf herumfahren - was allemal der Fall ist, „Privatist der Schiffahrt“ ist kein Verstand, sondern der völkerrechtliche Titel, der zu diesem unerklärlichen Weltmarkt

sche Streit- und Zeitschrift — gegen die Kosten der Freiheit“ (MSZ) zum Kauf angeboten. Die seit Jahren in Hannover eingerichteten Schulungs- und Arbeitskreise der MG setzten ihre Arbeit fort.

Die in Oldenburg aktiven Anhänger der MG haben sich mehr nach Bremen hin orientiert.

In Göttingen verteilte eine Gruppe von MG-Anhängern regelmäßig die hessische Ausgabe der „Marxistischen Hochschulzeitung“. Hier waren „speziell für Göttinger Interessenten“ Hinweise auf Veranstaltungen der MG in Hannover enthalten.

MG-Anhänger waren ferner — hauptsächlich als Verteiler von Druckschriften — in Osnabrück und Wilhelmshaven aktiv. In regelmäßigen Abständen wurden betriebsbezogene Ausgaben der „Marxistischen Arbeiterzeitung“ vor den Werken der Firma MBB in Lemwerder und Einswarden verteilt.

Trotz des verstärkten öffentlichen Auftretens der MG in Niedersachsen ist eine entsprechende Außenwirkung bislang nicht zu erkennen. Nicht zuletzt wegen ihres betont elitären Verhaltens blieb die MG auch innerhalb der extremistischen „Neuen Linken“ weitgehend isoliert.

## Undogmatischer Linksextremismus

### Allgemeine Entwicklung

Im Gegensatz zum orthodoxen Kommunismus und den Gruppierungen des dogmatischen Linksextremismus sind im undogmatischen Bereich der „Neuen Linken“ nach wie vor kaum Strukturen feststellbar. Wenn auch Teile der marxistisch-leninistischen oder anarchistischen Ideologie diese Protestbewegung beeinflussen, so bleibt doch organisiertes, kollektives Handeln die Ausnahme. Im Vordergrund steht nicht das Kollektiv, sondern der Einzelne. Daher sind Aktionen dieser Personen nur schwer berechenbar. Bemühungen um stärkeren Zusammenhalt und mehr Kommunikationszusammenhänge untereinander blieben bislang, vor allem bei den „Autonomen“, ohne Ergebnis. Die jeweilige Gefühlslage und das Feindbild bestimmen oft den Verlauf von „Protesthandlungen“. Der Haß auf das „Schweinesystem“ ist in vielen Fällen bei Demonstrationen zu Gewalttaten ausgeartet. Ein erschreckendes Beispiel hierfür stellen die Todesschüsse auf Polizeibeamte an der Frankfurter Startbahn West am 2. November 1987 dar.

Zur Frage der Gewalt nehmen die verschiedenen Gruppen des Linksextremismus unterschiedliche Haltungen ein. In den dogmatischen Organi-

sationen wird Gewalt als taktisches Mittel den strategischen Zielen untergeordnet. Man übt Disziplin, Gewalt wird nicht spontan verübt. Die zum linksextremistischen Lager zählende „Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen“ propagiert den sogenannten gewaltfreien Protest, der Gewalt gegen Sachen zum legitimen Mittel erklärt. Der militante Protest vor allem der „Autonomen“ hat eher spontanen Charakter. Während der größere Teil der undogmatischen Linksextremisten Angriffe auf das Leben von Personen ablehnt, fanden die Todesschüsse an der Startbahn West bei den meisten militanten „Autonomen“ allerdings Beifall.

Im undogmatischen Linksextremismus lassen sich neben den „Autonomen“ verschiedene andere Strömungen ausmachen. Während der traditionelle Anarchismus, vertreten durch die anarchosyndikalistische „Freie Arbeiter-Union“ (FAU), in Niedersachsen unbedeutend ist, gruppiert sich ein anderer Teil um die Zeitschrift „graswurzelrevolution“. Herausgeber dieses Blattes ist die „Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen“ (FöGA), die auf der Grundlage anarchistischer Weltanschauung einen „staatsfeindlichen und aggressiven zivilen Ungehorsam“ propagiert. Koordinations- und Anlaufstelle für die verschiedenen „gewaltfreien“ Gruppen in der Bundesrepublik war bislang die „Graswurzelwerkstatt“ in Göttingen.

Die Aktivitäten der undogmatischen „Neuen Linken“ in Niedersachsen richteten sich vornehmlich gegen Kernenergie, Volkszählung, Rechtsextremismus und den Bau der „Panzertrasse“ bei Garlstedt.

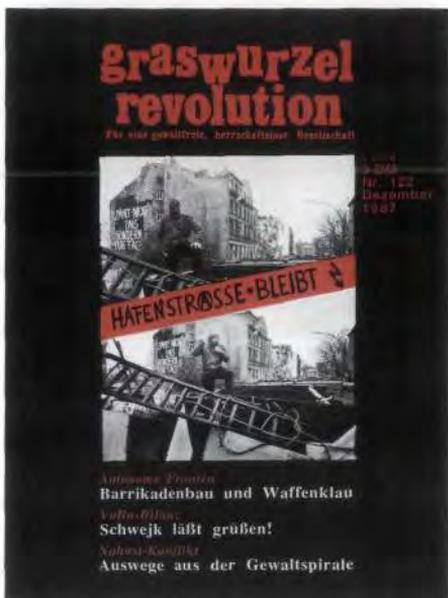
## **Die anarchistische „Föderation Gewalt- freier Aktions- gruppen“ (FöGA)**

Die ideologische Konzeption der FöGA sieht eine „tiefgreifende gesellschaftliche Umgestaltung“ vor. Durch Macht von der Basis her sollen alle Formen vermeintlicher Ausbeutung, Herrschaft und Unterdrückung beseitigt werden. Ziel ist eine herrschaftslose Gesellschaftsordnung, die auf dezentralisierter Selbstregierung beruht.

Die „Graswurzelwerkstatt“ verlegte 1987 ihren Sitz von Göttingen nach Köln. Die Zeitschrift „graswurzelrevolution“ erscheint seitdem in Hamburg. Dadurch sind die Aktivitäten der FöGA in Niedersachsen stark zurückgegangen. Hinzu kam, daß Sympathisanten der FöGA aus den dogmatischen K-Gruppen ihre Mitarbeit eingestellt haben. Die Redaktion der Zeitschrift deutete in der Dezember-Ausgabe eine mögliche Einstellung des Blattes an. Als Begründung wurden Finanzprobleme, geringe Auflagenhöhe und allgemein abnehmendes Interesse an den politischen Zielen der „Graswurzelbewegung“ angegeben.

## **„Autonome“**

Hinter der Bezeichnung „Autonome“ verbirgt sich eine Vielzahl politisch unterschiedlich ausgerichteter linksextremistischer Kleingruppen und Einzelpersonen. Sie alle eint jedoch eine anarchistische Orientie-



rung und die Ablehnung marxistisch-leninistischer Ideologie, soweit diese die Beibehaltung staatlicher Strukturen vorsieht. „Autonome“ sind sich darin einig, den Staat durch Anwendung revolutionärer Gewalt beseitigen zu wollen.

Die Situation der „Autonomen“ war 1987 zunächst durch sog. Perspektivdiskussionen und andauernde Selbstfindungsprozesse gekennzeichnet. Sie beschrieben ihre Lage selbst als desolat, orientierungslos und unorganisiert. Diese Schwächen führten „Autonome“ auf folgende Ursachen zurück:

- Die Widerstandsformen orientierten sich nur am „Vorgehen des Feindes“ und nicht an eigenen Zielen und Utopien;

- der Widerstand werde nur auf spektakuläre Objekte fixiert, ohne weiträumig die ökonomische Infrastruktur anzugreifen;
- die ritualisierte Militanz (schwarze Kleidung, Knüppel, Zwille) dürfe nicht langfristige Vorbereitungen und effektive Aktionen ersetzen;
- die autonome Bewegung lasse sich von spektakulären Ereignissen zu sehr blenden;
- die eigene Stärke werde zu sehr am materiellen Schaden gemessen, obwohl das Ziel eine zerstörte Rechtsgläubigkeit und Staatsloyalität sein müsse;
- Kritiker stempelten Autonome als Stahlkugelfraktion ab, weil von Teilen der autonomen Bewegung Gewalt als Mittel akzeptiert werde.

In Niedersachsen gab es nennenswerte „Autonomen“-Gruppen in Göttingen, Braunschweig und Hannover.

Neben ständig wiederkehrenden Themen wie Militärtransporte, Kernkraft, Hausbesetzungen griffen „Autonome“ 1987 auch aktuelle Ereignisse auf wie z. B. den Besuch Reagans, das Thema Hafenstraße Hamburg und die Volkszählung. In Zeitschriften und Flugblättern versuchten sie, ihre Protestaktionen zu begründen.

In der Ausgabe Nr. 1 der in Göttingen erscheinenden Zeitschrift „Anschläge“, die ein politisches Forum für Göttinger „Autonome“ sein will, wurde hierzu gesagt:

*„Als Teil der autonomen Linken wollen wir an der Entwicklung von politischer Gegenöffentlichkeit, Gegenmacht, einer eigenen Kultur und der Belebung unseres Politalltages beitragen. Das bedeutet auch, autonome Politik kritisch nach ihrer Praxis zu beurteilen, Perspektiven für die Vermittlung unserer Politik zu diskutieren.“*

Die tödlichen Schüsse auf zwei Polizeibeamte an der Startbahn West zeigten allerdings die Unberechenbarkeit der „Autonomen“. Man verurteilte die Polizistenmorde nicht unter moralischen Gesichtspunkten, sondern lediglich aus taktischen Erwägungen; die Schüsse seien zur falschen Zeit abgegeben worden. In Braunschweig wurde ein Flugblatt mit der Überschrift „Wir trauern nicht“ verteilt:

*„Klar ist, daß mit den Schüssen von Frankfurt eine neue Stufe der Eskalation erreicht wurde — wir dürfen davor nicht zurückschrecken. Gerade im Augenblick kommt es darauf an, unsere Politik konsequent voranzutreiben.“*

Auch Göttinger „Autonome“ nahmen in einem Flugblatt „Den Herrschenden nicht einen Millimeter ... sondern neun Millimeter“ zu den Polizistenmorden Stellung:

*„die Schüsse waren natürlich Quatsch ... Ganz davon abgesehen, meinen wir, daß das Mittel Schußwaffe zu dieser Zeit, an diesem Ort, noch dazu so eingesetzt, politisch*

# Wir trauern nicht

Am Montagabend wurden an der Startbahn West auf einer Demo zwei Bullen erschossen, einige andere verletzt. Die Reaktion des Staatsapparates darauf ist eine massive Hetze gegen Autonome, "Chauten" und den militanten Widerstand überhaupt. Wie ernst die Schweine diesen Vorfall nehmen, zeigt die Tatsache, daß Staatsschutzstrategen wie Rebmann in Frankfurt eingeflogen sind und sich öffentlich Gedanken über eine endgültige Zerschlagung des Widerstandes an der Startbahn, aber auch in Mackerndorf etc. machen, daß darüber hinaus Gesetzesverschärfungen und Einsätze der GSG9 auf Demos sowie der Aufbau einer neuen Sondereinheit des Bundesgrenzschutzes durchgesetzt werden sollen. Die Herrschenden versuchen den Vorfall zum Anlaß zu nehmen, militante Politik unmöglich zu machen. Luchte (Verfassungsschutzchef) hat in einem Interview am Dienstagabend gesagt, daß es in der nun einsetzenden Diskussion darauf ankommen wird, die Szene nicht nur zur Distanzierung von den Schüssen, sondern zu einer allgemeinen Distanzierung von militanten Aktionen zu bewegen. Inwieweit derartige Spaltungsversuche greifen, zeigt die Reaktion der Brüder, die bereits zur Ergreifung und Bestrafung der Schuldigen auffordern und eben auch schon klar zur Diffamierung von Militant übergegangen sind. Im Einklang mit allen übrigen "demokratischen Parteien".

Die Schweine agieren also auf zwei Ebenen: nämlich einmal auf der politischen Ebene, auf der sie autonome Inhalte und Politik isolieren wollen; zum anderen auf der militärischen Ebene, wo sie darangehen, politische Zusammenhänge und Strukturen abzuräumen.

Diese bundesweite Repressionwelle hat auch in Braunschweig ihre Auswirkungen:

Am Morgen des 5.11. zwischen 11 und 14 Uhr fand hier ein weiterer Bullenüberfall auf das Erwerbslosenzentrum in der Wolfenbüttler Str. und auf das Konzerthaus Böcklerstr. unter dem Vorwand einer Hausdurchsuchung statt. Die offizielle Begründung des Durchsuchungsbefehls war der "Verdacht des schweren Diebstahls" (Auto) gegen jemanden, der ganz woanders wohnt.

Zum Erstürmen des Hauses hatten sie gleich 50 Einsatzbullen aufgeföhren, unter ihnen viele, die normalerweise im Zivilen Streifenkommando (ZSK) sind und als die Obersten Schläger unter den BS-Bullen gelten. Auch das nahezu geschlossene Auftreten der KFI7 (politische Polizei) und eines Staatsanwaltes für politische Verfahren zeigen deutlich, daß es keinesfalls um den Diebstahl eines Autos ging.

Mehr als 1000 Vermummte

Die Bullen verschafften sich durch Aufbrechen zweier Türen Zugang zum Konzerthaus. Sie verteilten sich sofort im ganzen Haus, in dem sich zu dem Zeitpunkt nur etwa 10 Leute von uns befanden. Diese wurden während der gesamten Durchsuchung dort festgehalten, wo sie gerade angetroffen worden waren, und daran gehindert, sich im Haus zu bewegen und bei der "Durchsuchung" anwesend zu sein.

So bekamen wir das Ausmaß der Verwüstungen erst nach dem Bulleneinsatz mit: Die Schweine zertraten im ganzen Haus Fenster, Türen, Stereoanlagen und diverse andere Gegenstände. In den Zimmern im Dachgeschoß konnten sie noch ungehinderter wüten: Sie demolierten ein Schlagzeug, ein Bewohner wurde in seinem Zimmer eingesperrt, nachdem die Bullen dort eine ganze Dose Tränen(Kampf-) Gas geleert hatten. Ein anderer mußte sich völlig ausziehen und wurde mit Chemiefarbe geäußt; weil er angeblich eine Flasche geworfen hatte. Es ging den Bullen um Terror, und nicht darum, etwas zu finden. Mitgenommen haben Sie dennoch so einiges: Alles, was sie an schweren Maschinen, Werkzeug, Bohrmaschinen und Schweißgeräten finden konnten, haben sie eingesackt, um uns daran zu hindern, das Haus instandzusetzen, die kaputten Türen zu reparieren und uns gegen derartige Überfälle weiterhin zu wehren.

Unabhängig davon, wie wir zu den Schüssen von Frankfurt stehen - eine genaue Stellungnahme dazu in der derzeitigen Situation abzugeben, halten wir für äußerst schwierig - müssen wir uns Gedanken über die jetzt einsetzende Welle der Repression machen und ihr etwas entgegensetzen. Wer sich jetzt eifrig distanziert, handelt denunziatorisch gegen die militante Politik, wie sie sich in den letzten Jahren entwickelt hat. Unsere Antwort auf den Bullenterror kann und sollte darin bestehen, uns in der Diskussion über unsere Politik und unsere Aktionsformen nicht zurückwerfen zu lassen, schon gemachte Erfahrungen und Entwicklungen eben jetzt nicht zu negieren. Klar ist, daß mit den Schüssen von Frankfurt eine neue Stufe der Eskalation erreicht wurde - wir dürfen davor nicht zurückschrecken. Gerade in der augenblicklichen Situation kommt es darauf an, unsere Politik konsequent voranzutreiben.

## DEN HERRSCHENDEN NICHT EINEN MILLIMETER...

Wir haben uns entschlossen, ein Flugblatt zu den Ereignissen an der Startbahn zu schreiben, weil wir die bisherigen Diskussionen um die "Schüsse" zum Teil haarsräubend finden, und den Eindruck haben, daß sich die Wenigsten um authentische Informationen gekümmert haben. Moralisierende Diskussionen die ihren Wissensstand aus der Medienhetze ziehen halten wir für falsch.

zum Teil schwerverletzte Startbahngegnerinnen forderte, versuchte der Staat den Widerstand zu brechen. Dieser Versuch mißlang.

Der Widerstand ging weiter. Selbst die Einweihung der Startbahn konnte daran nichts ändern. Von der

im Rhein/Main Gebiet lauten weiterhin Verhaftungen und Durchsuchungen, die von verstärkter Observation begleitet werden. Das führt zu einer relativen Verunsicherung in der Szene.

Die Leute, die bis jetzt verhaftet wurden, sollen alle wegen Landfriedensbruch bzw. schweren Landfriedensbruchs einen dran kriegen. Bei diesen Anklagen werden sich die Schweine auf ihre langjährigen Observationskenntnisse und Filmaufnahmen von der Startbahn stützen.

Gezielt wird außerdem versucht eine kriminelle Vereinigung passend zum § 129 a zu konstruieren, die die Bullenaktion geplant und durchgeführt haben soll.

An die Startbahn soll weiterhin gegangen werden. Was sich hier eventuell kurz und langfristig ändern

militärische Auseinandersetzung.

Für uns ist das alles militante Politik mit militanten Mitteln.

Von einer militärischen Auseinandersetzung in der BRD zu reden zeugt von einer diffusen Begriffsbestimmung.

Eine militärische Auseinandersetzung setzt eine Organisation und Ausrüstung voraus, die es hier momentan nicht gibt und auch in absehbarer Zeit nicht geben wird. Außerdem bedeutet sie eine Härte der Auseinandersetzung, die diese "Linke", die schon bei zwei toten Bullen fast einen Kollaps kriegt, keine fünf Minuten durchhalten würde.

Einige: Autonomie aus Göttingen

## ...SONDERN NEUN MILLIMETER!

*falsch ist ... Anders ist es, wenn es sich darum handelt, bestimmte Repräsentanten oder besondere Schweine umzuaplätten. Solche Aktionen können sinnvolle, richtige Sachen sein ... Wenn wir das System zerschlagen wollen, werden wir der staatlichen Gewalt revolutionäre Gewalt entgegensetzen müssen.“*

In Hannover meldeten sich „Autonome“ mit dem Flugblatt „Feuer frei!“ zu Wort. Darin hieß es:

*„Um es klar voranzustellen: Auch wir, einige hannoversche Autonome, finden diese Schüsse zum Kotzen. Nichtsdestotrotz halten wir militanten Widerstand gegen dieses System für notwendig. ... Aber wir stellen fest: Wer zum jetzigen Zeitpunkt mit Schüssen auf Polizisten bei Demonstrationen eine bestehende politische Konfrontation entscheiden will, degradiert revolutionäre Politik zu einer militärischen Strategie.“*

# **Besondere Aktions- felder der Links- extremisten**

## **Einflußnahme von Linksextremisten auf die Anti- Kernkraft-Bewegung**

Im Vergleich zu den Vorjahren haben 1987 im niedersächsischen wie im gesamten norddeutschen Raum die Aktivitäten des linksextremistisch beeinflussten Teils der „Anti-AKW-Bewegung“ abgenommen. Dieser Rückgang betraf sowohl die Intensität des „Widerstandes“ als auch die Teilnehmerzahl. Das Schwergewicht der Aktivitäten lag im bayerischen Wackersdorf und richtete sich gegen den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage für abgebrannte Brennelemente. Dort kam es zu verschiedenen, z.T. gewalttätigen Protestaktionen.

Bundesweit gesehen fanden Konferenzen der „Anti-AKW-Bewegung“ 1987 nicht die Resonanz, die die Organisatoren erhofft hatten. Das politische Ziel einer überregionalen Koordinierung der „Bewegung“ wurde nicht erreicht. Die Gegensätze in der Gewaltfrage blieben unüberbrückbar. Zwischen den extremistisch beeinflussten Initiativen und den gemäßigten sog. Nach-Tschernobyl-Gruppen kam kein Konsens zu-

stande. Die Neigung zu gewaltsamen Auseinandersetzungen war allgemein wenig ausgeprägt. Allerdings gingen militante „Autonome“ bei Protestaktionen oft gewalttätig vor; denn für diese stand nicht das Thema Kernkraft, sondern die Auseinandersetzung mit dem Staat im Vordergrund.

Zentrales Thema in den letzten Monaten des Jahres 1987 war die Entsorgung der kerntechnischen Anlagen. Behinderungen von Atommülltransporten auf den Straßen waren erste Folgen dieser Diskussionen.

## **„Antimilitarismus- Kampf“**

### **Protestaktionen gegen die „Panzertrasse“ in Garlstedt**

Der Protest verschiedener Gruppierungen gegen das Eisenbahnan-schlußgleis zur Lucius-D.-Clay-Kaserne in Garlstedt (LK Osterholz) wurde mit dem Beginn der Rodungsarbeiten verstärkt fortgeführt.

An den „Sonntagsspaziergängen“ nahmen zunehmend Linksextremisten aus Bremen und dem Bremer Umland teil; schon seit etwa Juni 1986 wird der Protest gegen das Anschlußgleis weitgehend von militanten „Autonomen“ aus dem Raum Bremen getragen. Daß diese auch Gewalt als Mittel des Protestes bejahen, zeigt folgender Aufruf im „Garlstedt-Rundbrief Nr. 12“, einer Broschüre des autonom orientierten „Panzertrassenplenums“:

*„gründe genug, den 6.12. als  
'vermummtensonntag' in die  
geschichte eingehen zu lassen.*



# V Kampf dem Faschismus heißt Kampf dem imperialistischen System



★  
Mit dem Ende des Nationalsozialismus 1945 war und ist die Gefahr des Faschismus nicht vorbei.

Dies zeigt sich nicht nur an den in letzter Zeit verstärkt öffentlich auftretenden neuen und alten Faschisten (SS-Treffen Pfingsten '83 Bad Hersfeld Stahlhelmtreffen 18/19. Juni Celle, NSD-Bundesparteitag 1/2. Okt. '83, Fallingb., NSD-Landesparteitag 24/25. März '84 Stade, SS-Treffen 30.1.-1.4.84 Oberaula, 17.5.-20.5.84 - SS-Treffen Bad Harzburg), sondern an den zunehmenden staatsfaschistischen Tendenzen in der BRD. Der imperialistische Staat hat ein ganzes Instrumentarium an Repressionen zur Verfügung. Ein großer Teil wird heute schon angewendet, um einen selbst sich regenden Widerstand zerschlagen zu können und andererseits offensiv die Absicherung und den Ausbau seiner Herrschaftsverhältnisse zur Steigerung der Profite voranzutreiben. Dieses Instrumentarium hat seinen Ursprung im Faschismus und ist nur notdürftig verändert worden. Ein Bruch mit der Zeit vor 1945 hat nie stattgefunden. Jeder Faschismusbegriff, der sich nur auf die Zeit von 1933-45 beschränkt, leugnet nicht nur die Kontinuität der Herrschaft, sondern macht zudem auch noch blind für die faschistische

reaktionären Organisationen, um den Restaurationskurs der Adenauer-Regierung zu stützen und ein der Remilitarisierung günstiges Klima in der Bevölkerung zu schaffen.

Doch auch auf wirtschaftlicher Ebene hat nach '45 kein Bruch mit der Vergangenheit stattgefunden. Die mit ohnehin nur milden Strafen belegten NS-Wehrwirtschaftsführer, so z.B. Waffenschmied Krupp, der 1945 als Kriegsverbrecher zu 12 Jahren Haft verurteilt worden war, wurden nun begnadigt und konnten 1947 neue alte Rolle in der Wirtschaft wieder einnehmen.

Selbstverständlich wurden 1951 durch einen Beschluß des dt. Bundestages auch die "treuen" Beamten des Nazi-Staates, die vorübergehend ihren Dienst nicht hatten ausüben dürfen, in Gnadens wieder aufgenommen, so also Lehrer, Richter, Staatsanwälte und Polizisten.

Mit dem Marshall-Plan begann nach dem Krieg der Aufbau der Wirtschaftsmacht BRD im Interesse des US-Kapitals. Noch aufgrund des im Kapitalismus gesetzlich verankerten Konkurrenzprinzips entwickelte sich aus dem von Anfang an bestehenden

Am 28. Dezember fuhr der Nahverkehrsbus Delmenhorst-Hude auf eine Prellbockmarkierung und auf ein auf dem Gleiskörper liegendes Fahrrad. Das Triebfahrzeug wurde beschädigt und blieb liegen. Zeitgleich passierte ein US-Munitionszug diese Stelle in entgegengesetzter Richtung, dem vermutlich dieser Anschlag galt.

## Beteiligung von Linksextremisten an den Aktivitäten der „Friedensbewegung“

Die „Friedensbewegung“ erhält ihre maßgeblichen Impulse vom sogenannten „Koordinationsausschuß der Friedensbewegung“ (KA); in ihm wirken auch linksextremistische Organisationen mit. Der KA organisiert verschiedene Protestaktionen wie Blockaden von Militärstandorten, Friedensmärsche sowie Friedenskonferenzen.

Im Frühjahr beschloß der KA, am 13. Juni in Bonn eine Großdemonstration durchzuführen. Der Termin wurde auch im Hinblick auf den für

den 12. Juni vorgesehenen Besuch des amerikanischen Präsidenten in Berlin(West) gewählt. Die Demonstration stand unter dem Motto: „Den ersten Schritt tun — Atomraketen verschrotten“. Unter den etwa 50.000 Teilnehmern befanden sich zahlreiche Linksextremisten, vor allem Mitglieder der DKP und ihrer Nebenorganisationen.

Der „Koordinationsausschuß“ war mit dem Ablauf der Veranstaltung zufrieden und bewertete die Aktion als Erfolg. Im Anschluß kam es im KA zu einer Diskussion über die Struktur dieses Gremiums und seine Aufgaben. Einige Organisationen sahen sich und ihre Ansichten im KA nicht mehr angemessen repräsentiert. Besonders bemängelten sie die Einflußnahme des von der DKP beeinflussten „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KFAZ). Der Trägerkreis der „Bundeskonzferenz Unabhängiger Friedensgruppen“ (BUF), in dem Kräfte der extremistischen „Neuen Linken“ maßgeblich mitarbeiten, erwog deshalb seinen Rückzug aus dem KA.

Der Abschluß des Abkommens über den Abbau der Mittelstreckenraketen in Europa am 7. Dezember stellt für die „Friedensbewegung“ einen tiefen Einschnitt dar, weil ihr damit eine ihrer Hauptforderungen genommen ist. Die Neigung zu spektakulären Aktionen, die bereits im Laufe des Jahres stark abgenommen hatte, dürfte weiter zurückgehen.

## Sonstige Aktionen

### **Aktivitäten von Linksextremisten gegen die Volkszählung**

Wie schon 1983 versuchten Linksextremisten, das Unbehagen in Teilen der Bevölkerung an der Volkszählung 1987 für ihre Zwecke auszunutzen und eine breite Boykottbewegung zu organisieren.

Bei der Organisierung des „Widerstandes“ taten sich sowohl die orthodoxen Kommunisten des DKP-Spektrums als auch die dogmatisch-extremistischen Gruppierungen der „Neuen Linken“ hervor. Die anarchistische FöGA und „Autonome“ sprachen sich ebenfalls gegen die Volkszählung aus.

Man strebte den Aufbau einer Front gegen die Volkszählung an und suchte Bündnisse mit nichtextremistischen Initiativen und Organisationen, die ebenfalls für einen Boykott der Volkszählung eintraten.

Die beteiligten Gruppierungen konnten die selbstgesteckten Ziele nicht erreichen, hoffen allerdings, daß ein Teil der „Boykottbewegung“ bestehen bleibt und auf andere Aspekte des „Überwachungsstaates“ (Sicherheitsgesetze, neuer Personalausweis, 20. Jahrestag der Notstandsgesetze etc.) gelenkt werden kann.



Informationen  
der  
DKP/Niedersachsen

Heruntergeladen von:  
DKP Niedersachsen (Hannover)  
„Joh. Schaff-Haus“  
Hildesheimer Allee 36, 3000 Hannover 1  
Telefon 05 1131 1233  
Inhaltsverzeichnis (148)  
Bestellnummer: 1187  
Bestellpreis: 1,00 €



**PROTEST UND  
BOYKOTT  
GEGEN DIE VOLKS"ZÄHLUNG"**

Am 25. Mai startet der zweite Versuch für die Volkszählung 1987, war der erste Anlauf am Urteil des Bundesverfassungsgerichts gescheitert. Die damalige Form der Zählung hatte nach Ansicht des Gerichts keinen ausreichenden Datenschutz gewährleistet.

1987 sei das alles anders – sagt die Bundesregierung. Der Datenschutz sei sicher. Außerdem benötige der Staat immer dringender aktuelle Daten – für eine verstaatlichte Wirtschafts-, Umwelt-, Bildungs-, Wohn-, Sozialpolitik usw.

Die Wirklichkeit ist ganz anders.

### **Totale Durchleuchtung der Privatsphäre statt Volks"zählung"**

Die Volkszählung '87 beschneidet sich nicht auf die Erhebung unverfänglicher, anonymer Daten, wie z.B.

- Bevölkerungsstatistik
- Altersmäßige Aufschlüsselung der Bevölkerung

## **Linksextremistische Bestrebungen an niedersächsischen Hochschulen**

Bei den Wahlen zu den studentischen Selbstverwaltungsorganen im Januar 1987 kam die erneut zu verzeichnende geringe Wahlbeteiligung (durchschnittlich rd. 23 % an den fünf größten Hochschulen des Landes) den linksextremistischen Gruppierungen zugute und verschaffte ihnen eine unverhältnismäßige Repräsentanz. Die Bewerber der undogmatisch-extremistischen „Neuen Linken“ und deren Sympathisanten konnten ihre Positionen in den Studentenparlamenten der großen niedersächsischen Hochschulen weiter ausbauen. Dagegen mußten die orthodoxen Kommunisten rückläufige Tendenzen feststellen.

Linksextremistische Gruppierungen sind nur eine kleine Minderheit der gesamten Studentenschaft. Das zeigte sich deutlich während der zahlreichen Protestaktionen gegen Sparbeschlüsse der Landesregierung mit zentralen Großveranstaltungen in Hannover und Göttingen. Hier konnten die Linksextremisten keinen erkennbaren Einfluß ausüben; sie mußten ihre Störversuche nach Mißfallenskundgebungen der großen Mehrheit der Demonstranten aufgeben.



## Linksextremistischer Terrorismus

### „Rote Armee-Fraktion“ (RAF)

#### Entwicklung der RAF

Im Jahre 1987 hat die RAF keine Mordanschläge verübt.

Der bislang letzte Anschlag galt dem Diplomaten Dr. von BRAUNMÜHL. Er wurde im Oktober 1986 auf offener Straße erschossen. Mit ihm hatten sich die Terroristen nach eigenen Angaben ein Opfer aus dem politischen Bereich gesucht, das nicht zur ersten Führungsebene zählte. Damit hatte sich der Kreis der potentiellen Opfer erheblich erweitert.

Bis dahin hatten sich vor allem Angehörige der amerikanischen Streitkräfte und Personen, die an verantwortlicher Position in Militär und Wirtschaft standen, im Visier der Terroristen befunden. Die RAF nennt dies den militärisch-industriellen Komplex. Den Anschlägen folgten jeweils seitenlange Selbstbeziehungsschreiben. Dies unterschied sie von den Terroristen der Baader-Meinhof-Generation. Nach deren Programmatik muß eine „revolutionäre Tat“ aus sich selbst heraus verständlich sein. Die Ermordung einer sogenannten Symbolfigur müsse dem Volk einleuchten und bedürfe keiner Erläuterung. Die Terroristen der 80er Jahre haben sich von dieser Auffas-

sung weit entfernt. Ihre Taten, vor allem die Ermordung eines einfachen Soldaten (der amerikanische Soldat PIMENTAL wurde im August 1985 von Terroristen der RAF ermordet, weil diese seine Ausweiskarte für einen Anschlag benötigten), waren selbst dem terroristischen Umfeld nicht mehr zu vermitteln.

Auch in anderer Hinsicht war die RAF gefährlicher geworden: Sie hatte sich eine zweite Aktionsebene geschaffen. Seit 1986 agierten nicht mehr nur die rund 20 Personen des harten Kerns. Sogenannte „Militante der RAF“ aus dem etwa 200 Personen zählenden engeren Umfeld begleiteten die „Offensive 86“ des Kommandos mit neun schweren Sprengstoffanschlägen. Fünf Sprengstoffanschläge zielten auf den „militärisch-industriellen Komplex“, so z.B. auf das Fraunhofer-Institut für Lasertechnik in Aachen und auf die IBM in Heidelberg. Vier Anschläge galten dem politisch-staatlichen Bereich, z.B. dem Bundesgrenzschutz in Heimerzheim und dem Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln. Wie rücksichtslos und böse auch die „Militanten“ vorgehen, zeigt die Tatsache, daß in Heimerzheim und Köln den Sprengsätzen Schrauben und Muttern beigelegt waren, um die Verletzungswirkung gegen Menschen zu steigern.

#### Situation der RAF 1987

Zum Fortgang ihrer „Offensive 86“ nahmen die Terroristen der RAF im Jahre 1987 nicht öffentlich Stellung. Lediglich Sibylle HAULEFRIMPONG, Mitglied der RAF-Kommandoebene, verlas am 15. Ja-

# Zusammen Kämpfen

Zeitung für die antimperialistische Front in Westeuropa

DEZ. 87

## Sonderausgabe

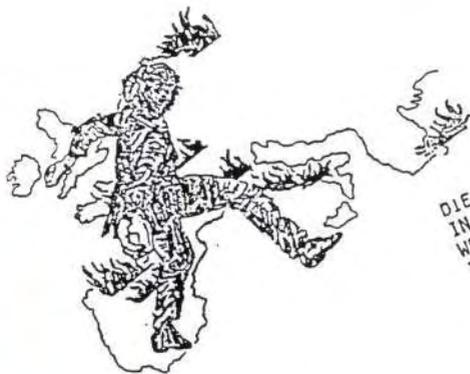


ERKLÄRUNG

ZUR ERSCHIESSUNG VON BESSE

BRIGATE ROSSE

ZU KOHLE-ENTEIGNUNGS-  
AKTION



DIE POLITISCH - MILITÄRISCHE FRONT  
IN WESTEUROPA ALS ABSCHNITT DER  
WELTWEITEN KONFRONTATION ZWISCHEN  
INTERNATIONALEM PROLETARIAT UND  
IMPERIALISTISCHER BOURGEOISIE  
AUFBAUEN !

*vervielfältigen - weitergeben !*

## ☆ Zusammenstellung ☆

von

Berichten, Briefen, Beschlüssen,  
Prozeß- und Presseerklärungen

*zu den Haftbedingungen  
der Gefangenen  
aus der RAF und aus dem Widerstand*

April 1987

Herausgeber von den Anwälten und Anwältinnen von Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand  
V.i.S.d.P.: Renate Trobitzsch, Grotestraße 1a, 3000 Hannover 81 · Druck: Offizin Gehrh., Bismarckstraße 11, 3000 Hannover 1

nuar bei einer Vernehmung eine Erklärung, wonach die von der RAF 1986 begonnene „Offensive“ noch nicht beendet sei. Dagegen enthielt die im Januar erschienene Untergrundschrift „Zusammen kämpfen“, das Sprachrohr der RAF-Kommandoebene, außer Selbstbezeichnungen zu verschiedenen Anschlägen und einem Bericht über eine Nahost-Veranstaltung in Wiesbaden keine Ausführungen zu den aktuellen Zielen der RAF. Auch eine im Dezember aufgetauchte Sonderausgabe dieser Untergrundschrift enthielt lediglich Übersetzungen der Selbstbezeichnungsschreiben, die die französische Terrororganisation „Action Directe“ zum Mordanschlag auf den Chef der französischen Automobilfabrik Renault im November 1986 in Paris und die italienische Terrorgruppe

„Brigate Rosse“ zum Raubüberfall auf einen Geldtransport am 14. 2. 1987 in Rom abgegeben hatten.

Die Festnahme führender Mitglieder der „Action Directe“ (AD) am 21. 2. 1987 in Frankreich hat auch den Bestrebungen der RAF, eine „antiimperialistische Front in Westeuropa“ aufzubauen, einen Schlag versetzt. Die bei der Festnahme beschlagnahmten und in verschiedenen konspirativen Wohnungen in Frankreich gefundenen Unterlagen zeigen, daß die Zusammenarbeit zwischen RAF und AD wesentlich enger war als bis dahin angenommen. Die Festnahme der französischen Terroristen hat auch die logistische Basis der RAF getroffen.

## **Aktivitäten des RAF-Umfeldes**

Das RAF-Umfeld hat 1987 seine Strategie, „den Befreiungskrieg der unterdrückten Völker in die Metropolen des Kapitals zu tragen“, durch Veranstaltungen zur Palästinenser- und Kurden-Problematik fortgeführt. Seine „Solidarität mit dem Befreiungskrieg des palästinensischen Volkes gegen den Zionismus und die arabische Bourgeoisie sowie den Nahost-Imperialismus von EG und BRD“ beruhe auf „historischen Verbindungen“ der RAF zu den Palästinensern. Anlaß der Solidaritätsveranstaltungen waren Aktionen Israels und libanesischer Milizen im Frühjahr gegen Palästinenserlager im Libanon.

Angehörige des RAF-Umfeldes in Hannover und Braunschweig organisierten Demonstrationen und Vortragsabende zu den Themen:

- Situation im besetzten Palästina
- Aktuelle Situation des palästinensischen Widerstandes
- Zionismus — westdeutsche Linke
  - ihr Verhältnis zum Palästinensischen Befreiungskampf.

Der zweite Themenkomplex, mit dem sich das RAF-Umfeld 1987 beschäftigte, war die Kurdenproblematik. Die linksterroristische „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) wird von ihnen als „konsequent kämpfende Befreiungsbewegung“ angesehen. Auf Veranstaltungen in verschiedenen niedersächsischen Städten wurde für die PKK und ihre Ziele geworben. Dabei stellten die Veranstalter die von der PKK in kurdischen Dörfern begangenen Greuelthaten an der Zivilbevölkerung als Kampf gegen die türkische Unterdrückung dar.

## **„Revolutionäre Zellen“ (RZ) und „Rote Zora“**

Die RZ und die Frauengruppe „Rote Zora“ haben 1987 eine Reihe schwerer Brand- und Sprengstoffanschläge verübt:

### **29. Januar**

Sprengstoffanschlag auf einen Stromleitungsmast der Fa. Rheinmetall in Unterlüß

### **6. Februar**

Sprengstoffanschlag auf ein Gebäude der Zentralen Sozialhilfestelle für Asylbewerber in Berlin

### **7. März**

Brandanschlag auf das Gebäude der Berliner Filiale der Baufirma Heitkamp, die am Bau der WAA Wackersdorf beteiligt ist

### **17. Juni**

Brandanschlag auf eine Umspannstation der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) bei Klosterbach

### **21. Juni**

Sprengstoffanschlag auf das Gebäude der Bekleidungsfirma Adler in Haibach bei Aschaffenburg

### **15. August**

Brandanschläge auf Filialen der Firma Adler in 9 Orten der Bundesrepublik, darunter in Altwarmbüchen bei Hannover

### **1. September**

Anschlag auf den Richter am Bundesverwaltungsgericht Dr. Korbmacher in Berlin („Knieschußaktion“)

### **5. September**

Brandanschlag auf die Außenstelle des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Dortmund

### **1. November**

Sprengstoffanschlag auf den Fahrzeugpark des Zentrallagers Wesel der Lebensmittelkette Rewe, Zerstörung von 17 Lastzügen.

Allein die Anschläge auf die Filialen der Firma Adler verursachten Sachschäden von ca. 35 Millionen DM.

Anfang der 70er Jahre hatten sich Linksextremisten zu „Revolutionären Zellen“ zusammengeschlossen. Nach der schnellen Zerschlagung der ersten RAF-Generation sollte eine veränderte Taktik eine ähnlich schwere Niederlage verhindern. Unabhängig voneinander und streng gegeneinander abgeschottet operierten - bis zum Jahre 1987, in dem es erstmalig zu einer bundesweit abgestimmten Aktion kam - kleinste Zellen nach dem Prinzip der südamerikanischen Stadt-Guerilla. Dieses Konzept war bisher wirksam und erlaubte es den Mitgliedern der RZ, ihre Aktionen „aus der Legalität heraus“ — getarnt durch eine bürgerliche Existenz — durchzuführen.

In ihrem Sprachrohr „Revolutionärer Zorn“ beschrieben sie sich als „sozialrevolutionäre Bewegung, die zur Rückgewinnung eines konkreten Anti-Imperialismus in der Bundesrepublik“ beitragen wolle. Deshalb suchen RZ und „Rote Zora“ für ihre Anschläge solche Objekte, über die in der Öffentlichkeit kritisch diskutiert wird. Damit erhoffen sie sich Resonanz in der Bevölkerung, eine Rückkoppelung zu den „Massen“.

So wählten sie für eine „Bestrafungsaktion“ den Richter am Bundesverwaltungsgericht Dr. Korbmacher, dem sie in die Beine schossen. Als Vorsitzender des „Asylenats“ habe er „über die strategische Funktion seines Amtes hinaus“ ein besonders starkes persönliches Engagement gezeigt, die Zahl der anerkannten Asylanten zu reduzieren.

Im Berichtsjahr ist das Buch „Der Weg zum Erfolg — RZ“ erschienen, in dem Dokumente über die „Revolutionären Zellen“ veröffentlicht wurden. Da die Dokumentation Aktionen, Erklärungen und Interviews der „Roten Zora“ nicht enthielt, warf die Frauengruppe den Herausgebern eine frauenfeindliche Geschichtsschreibung vor.

Die RZ haben es bisher abgelehnt, Menschen zu ermorden. Die Tötung des hessischen Wirtschaftsministers Karry 1981 wurde als Versehen dargestellt. In verschiedenen Taterklärungen hieß es, die Anschläge seien so geplant gewesen, daß Menschenleben nicht gefährdet werden konnten.

Die Anschläge auf den Leiter der Ausländerbehörde in Berlin, Hollenberg, und auf Dr. Korbmacher lassen eine größere Gewaltbereitschaft der dortigen RZ-Anhänger erkennen. Sie zeigen die Brutalität und Skrupellosigkeit der Täter, die, auch wenn sie nicht töten wollten, doch den Tod ihrer Opfer in Kauf nahmen.

In der Taterklärung zum Anschlag auf Dr. Korbmacher grenzten sich die RZ deutlich von der RAF ab und kritisierten deren Praxis. Sie bezeichneten die „politische Tötung eines Menschen als äußerstes und extremstes Mittel im Klassenkampf, das sich durch seinen inflationären Gebrauch selbst entwertet, solange nicht offener Klassenkrieg herrscht, in dem die Liquidierung zu einer Machtfrage wird“. Dies sei gegenwärtig jedoch nicht der Fall. Im übrigen wendeten sie sich — am Beispiel der Ermordung Dr. von Braunmühls — grundsätzlich gegen die wahllose Tötung von „anonymen Funktionsträgern“ als „politisches Mittel“.

# Adler

## FLAMBIERT!



Die Frauen bei ADLER in Südkorea kämpfen gegen die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und setzen sich gegen den alltäglichen Sexismus zur Wehr. Sie rufen zur Unterstützung ihres Kampfes in der BRD auf. Daraufhin sind hier in Flugblättern, auf Veranstaltungen und bei Aktionen vor den ADLER Verkaufsstellen Informationen über die beschissenen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Frauen in den ausgelagerten Produktionsstätten in den 3 Kontinenten und besonders bei ADLER in Südkorea und Sri Lanka verbreitet worden. In diesen Aktionen kann Antimperialismus praktisch werden. Auch wir konnten nicht spurlos an den attraktiven Discountmärkten vorbeigehen: In 9 Filialen hat's am 15.8.87 gebrannt und gesprenkelt.

Wir wollen unsere Kämpfe in der Metropole gegen ein System entwickeln, das ohne Sexismus und Rassismus niemals überleben kann. Sexismus, das heißt Gewalt gegen Frauen und geschlechtliche Arbeitsteilung. Rassismus, das bedeutet auch die Spaltung unserer Kämpfe, indem wir als weiße Frauen von der Ausbeutung in den 3 Kontinenten profitieren. In unserem Widerstand hier wollen wir die Lebensbedingungen und Kämpfe der Frauen dort miteinbeziehen - ob die Frauen für Hungerlöhne arbeiten, von Prostitution leben, in den Slums den täglichen Überlebenskampf organisieren - wenn sie streiken, Land besetzen, sich kollektiv Lebensmittel aneignen, in Befreiungsbewegungen kämpfen, .....

Unsere Hoffnung auf Befreiung hier kann sich nur auf die weltweite Befreiung als Frauen gründen, darauf daß wir Teil eines gemeinsamen Kampfes werden.

Der Erfolg von Frauenkämpfen dort ist auch eine Ermütigung für alle Frauen hier, die sich gegen Demütigung, Unterdrückung und Ausbeutung wehren.

Flammende Grüße an die südkoreanischen Arbeiterinnen bei ADLER!

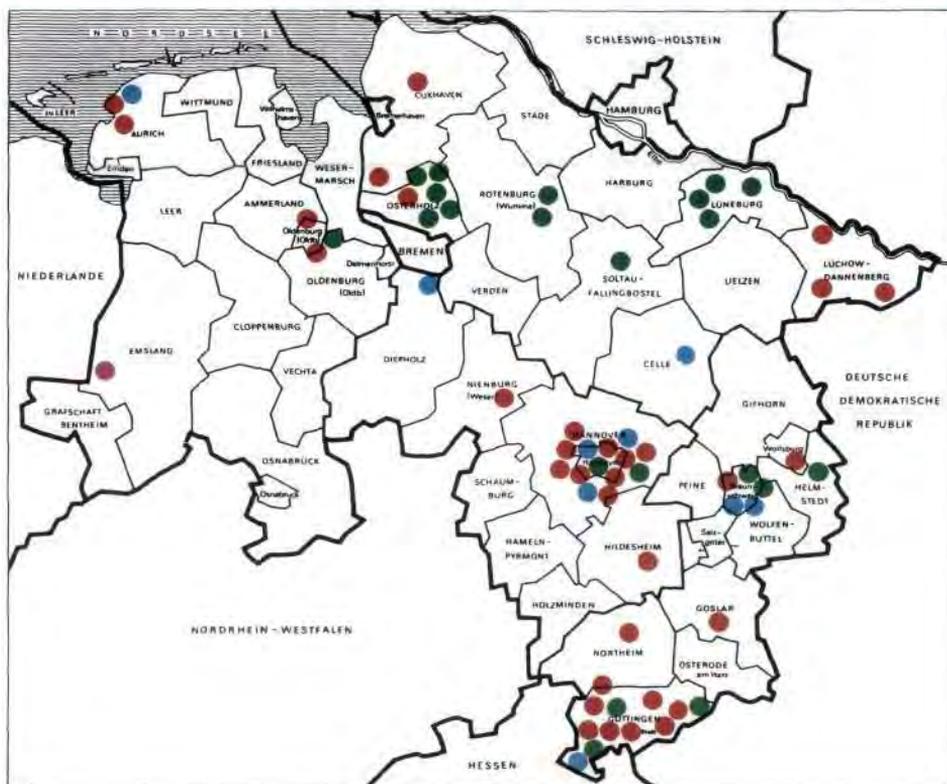


ROTE ZORA

Wiederaufnahme der Tarifverhandlungen!  
Wiedereinstellung der Entlassenen!  
16,5 % mehr Lohn!  
Stopp den Einsatz der Werksschutzgangster!  
Ablösung des Lohngutschein-Systems, das die ArbeiterInnen zu Maschinen degradiert!

Für eine starke internationale Frauenbefreiungsbewegung!  
Kampf dem imperialistisch-patriarchalen System!





## ANSCHLÄGE 1987

1. 1. bis 31. 12. 1987

- 9 ● Sprengstoff
- 33 ● Brand
- 21 ● Sachbeschädigung  
(über 5.000 DM)

## Entwicklung rechts-extremistischer Bestrebungen

Die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Bestrebungen des organisierten Rechtsextremismus und seine ideologischen Strukturen lassen sich oft nur annähernd beschreiben. Der Grund hierfür liegt in dem Fehlen einer den gesamten Rechtsextremismus übergreifenden einheitlichen und systematischen Ideologie. Die ideologischen Komponenten des Rechtsextremismus rühren aus sehr verschiedenen theoretischen Denksätzen und politischen Bewegungen her (z.B. dem Nationalismus, dem Militarismus, dem Sozialdarwinismus sowie idealistischen Mythen von der „Volksgemeinschaft“).

Die folgenden zwei Hauptmerkmale kennzeichnen (in Anlehnung an Untersuchungen von W. Heitmeyer\*) die rechtsextremistischen Ideologien und das rechtsextremistische Handeln in der Bundesrepublik:

- a) Grundgedanke von der Ungleichheit der Menschen:
  - Nationalismus als aggressive Übersteigerung der Bejahung des eigenen Volkes und Staates
  - Rassismus als Infragestellung bis hin zur Ablehnung der Menschenwürde „Anders- oder

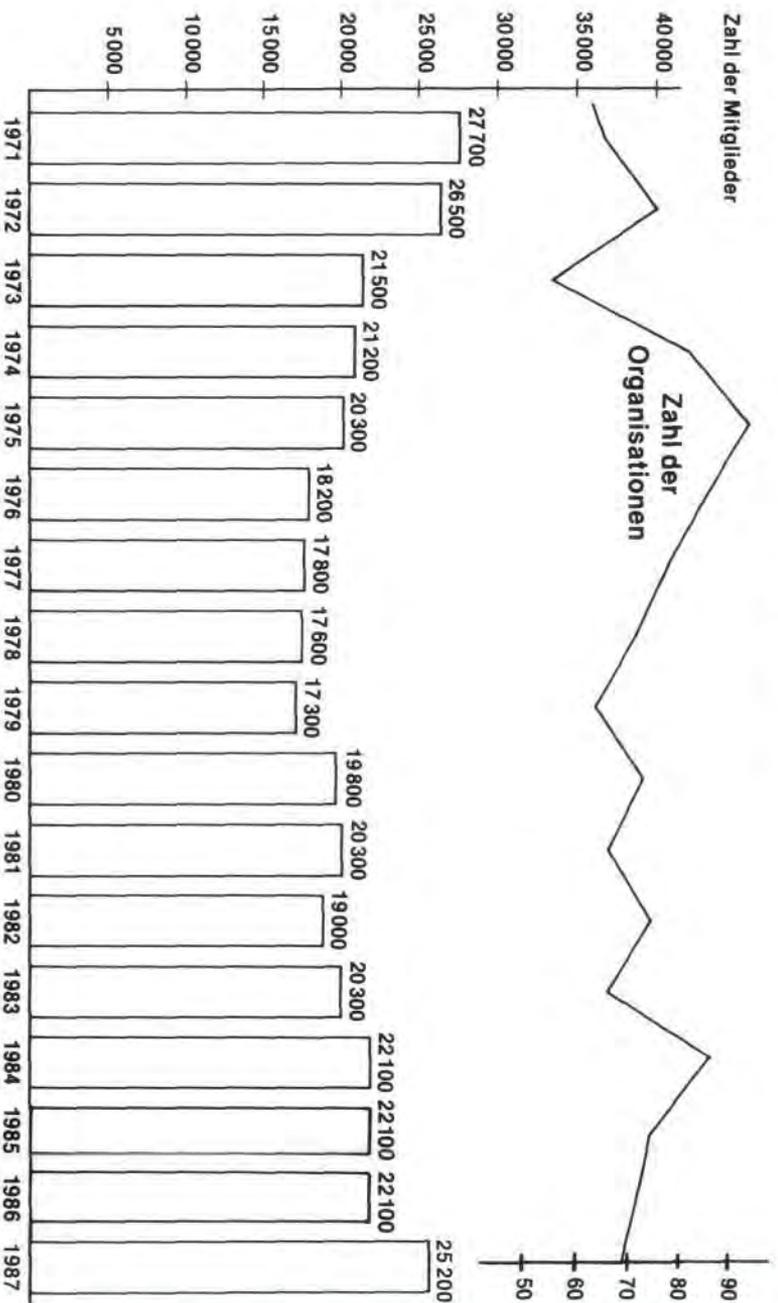
Fremdartiger“, ausgedrückt insbesondere in Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit

- Differenzierung zwischen „lebenswertem“ und „lebensunwertem“ Leben
  - Behauptung „natürlicher“ Hierarchien rassistisch verschiedener Gruppen
  - Propagierung eines „Rechts des Stärkeren“ im Sinne des „Sozialdarwinismus“
  - Ausgrenzung von Minderheiten und Andersdenkenden als Folge totalitärer gesellschaftlicher „Leitbilder“.
- b) Anerkennung von Gewalt als geistig-politische Orientierung:
    - Ablehnung rational geführter Kontroversen, irrationale Neigung zu Verschwörungstheorien
    - Auffassung des „alltäglichen“ Lebens als „Kampf ums Dasein“ mit der Schlußfolgerung, den Schwachen zurückzustoßen
    - Ablehnung demokratischer Prinzipien für soziale und politische Auseinandersetzungen, Unfähigkeit zum Kompromiß
    - Autoritäres Denken, Pflege militaristisch-autoritärer Umgangsformen und Stile.

\*) Wilhelm HEITMEYER: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. Juventa Verlag, Weinheim und München 1987 (Reihe Jugendforschung)

Wenn beide Hauptmerkmale, die Ideologie von der Ungleichheit der Menschen und die Bejahung von Gewalt als Form politischen Denkens und Verhaltens, sich miteinander verbinden, liegen Anhaltspunkte für Be-

## Mitglieder-Entwicklung der rechtsextremistischen Organisationen\* von 1971–1987



\* ohne Verlage und Vertriebsdienste

strebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vor. Die Kombination der Merkmale aus den beiden Bereichen bietet begriffliche Ansätze für die Analyse und Standortbestimmung rechtsextremistischer Organisationen. Die Merkmale sind bei den verschiedenen rechtsextremistischen Gruppen jeweils in unterschiedlicher Ausprägung festzustellen. Einzelne Merkmale dürfen nicht isoliert betrachtet und herangezogen werden; sie charakterisieren in ihrer Gesamtheit den gegenwärtigen organisierten Rechtsextremismus in seinen typischen Erscheinungsformen und ermöglichen eine Abgrenzung zum politischen Konservatismus.

Die nachstehende Darstellung des rechtsextremistischen Lagers unterscheidet dementsprechend zwischen vier Bereichen:

- neonazistische Gruppen, die den Merkmalen am stärksten entsprechen;
- „nationaldemokratischer“ Rechtsextremismus;
- „national-freiheitlicher“ Rechtsextremismus;
- sonstige rechtsextremistische Organisationen (d.h. die „politischen Kultur- und Weltanschauungsvereinigungen“, die selbständigen rechtsextremistischen Jugendorganisationen sowie weitere eigenständige Gruppierungen des Rechtsextremismus).

Folgende Ereignisse und Entwicklungen im Jahre 1987 kennzeichneten den organisierten Rechtsextremismus:

- das erfolgreiche Abschneiden der neuen rechtsextremistischen Par-

tei „Deutsche Volksunion-Liste D“ in Bremen,

- anhaltende Bereitschaft der Neonazis zu Gewaltakten,
- vorübergehend verstärkte rechtsextremistische Aktivitäten nach dem Selbstmord des Hitler-Stellvertreters Rudolf HESS,
- verschärfte Auseinandersetzungen zwischen Rechtsextremisten, insbesondere Neonazis, und ihren politischen Gegnern.

In der Bundesrepublik Deutschland gab es Ende 1987 69 rechtsextremistische Organisationen mit rd. 25.200 Mitgliedern. Erstmals gab es damit im vergangenen Jahr seit 1984 wieder eine steigende Tendenz bei den Mitgliederzahlen im Rechtsextremismus (um 14 %).

Wie im Vorjahr konzentrierte sich 1987 die Beobachtung neonazistischer Sammlungsbestrebungen auf die „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP) und die dahinter stehende neonazistische „Bewegung“. Wie im Vorjahr waren sowohl die „Bewegung“ als auch die FAP in KÜHNEN-Anhänger und -Gegner gespalten.

Die teilweise erbitterten Auseinandersetzungen zwischen KÜHNEN-Gegnern und KÜHNEN-Anhängern wirkten sich schwächend auf die „Bewegung“/FAP sowie andere Sammelbecken für Neonazis wie die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) aus. Die „Bewegung“/FAP, aber auch die kleinere „Nationalistische Front“ (NF) machten durch gewalttätige Propagandaaktionen bundesweit Schlagzeilen.

Die latente Gewaltbereitschaft und Unberechenbarkeit unorganisierter Neonazis sowie organisatorisch nicht eingebundener militanter Rechtsextremisten bedarf unverändert andauernder Aufmerksamkeit.

Mit Unterstützung der NPD gelang es der neuen rechtsextremistischen Partei „Deutsche Volkunion-Liste D“, seit Ende der 60er Jahre erstmals wieder einen Abgeordneten einer rechtsextremistischen Partei in ein Landesparlament zu entsenden. Dieser Wahlerfolg der von dem Rechtsextremisten FREY geführten „Deutschen Volkunion-Liste D“ wurde ermöglicht durch die Zusammenarbeit mit der NPD und deren personellen Einsatz. Der seit Jahren stagnierenden NPD brachten diese Erfolge sowie eine leichte Zunahme ihrer Mitgliederzahl beachtlichen Auftrieb. Ob die in der NPD derzeit nicht unumstrittene Zusammenarbeit mit FREY von Bestand ist, bleibt abzuwarten. Die Bedeutung des „national-freiheitlichen“ Rechtsextremismus des Dr. FREY mit seinen 6 Aktionsgemeinschaften, 3 Wochenzeitungen und der „Deutschen Volkunion-Liste D“ sowie sein Einfluß auf das gesamte rechtsextremistische Lager haben jedenfalls erheblich zugenommen. Die Wirkung FREYs ist zudem nicht auf Parteien und Gruppierungen des rechtsextremistischen Lagers beschränkt, da er sich auf sein wirtschaftlich erfolgreiches Medienunternehmen stützen kann.

## **Neonazi- stischer Rechts- extremismus**

Unter dem Begriff Neonazismus (neuer Nationalsozialismus) werden alle rechtsextremistischen Bestrebungen und Aktivitäten erfaßt, die ein offenes Bekenntnis zur Ideologie des Nationalsozialismus ablegen und die auf die „Wiederherstellung“ eines den nationalsozialistischen Systemvorstellungen vergleichbaren politischen Regimes in Deutschland abzielen. Neonazis betrachten Juden und die überwiegende Mehrheit der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer sowie die Alliierten, die „Besatzungsmächte“, als ihre Hauptfeinde. Ihnen wird eine „rassische Überfremdung“ des deutschen Volkes vorgeworfen.

Bei den neonazistisch ausgerichteten Gruppen und Organisationen handelt es sich teilweise um „Männerbündnisse“ mit schwach entwickelter Organisationsstruktur, teilweise um „Kampf- und Gesinnungskader“, die ihre Anhängerschaft als kleine „Führer“ befehligen und von denen der jeweilige Gruppenbestand abhängt. Wegen dieser stark führerbezogenen Organisationsstrukturen gibt es bundesweit eine Anzahl unabhängiger Neonazis, weil verschiedene Gruppen nach „Ausscheiden“ ihres Anführers inaktiv wurden.

Wie in den Vorjahren haben neonazistische Gruppen auch 1987 ver-

sucht, durch öffentlichkeitswirksame Aktionen Aufsehen zu erregen und damit größere Bedeutung vorzuspiegeln, als sie angesichts geringer Zahl und allgemeiner Ablehnung besitzen. Neonazis stellen die Mehrzahl der militanten Rechtsextremisten.

## **Auseinandersetzungen in der neonazistischen „Bewegung“**

Der Bundesminister des Innern hatte Ende 1983 die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA) verboten. Der Anführer der Organisation, Michael KÜHNEN, hatte daraufhin seine Anhängerschaft aufgerufen, die „Bewegung“ als eine „Gesinnungsgemeinschaft“ fortzuführen. Die Bezeichnung „Bewegung“ ist nach Sprachgebrauch und Eigenverständ-

nis der ihr angehörenden Neonazis vor allem ein ideologischer Begriff. Er knüpft unmittelbar an die Terminologie des Nationalsozialismus an. Heutige Neonazikreise umschreiben damit einen Kreis von Personen, die sich zum Nationalsozialismus bekennen und sich zur Praktizierung ihres NS-Bekenntnisses zusammenschließen. Sie tun dies in bereits bestehenden Organisationen oder unter wechselnden Bezeichnungen nur für einen begrenzten Zeitraum bzw. zur Durchführung bestimmter Aktionen. Nach dem Verbot der ANS/NA wurde der Begriff „Bewegung“ bewußt neu belebt, um einen ideologischen Rückhalt für neue organisatorische Aktivitäten zu schaffen. Nach dem behördlichen Einschreiten gegen Bemühungen, die verbotene ANS/NA in „Leserkreisen“ fortzusetzen, sammelte sich ein Teil der ANS/NA-Anhängerschaft in anderen neonazistischen Organisationen und der bis dahin unbedeutenden „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP). Insgesamt konnte die „Bewegung“ ihren personellen und ideologischen Zusammenhalt als „Gemeinschaft“ mit Führungs- und Organisationsstrukturen auch nach dem Verbot der ANS/NA bis zu ihrer Spaltung in die Flügel der „KÜHNEN-Freunde“ und der „KÜHNEN-Gegner“ bewahren. Die Anhänger sehen sich als die Träger der NS-Ideologie und gründen hierauf ihren Führungsanspruch in der neonazistischen Szene.

1986 riefen Aktivisten innerhalb der „Bewegung“ zum Kampf gegen die Homosexualität auf und forderten den Ausschluß aller Homosexuellen. Homosexualität wurde als „Dekadenz“, „als Krankheit und als Verrat am Volk“ bezeichnet.

## **Die Neue Front**

Publikation des nationalen Widerstandes

**Seine erste SA**

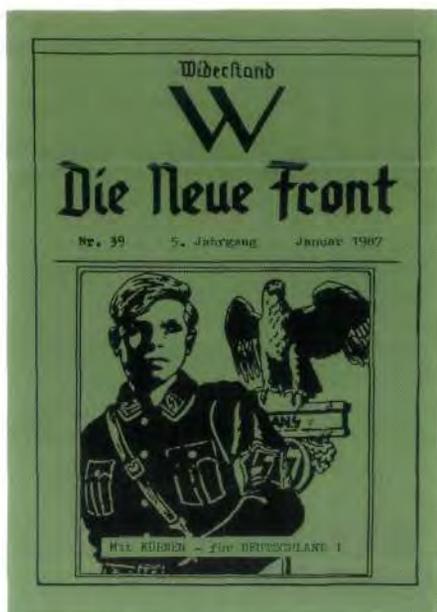


**Mai 1987**

Die führenden Personen der „Bewegung“, Michael KÜHNEN und Thomas BREHL, die Homosexualität zulassen, erklärten formell ihren Austritt. Dieser Schritt löste bei den Anhängern Überraschung und Verständnislosigkeit aus. Es setzte sich aber vorübergehend die Auffassung durch, daß diese Entscheidung akzeptiert werden müsse. Die beiden Neonazis Jürgen MOSLER und Volker HEIDEL, Vertreter des Anti-Homosexuellen-Flügels, übernahmen nach eigener Darstellung die Führung der „Bewegung“.

In der neonazistischen Schrift „Die Neue Front“ vom Januar 1987 widerrief KÜHNEN seinen Austritt aus der „Bewegung“. Er forderte seine Anhänger auf, den politischen Kampf unter seiner Führung nach der alten Konzeption — in „Geist und Tradition der SA“ — fortzusetzen. Gegenüber den „Putschisten“ um Jürgen MOSLER und Volker HEIDEL sollten sie sich verhalten „wie gegenüber jeder anderen solchen Truppe: Solange wir nicht angegriffen werden, interessieren sie uns nicht“. Alle Gesinnungsgenossen, die sich nicht ausdrücklich zu MOSLER und HEIDEL bekennen, seien weiterhin Kameraden nach dem Motto: „Wer nicht gegen uns ist, ist für uns“; auf „Hetze und persönliche Verleumdungen“ solle nicht reagiert werden.

Die Situation der neonazistischen „Bewegung“ und der von ihr gesteuerten FAP war 1987 durch heftige Auseinandersetzungen um die Frage der Homosexualität gekennzeichnet. Der Streit ging zunehmend um Michael KÜHNEN, der sich während des gesamten Jahres in Haft befand.



Die Konfrontation zwischen KÜHNEN-Treuen (Christian WORCH, Thomas BREHL) und KÜHNEN-Gegnern (Jürgen MOSLER, Volker HEIDEL) spaltete die „Bewegung“. Die Spaltung wirkte sich auch auf die FAP aus. Beide Richtungen standen sich unversöhnlich gegenüber und versuchten, die Zahl ihrer Stützpunkte und Sympathisanten zu vergrößern. Von den zwei Lagern in der „Bewegung“ werden zwei Ausgaben der „Neuen Front“ herausgegeben. In Niedersachsen dominiert der KÜHNEN-feindliche MOSLER/HEIDEL-Flügel.

Mitte des Jahres übernahm Christian WORCH aus Hamburg die Führung der neonazistischen „Bewegung“ (KÜHNEN-Flügel), Thomas BREHL aus Fulda wurde geschäftsführender Stellvertreter des Generalsekretärs des KAH („Komitee zur

Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers“). Michael KÜHNEN erhielt die Funktion des Generalsekretärs des KAH.

In seinem „22. Brief aus der Haft“ propagierte KÜHNEN erneut die Revolution des Nationalsozialismus und den Kampf gegen die Reaktion. Er räumte Konflikte und Meinungsunterschiede innerhalb der neonazistischen „Bewegung“ ein. Unterschiedliche Auffassungen müßten jedoch dem gemeinsamen politischen Kampf unter der Parole „Der Gehorsam ist die große Tugend unserer Revolution“ untergeordnet werden.

## **„Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP)**

### **Entwicklung**

Anfang 1984 begannen Anhänger der neonazistischen „Bewegung“ damit, der 1979 von Martin PAPE gegründeten, bis dahin unbedeutenden und ursprünglich nicht eindeutig rechtsextremistischen FAP beizutreten und diese zu nutzen, um mit ihr „politisch legal zu arbeiten“. Die Neonazis betrachten die FAP als den „legalen Arm“ der „Bewegung“. Bundesweit hat die Partei etwa 500 „Mitglieder“, davon etwa 60 in Niedersachsen.

Die Aktivitäten der Partei wurden von den Spannungen zwischen den Flügeln der neonazistischen „Bewegung“ um KÜHNEN und MOSLER beeinträchtigt. Der niedersächsische Landesverband der FAP rechnet sich zur MOSLER-Gruppe. Der Neonazi-Aktivist Volker HEIDEL aus Han-

nover ist als zweitwichtigster Anführer der MOSLER-Gruppe anzusehen. 1987 war die FAP im Raum Hannover, Uelzen, Göttingen und Harburg-Land (Seevetal) besonders aktiv.

Häufige Anlaufstelle für FAP-Mitglieder und -Sympathisanten in Südniedersachsen war das Wohnhaus eines FAP-Funktionärs im Raum Göttingen.

Am 21. Februar veranstaltete die FAP Niedersachsen in einer Gaststätte in Garstedt (Landkreis Harburg) mit ca. 150 Teilnehmern ein sog. Gautreffen. Zunächst wurde ein Landesparteitag abgehalten, auf dem Volker HEIDEL erneut zum Vorsitzenden gewählt wurde. Als Redner traten die führenden Neonazis Friedhelm BUSSE und Jürgen MOSLER auf. Die Veranstaltung wurde mit einer Fahnenweihe und einer Totenehrung am Grabe eines SA-Mannes auf einem nahegelegenen Friedhof beendet.

Zuvor hatte der FAP-Bundesvorsitzende, Martin PAPE, HEIDEL aus der FAP ausgeschlossen. HEIDEL legte dagegen Einspruch wegen Nichteinhaltung der FAP-Bundessatzung ein und beantragte eine Entscheidung des Schiedsgerichts. PAPE vertritt die Auffassung, daß nach dem Austritt des stellvertretenden Landesvorsitzenden Oskar HINZMANN aus Hameln und nach dem Ausschluß HEIDELs der FAP-Landesverband Niedersachsen ohne Vorstand sei. Dem Bundeswahlleiter kündigte er im Juli an, er werde einen kommissarischen Landesvorstand ernennen und zur Neuwahl des Vorstandes einen Landesparteitag abhalten lassen. Daß HEIDEL faktisch



Deutsche  
seid Brüder~



~ vereint sind  
wir stark!

---

Wer wählt, wählt **FAP**

---

Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei

LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN, POSTFACH 51 03 72, 3000 HANNOVER 51



## 3 JAHRE FAP IN NIEDERSACHSEN

9.11.1987/98

nach wie vor den niedersächsischen Landesverband anführt, zeigt die Ohnmacht des Bundesvorsitzenden PAPE gegenüber den die FAP steuernden neonazistischen Funktionären.

### **Aktivitäten**

An einem als „Kameradschaftsabend“ bezeichneten überregionalen Treffen der FAP am 31. Januar in Berlin nahmen 104 Personen, davon 48 aus dem Bundesgebiet, teil. Darunter befanden sich auch führende Funktionäre der „Bewegung“/FAP, wie z.B. Volker HEIDEL aus Hannover. Kurz nach Beginn löste die Polizei die Versammlung auf. Die Teilnehmer wurden vorläufig festgenommen. Im Anschluß an die Festnahmen durchsuchte die Polizei in Berlin 58 und im übrigen Bundesge-

biet 48 Wohnungen. Dabei wurden umfangreiches neonazistisches Schriftgut und Organisationsunterlagen sichergestellt.

Zwei FAP-Funktionäre aus Osnabrück beschmierten in der Zeit von April bis Juni verschiedene Objekte in Osnabrück mit antisemitischen Parolen. Am 10. April sprühten sie an eine Synagoge „Juda verrecke“, „ANS/NA“ sowie ein Hakenkreuz und klebten zahlreiche FAP-Zettel.

Am 11. Juli kam es in Großensee (Schleswig-Holstein) zu einem „Gautreffen Nord“. Im Anschluß begaben sich die Teilnehmer nach Hamburg, um gegen die Bewohner der Hafenstraße zu demonstrieren. Aus dem Demonstrationszug wurden Parolen wie „Nieder mit der Judenrepublik“, „Ausländer raus“ und „Weg mit der Hafenstraße“ gerufen. 35 FAP-Aktivisten, darunter 12 Personen aus Niedersachsen, wurden vorläufig festgenommen.

An einem weiteren Gautreffen am 24. Oktober in Sandkrug (Landkreis Oldenburg) beteiligten sich ca. 60 FAP-Anhänger. Danach fuhren sie im Konvoi nach Oldenburg, wo sie in der Innenstadt einen Propagandamarsch durchführten. Dabei wurden Parolen wie „Deutschland erwache“, „Juda verrecke“, „Ausländer raus“ und „Rache für Heß“ gerufen. Ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz wurde eingeleitet.

Bei der Bundestagswahl am 25. Januar erhielt die FAP 405 Zweitstimmen und 349 Erststimmen. Bei der Bremer Bürgerschaftswahl am 13. September kam sie auf 256 Stim-



Kampfbblatt der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei

# FAP-NACHRICHTEN

- national - radikal - sozialistisch - revolutionär -

++++++ Ausgabe 5 / Mai 1986 / 2. Jahrgang / Einzelstück DM 1,- ++++++

## Ami go home - Besatzer raus!

Von Adenauer wurde behauptet, er wäre der "Kanzler der Alliierten" gewesen. Anlässlich des Attentats auf die "La-Belle-Bar" in der Reichshauptstadt Berlin wurde offenbar, daß sich seine Nachfolger noch immer nicht vom Besatzungsstatut gelöst haben und auch wohl nicht lösen wollen. Es dürfen nur die Erkenntnisse der US-Geheimdienste geglaubt werden. Hat die US-Regierung eigentlich in Nicaragua keine Arbeit?

Vor 10 Jahren machte der Schah von Persien mit uns Geschäfte in Höhe von 4,5 Mrd. DM jährlich - zum gegenseitigen Vorteil - ohne daß auch nur ein einziger Dollar bewegt worden wäre.

Ware (01) gegen Ware (Industrieprodukte aller Art). Hier konnte Wallstreet natürlich nicht partizipieren. Der Schah mußte deshalb verschwinden und es dauerte auch nicht lange, da war dieser Nationalist (im Gewande der Monarchie) von der politischen Bildfläche verschwunden.

Mit Libyen ist es heute das Gleiche. Ware (01) gegen Ware (Industrieprodukte) geht nicht mehr. Gaddafi erreichte allerdings nur die 2,5 Mrd. DM-Schwelle und wird seitdem als "Staatsterrorist" verleumdet. Geschäfte solcher Art billigt "unsere" Schutzmacht USA - als Handlanger Wallstreets - nicht mehr. Wir im besetzten Restdeutschland sollen nun (wie im Fall Persien) auch auf die Geschäfte mit Libyen verzichten. Wie lange kann Gaddafi sich dann noch halten? Wie lange können die Schwächlinge in Bonn dem Druck der USA noch widerstehen?

Es ist blanker Opportunismus und Egoismus der Bonner Politiker, wenn sie uns glauben lassen, Libyer steckten hinter dem Attentat in Berlin. Dieser Anschlag auf US-Neger und andere Ausländer in der

US-Besatzungszone soll uns vielmehr zeigen, wer hier das Sagen hat - nämlich die USA, auf deren Kurs wir einzuschwenken haben.

Wir glauben aber, daß das Attentat und die Kriegsverbrechen der USA - mitten im Frieden - im Libyschen Meer (Gr. Syrte) einem Seegebiet, das von drei Seiten von Libyen umfaßt ist, und somit libysches Hoheitsgebiet ist, (neben den obigen monetären Gründen) als Entlastungsangriff für Israel zu werten ist.

Wir Deutschen sollten in diesem Zusammenhang auch nicht vergessen, daß die unersättlichen USA im 2. Weltkrieg für sich eine 200-SM-Grenze - mitten durch den Atlantik - forderten und für sich in Anspruch genommen haben.

Wir im Generalgouvernement BRD der Schutzmacht USA sollten uns weigern, Komplizen derartiger Machenschaften zu werden.

Unsere Politiker sollten wissen, daß sie nur deutsche Interessen zu vertreten haben (und nicht die Wallstreets). Alles andere ist Verrat an Deutschland und den letzten noch freien Völkern dieser Erde.

Wir von der nationalrevolutionären Front, wir Nationalisten der neuen Generation fordern deshalb:

**Besatzer raus!  
Ami go home!**

**Raus aus der NATO, raus aus dem Warschauer Pakt -  
damit Europa eine Zukunft hat!**

men (= 0,07 %). Die Teilnahme an den Landtagswahlen in Hessen und Schleswig-Holstein scheiterte mangels ausreichender Unterstützungsunterschriften. Ungeachtet dieser Mißerfolge werteten maßgebliche Funktionäre die Teilnahme an Wahlen positiv wegen der damit verbundenen Publizität.

## **„Nationalistische Front“ (NF)**

Die NF entstand im November 1985 in Steinhagen bei Bielefeld aus einem Zusammenschluß neonazistischer Gruppen. Sie versteht sich als eine politische Partei und begreift sich als „Teil der weltweiten Bewegung der Befreiungsnationalisten zur Zerschlagung des internationalen Imperialismus“. Der „sozialrevolutionäre Nationalsozialismus“ der Brüder Strasser ist ihr Vorbild.

Die NF kämpft politisch für eine „vereinte souveräne deutsche Nation auf der Grundlage des modernen Nationalismus“ frei von „ausländischer Bevormundung“ durch den „US- und Sowjetimperialismus“. Sie agitiert insbesondere gegen eine „Überfremdung durch Gastarbeiter und Scheinasylanten“.

Nach heftigen Auseinandersetzungen um Führungs- und Grundsatzfragen wurden 1986 Auflösungserscheinungen im süddeutschen Bereich erkennbar. Seitdem stützt sich die „Nationalistische Front“ vor allem auf Gruppen in Norddeutschland und Berlin. In Niedersachsen wurden bislang wesentliche Aktivitäten nicht festgestellt.

Die Propagandamaterialien der NF werden in Niedersachsen auch in anderen rechtsextremistischen Gruppen verwendet. In der Skinheadszene erfreuen sie sich großer „Beliebtheit“.

## **„Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG)**

Die HNG ist nach wie vor eine der mitgliederstärksten neonazistischen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland. Schriftleiter des Organs „Nachrichten der HNG“ ist der führende niedersächsische Neonazi-Aktivist Volker HEIDEL. Die HNG unterstützt vornehmlich inhaftierte Gesinnungsgenossen durch finanzielle Zuwendungen und andere Betreuungsmaßnahmen.

Bei der Mitgliederversammlung der HNG am 24. Oktober im Landkreis Göttingen, an der ca. 60 Personen teilnahmen, wurde in erster Linie des „nationalsozialistischen Märtyrers“ Rudolf HESS gedacht.

Die Spaltung der „Bewegung“ in den KÜHNEN- und MOSLER-Flügel bedroht auch den Zusammenhalt der HNG.

# FREIHEIT für alle verfolgten Nationalisten



# HNG

Postfach 140412, 4800 Bielefeld 14

## Die HNG informiert

### Was heißt HNG?

„Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“  
**Politische Gefangene in der BRD? Gibt es die überhaupt?**

Ja!

Im Grundgesetz gibt es zwar die §§, in denen das Recht auf freie Meinungsäußerung verankert ist, nach denen **niemand wegen seiner politischen, religiösen und weltanschaulichen Ansicht benachteiligt oder bevorzugt** oder verfolgt werden darf. Es heißt dort, Forschung und Lehre seien frei, eine Zensur flünde nicht statt.

Es gibt aber auch ein Strafgesetzbuch, das u.a. die §§ 86, 86a, 90a und 90b, 130 und 131 enthält. Nach diesen §§ wird bestraft, wer Propaganda für eine verbotene Organisation macht oder deren Kennzeichen verwendet, wer den Staat verächtlich macht, Volkerverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß betreibt. Das ist politisches Strafrecht.

### Wir fordern:

### Freiheit für alle verfolgten Nationalisten

HNG e.V., 4800 Bielefeld 14, Postfach 140412, Postcheckkonto Nr. 142906-607 Postscheckamt Frankfurt  
V.i.S.d.P.: V. Heide, Postfach 510372, 3000 Hannover 51

Unterstützen auch Sie den politischen und weltanschaulichen Kampf der FAP mit einer Spende oder Abonnement (Abo 10,- / Förder-Abo 25,- DM)

Fordern Sie Info-Material an!

FAP-NACHRICHTEN 4400 Münster, Postfach 2702

Örtliche Kontaktanschrift:

FAP Niedersachsen  
Postfach 510372  
3000 Hannover 51

## „Bürger- und Bauerninitiative e.V.“ (BBI)

Die BBI wirkte vor allem durch ihren Vorsitzenden Thies CHRISTOPHERSEN, der in seinen Schriften rechtsextremistische Vorstellungen verbreitet. Sein zentrales Thema ist seit vielen Jahren die sogenannte „Kriegsschuldfrage“.

Er gibt die Pamphlete „Die Bauernschaft“ und „Kritik“ heraus, die im dänischen „Nordland Forlag“ erscheinen. Daneben verbreitet er bereits verbotene Bücher über den Schweizer Verlag „Courrier du Continent“.

Seit 1986 hält sich CHRISTOPHERSEN in Dänemark auf, um den deutschen Strafverfolgungsbehörden zu entgehen.

## Die Bauernschaft FÜR RECHT UND GERECHTIGKEIT Organ der „Bürger- und Bauerninitiative e.V.“

Nr. 3/87

19. Jahrgang

Juni 1987

### Heimfahrt vom Isenstein



Illustration, entnommen dem Buch „Mitterbuch deutscher Götter- und Heiden-sagen“ von Gustav Schalk, im Deutschen Verlag, Berlin.

Nach Günthers Sieg über Brunnhilde fahren die Nibelungen heim nach Worms.

Prof. Wilhelm Petersen

**SCHEIN-ASYLANTEN STOPPEN!**

**Deutschland den Deutschen**

**NPD**

**Nationaldemokraten**

**NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS**

Landesverband Niedersachsen

Postfach 2303  
2120 Lüneburg  
Fernruf: (0 41 31)  
D 3 73 28 + 3 73 01

## Ausschreibung

zur landesweiten Mitgliederwerbung

Nationaldemokraten,  
getreu unserem Grundsatz  
**NUR WER HANDELT WIRD VERÄNDERN**  
rufen wir alle Mitglieder und Parteifreunde des  
Landesverbandes Niedersachsen auf, sich an die-  
ser Werbeaktion zu beteiligen.  
Die Aktion beginnt am 15. Juli 1987 und endet zum Lan-  
despartei-tag 1988.  
Die besten Kreisverbände und besonders gute  
Einzelwerber werden ausgezeichnet.  
Je 10 neue Mitglieder 100 DM für den Erwerb von Werbematerial)  
Wir rechnen mit Eurem aktiven Einsatz!

Leitung  
Hoffmann W. Hüneke  
U. Liss G. Fäth  
Lüneburg

**Wir sind  
heimatverbunden,  
volksbewußt,  
friedenswillig,  
lebensbejahend,  
umweltbewußt,  
verfassungstreu.**

**NATIONALDEMOKRATEN**

NPD Landesverband Niedersachsen  
Postfach 2303, 2120 Lüneburg  
Verantwortlich: Ulrich Liss

# **„National- demokrati- scher“ Rechtsex- tremismus**

## **„National- demokratische Partei Deutschlands“ (NPD)**

### **Allgemeine Entwicklung**

Nach den Wahlniederlagen des Jahres 1986 sah sich die NPD 1987 durch die Ergebnisse der Bundestagswahl, der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz und der Bürgerschaftswahl in Bremen in einem deutlichen Aufwärtstrend, der durch die wirksam werdende Zusammenarbeit mit der „Deutschen Volkunion/Liste D“ (DVU/Liste D) des Münchener Verlegers FREY und dessen finanzielle und propagandistische Unterstützung verstärkt wurde. Die Zusammenarbeit erstreckte sich vereinbarungsgemäß zunächst auf das gemeinsame Auftreten als „DVU-Liste D“ bei der Bremer Bürgerschaftswahl. Das Ergebnis der Bremer Wahl, bei der zum ersten Mal seit 1967 wieder ein Rechtsextremist in ein deutsches Parlament einzog, wurde von der NPD als großer Sieg gefeiert.

Der Aufwärtstrend der NPD hat sich auch in einer Steigerung der Mitgliederzahl niedergeschlagen. So hat die NPD 1987 einen Mitgliederstand von ca. 6.200 erreicht (gegenüber etwa 6.100 im Vorjahr), davon etwa 750 in Niedersachsen.

### **Neues Parteiprogramm der NPD**

Am 13. November beschloß die NPD auf ihrem 21. Bundesparteitag in Uehlfeld/Landkreis Neustadt (Aisch) ihr neues Parteiprogramm, welches das Düsseldorfer Programm von 1973 ablöst. Um den politischen „Realitäten“ Rechnung zu tragen und die Partei aus der „braunen Ecke“ herauszulösen, hatte die NPD bereits 1982 mit ihrem „Germersheimer Manifest“ die innerparteiliche Diskussion um ein neues politisches Programm eingeleitet. Das Manifest, das insbesondere in der Deutschland- und Außenpolitik stark vom „Düsseldorfer Programm“ abwich, führte in der Folgezeit zu massiven Kontroversen. Auf dem Bundesparteitag 1985 war ein neuer Programmentwurf vorgestellt und diskutiert worden. Der Parteitag 1986 hatte die weitere Beratung gegen den Willen des Vorstandes von der Tagesordnung abgesetzt, weil die Kontroversen über den neuen Kurs der Partei noch nicht ausgestanden waren und der Bundestagswahlkampf nicht mit einer Programmdiskussion belastet werden sollte.

Zum Parteitag 1987 waren zahlreiche Änderungsvorschläge und alternative Programmentwürfe vorgelegt worden. Nach eingehenden Beratungen wurde das vom Vorstand eingebrachte neue Programm mit kleine-

ren redaktionellen Änderungen in geheimer Abstimmung angenommen (54 Nein-Stimmen bei 214 Delegierten). Es steht unter dem Leitsatz „Nationaldemokratische Gedanken für eine lebenswerte Zukunft“. Auch im neuen Parteiprogramm sind eindeutig verfassungsfeindliche Zielsetzungen nur schwer auszumachen. Die extremistischen Ziele der NPD und ihrer Mitglieder werden weiterhin vor allem durch Äußerungen von Funktionären und Publikationen der Partei dokumentiert.

Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg bestätigte mit Urteil vom 27. Januar die Entlassung des früheren Polizeimeisters und stellvertretenden NPD-Parteivorsitzenden Jürgen SCHÜTZINGER aus dem Polizeidienst. In der Begründung stützt sich das Gericht auf die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zur verfassungsfeindlichen Zielsetzung der NPD. Dieses hatte festgestellt, daß die Partei die demokratischen Parteien diffamiere und oberste Verfassungswerte, insbesondere die parlamentarische Demokratie, das Mehrparteiensystem und die Volkssouveränität mißachte.

## **NPD-Bundesparteitag**

Am 14./15. November fand im mittelfränkischen Höchstadt a.d. Aisch der 21. ordentliche Bundesparteitag der NPD statt. An der Veranstaltung nahmen zeitweise etwa 900 Personen, darunter ca. 300 Delegierte, teil.

Der Parteivorsitzende Martin MUSSGNUMG und seine Stellvertreter Jürgen SCHÜTZINGER, Walter

BACHMANN und Walter SEETZEN wurden in ihrem Ämtern bestätigt. Außerdem wurden von 28 Beisitzern 19 wiedergewählt.

Als Ausdruck der Zusammenarbeit zwischen DVU und NPD ist die Gastrede des DVU-Vorsitzenden FREY während des Parteitages zu bewerten.

## **Teilnahme der NPD an Wahlen**

### **Bundestagswahl**

Die NPD kandidierte zur Bundestagswahl am 25. Januar mit 10 Landeslisten (ausgenommen Berlin(West)) und Direktkandidaten in 172 von 248 Wahlkreisen. Sie erreichte bei den Zweitstimmen im Bund 0,6 % (1983: 0,2 %) und in Niedersachsen 0,5 % (1983: 0,2 %). Herausragende Einzelergebnisse konnte die NPD in Soltau/Fallingb.ostel, Celle/Uelzen und Helmstedt/Wolfsburg mit jeweils 0,8 % Stimmenanteil erzielen.

### **Landtagswahl in Rheinland-Pfalz**

Bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 17. Mai konnte die NPD mit 0,8 % der Stimmen zwar ihre Stimmenzahl gegenüber der Bundestagswahl geringfügig verbessern, es gelang ihr aber nicht, die 1 %-Hürde, Voraussetzung der Wahlkampfkostenerstattung, zu überwinden.

### **Bürgerschaftswahl in Bremen**

Bei der Wahl der Bremer Bürgerschaft am 13. September kandidierte die NPD nicht, sondern unterstützte

die rechtsextremistische „Deutsche Volkunion-Liste D“ des rechtsextremistischen Verlegers FREY. Nach einem finanziell aufwendigen Wahlkampf gelang es der „DVU-Liste D“, 3,4 % der Stimmen zu erhalten, davon 2,99 % in Bremen und 5,4 % in Bremerhaven. Damit errang sie ein Mandat in der Bürgerschaft und zwei Mandate in der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung.

## NPD-Landesparteitag

Während andere NPD-Landesverbände ihre Parteitage 1987 unter dem Druck öffentlicher Proteste nicht wie vorgesehen durchführen konnten (Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen), fand der niedersächsische Parteitag wie geplant am 5. April in Emmerstedt/LK Helmstedt statt. Die strikte Geheimhaltung des Veranstaltungsortes und der Verzicht auf öffentliche Auftritte (Info-Stände, Verteileraktionen) brachten der NPD in Niedersachsen erstmals seit Jahren einen störungsfreien Verlauf ihrer Delegiertenkonferenz.

Der Parteitag, an dem ca. 150 Personen teilnahmen, bestätigte den bisherigen Landesvorsitzenden Dr. SCHIMMEROHN aus Hannover.



**aktuell**

### BEIHEFTE ERKLÄRUNG

Der Präsident von NSD und DEUTSCHER VOLKSSTAMM - Liste D im die unfruchtbar Regierungen der beidseitig zu überlegen, erklären die Präsident der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und der DEUTSCHER VOLKSSTAMM - Liste D sich bei folgenden Wahlen unter Nutzung ihrer Organisation und politische Eigenständigkeit ausschließlich zu unterstützen.

1. Kandidatur der NPD bei der Landtagswahl Rheinland-Pfalz (1. 5. 1987)
2. Kandidatur der DEUTSCHER VOLKSSTAMM - Liste D bei der Rheinischen Bürgerschaftswahl (12. 7. 1987)
3. Kandidatur der NPD bei der Landtagswahl Baden-Württemberg (Präsident 1988)

Aus dieser Solidarität heraus soll der gemeinsamen Sache wesentlich stärkere Durchsetzbarkeit verliehen werden.  
Stuttgart/Böckel, 26. März 1987

*Handwritten signatures and notes:*  
Hilf Frey  
Hilf Frey  
Karl-Heinz  
Karl-Heinz  
Karl-Heinz  
Karl-Heinz  
Karl-Heinz  
Karl-Heinz



**NIEDERSACHSEN SPIEGEL**

Norddeutsche Stimme

Zeitschrift der NSD-Landesverbände Niedersachsen



NR. 9  
10. Jahrg.

## WAHLSIEG IN BREMEN

Liste D erreichte 3,4% der Stimmen

Bremerhaven 3,4% der Stimmen

Der Wahlsieg des 13. September brachte dem nationalsozialistischen Lager einen bemerkenswerten Erfolg. Erstmals nach 1971 wurde wieder ein nationaler Kandidat in ein Landesparlament gewählt.

Der große Erfolg der NSD zusammen mit dem Umsturz der westdeutschen D. durch Frey gestützt hat, hat sich bereits voll gelöst.

Erstmals seit über 16 Jahren gibt es wieder einen Abgeordneten der nationalsozialistischen Partei im Landesparlament.

Der neue Abgeordnete der Bremer Bürgerliste heißt Hans Zimmerer, der von David Straßburger unterstützt wird.

Hans Zimmerer hat sich als Mitglied der NSD in der Bremer Bürgerschaft der beiden größten nationalen Bewegungen in der Bundesrepublik beteiligt, und einen Sieg erringt, der die Zukunft der NSD erheblich erleichtert.

Sie sind täglich mit dem NSD, das Deutschland stark macht.

Zu den Mitgliedern, welche in Bremen die größte Wahlkampagne organisierten sind, die als erstes durch die Bürgerliste zum Mitglied in der Bremer Bürgerschaft wurden, erzielte ein 1,2% der Stimmen ein Mandat, und werden sich in Zukunft behaupten, ohne Hilfe anderer für

Abgeordnete in NSD und NSD unterstützt zu erhalten. Derzeitiger Vorsitz der Partei.

Die NSD hat sich als Mitglied in der Bremer Bürgerschaft der beiden größten nationalen Bewegungen in der Bundesrepublik beteiligt, und einen Sieg erringt, der die Zukunft der NSD erheblich erleichtert.

Hans Zimmerer hat sich als Mitglied der NSD in der Bremer Bürgerschaft der beiden größten nationalen Bewegungen in der Bundesrepublik beteiligt, und einen Sieg erringt, der die Zukunft der NSD erheblich erleichtert.

Sie sind täglich mit dem NSD, das Deutschland stark macht.

Zu den Mitgliedern, welche in Bremen die größte Wahlkampagne organisierten sind, die als erstes durch die Bürgerliste zum Mitglied in der Bremer Bürgerschaft wurden, erzielte ein 1,2% der Stimmen ein Mandat, und werden sich in Zukunft behaupten, ohne Hilfe anderer für

zu den Mitgliedern, welche in Bremen die größte Wahlkampagne organisierten sind, die als erstes durch die Bürgerliste zum Mitglied in der Bremer Bürgerschaft wurden, erzielte ein 1,2% der Stimmen ein Mandat, und werden sich in Zukunft behaupten, ohne Hilfe anderer für

Erstmals seit über 16 Jahren gibt es wieder einen Abgeordneten der nationalsozialistischen Partei im Landesparlament.

Der neue Abgeordnete der Bremer Bürgerliste heißt Hans Zimmerer, der von David Straßburger unterstützt wird.

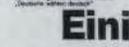
Hans Zimmerer hat sich als Mitglied der NSD in der Bremer Bürgerschaft der beiden größten nationalen Bewegungen in der Bundesrepublik beteiligt, und einen Sieg erringt, der die Zukunft der NSD erheblich erleichtert.

Sie sind täglich mit dem NSD, das Deutschland stark macht.

Zu den Mitgliedern, welche in Bremen die größte Wahlkampagne organisierten sind, die als erstes durch die Bürgerliste zum Mitglied in der Bremer Bürgerschaft wurden, erzielte ein 1,2% der Stimmen ein Mandat, und werden sich in Zukunft behaupten, ohne Hilfe anderer für

1349 D-Abgeordnete Zimmerer, Bremerhaven

(Fortsetzung auf Seite 1)



**Einigkeit macht stark!**

NATIONALE SOLIDARITÄT SOZIALE GERECHTIGKEIT



## „Junge Nationaldemokraten“ (JN)

Die Jugendorganisation der NPD steht zwar ideologisch hinter ihrer Mutterpartei, äußerte aber z.T. massive Kritik an der Zusammenarbeit mit der „Deutschen Volksunion“. Insbesondere deren Vorsitzender FREY stand im Zentrum der Kritik. Bei einer weiteren Zusammenarbeit mit ihm bestehe die Gefahr, daß die NPD ihre Identität verliere.

Die Mitgliederzahl dürfte sich entsprechend dem Aufwärtstrend der NPD auch bei der JN bundesweit auf rd. 750 erhöht haben, davon rd. 100 in Niedersachsen. Bundesweit ist das ein Zuwachs von 25 %.

Die JN agitierten wie die NPD verstärkt gegen Ausländer und Asylanten. So warf der JN-Landesverband Niedersachsen der Bundesregierung vor, sie habe für alle Menschen dieser Welt ein Herz, nur für das eigene



Volk habe sie nichts übrig.

Am 12. und 13. September fand in Dillingen (Kreis Saarlouis) der Bundeskongreß der „Jungen Nationaldemokraten“ unter dem Motto „Deutsch ist Trumpf“ statt. Vor der Eröffnung zogen etwa 90 Mitglieder mit Fahnen und Transparenten durch die Saarbrücker Innenstadt. Einige Transparente trugen die Aufschrift: „Rudolf Heß — Er litt für uns!“. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde Karl-Heinz SENDBÜHLER aus München zum Bundesvorsitzenden gewählt. Er löste Hermann LEHMANN aus Schöppenstedt (Niedersachsen) ab, der nicht mehr kandidierte.

SENDBÜHLER war bisher stellvertretender Bundesvorsitzender und Pressereferent der „Jungen Nationaldemokraten“; er fungiert zugleich als Bundesvorsitzender des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes“ (NHB).

# **„National- Freiheit- licher“ Rechtsex- tremismus**

## **„Deutsche Volksunion“ (DVU)**

Die rechtsextremistischen Vereinigungen, die sich selbst als „national-freiheitliche“ Organisationen bezeichnen, stehen unverändert unter dem maßgeblichen Einfluß des Münchener Verlegers Dr. Gerhard FREY.

Die DVU und ihre sechs Aktionsgemeinschaften

- „Aktion deutsche Einheit — AKON e.V.“
- „Aktion deutsches Radio und Fernsehen“ (ARF)
- „Ehrenbund Rudel“ (ER)
- „Initiative für Ausländerbegrenzung“ (I.f.A.)
- „Volksbewegung für Generalamnestie“ (VOGA)
- „Deutscher Schutzbund für Volk und Kultur“

bilden — einschließlich der „DVU-Liste D“ — mit bundesweit über 15.100, in Niedersachsen mindestens 1.450 Mitgliedern weiterhin den größten Bereich des organisierten Rechtsextremismus. Nach eigenen Angaben verfügt die DVU bundesweit über rd. 16.000 Mitglieder.

Die DVU hat auch 1987 einen Schwerpunkt ihrer Aktivitäten in der traditionellen Großkundgebung am 15. August in Passau gesehen. An dieser Veranstaltung nahmen ca. 2.000 Personen, darunter etwa 400 Österreicher und Südtiroler, teil. Die mit der Kundgebung verbundene Mitgliederversammlung der DVU bestätigte FREY als Vorsitzenden. Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen FREY und der NPD nahmen an der Kundgebung NPD-Funktionäre teil. Der NPD-Parteivorsitzende MUSSGNUG lobte als Gastredner den „erfolgreichen“ gemeinsamen Wahlkampf in Bremen.

FREYs „Druckschriften- und Zeitungsverlag“ (DSZ-Verlag) beherrscht weitgehend den rechtsextremistischen Zeitungsmarkt. Die „Deutsche Nationalzeitung“ (DNZ), der „Deutsche Anzeiger“ (DA) und die „Deutsche Wochenzeitung“ (DWZ) haben eine Gesamtauflage von wöchentlich über 120.000 Exemplaren - nach FREYs Angaben ca. 160.000. Sie leisten weiterhin dem Antisemitismus Vorschub.

## **„Deutsche Volks- union-Liste D“ (DVU-Liste D)**

Die „DVU-Liste D“ wurde am 5. März von Funktionären der DVU und der NPD gegründet. Vorsitzender ist DVU-Chef FREY. Bei der „DVU-Liste D“ sollen sich nach FREY bereits mehr als 6.000 Mitglieder angemeldet haben.

Die „DVU-Liste D“ versteht sich als „gemeinsamer Wahlverband“ der „deutschen Rechten“. Ihr Parteipro-

## Größte politische Sensation

Sehr verehrter Förderer der deutschen Sache, unmittelbar nach ihrer Gründung ist unsere Partei für die Interessen des deutschen Volkes DEUTSCHE VOLKSUNION - Liste D der Durchbruch in die Parlamente von Bremen und Bremerhaven geglückt. Massenmedien und alle Parteien werden das als größte politische Sensation auf der deutschen Rechtsen seit zwei Jahrzehnten.

Wenn Sie, verehrter Freund der deutschen Sache, wünschen, daß unser Wahlsieg von Bremen bald auf breiter Ebene fortgesetzt und ausgebaut wird, sollten Sie jetzt zu den finanziellen Voraussetzungen durch die höchstmögliche in Ihren Kräften stehende Spende beitragen. Bitte helfen Sie uns rasch durch Überweisung auf eines der unten angegebenen Konten. Bei Spenden für die Partei DEUTSCHE VOLKSUNION - Liste D gelten die unterstehenden Steuervorteile.

Nehmen Sie bitte meinen aufrichtigen Dank für Ihre bisherige und künftige Unterstützung entgegen.

Mit besten Wünschen für Sie und herzlichem Grüßen

*Dr. Gerhard Frey*

Dr. Gerhard Frey  
Bundesvorsitzender der  
DEUTSCHEN VOLKSUNION - Liste D

Konten der Deutschen Volksunion - Liste D  
Postgremium Hamburg, Konto-Nr. 81800-201, BLZ 200 10030  
Münchener Bank München, Konto-Nr. 090555, BLZ 701 901 00

Spenden und Mitgliedsbeiträge sind bei Unverheirateten bis zu DM 1200,- bei Verheirateten bis zu DM 2400,- jährlich zur Hälfte direkt von der Steuerpflicht abzugsfähig. Die direkte Steuerermäßigung beträgt damit bis zu DM 600,- bzw. DM 1200,-. Darüber hinaus sind Spenden bis zu DM 10000,- pro Steuerpflichtigen bzw. DM 20000,- bei Zusammenveranlagung als Sonderausgaben zusätzlich abzugsfähig. Für die Geltendmachung des Mitgliedsbeiträge genügt die Vorlage eines Zahlungsgeschehenes. Für Ihre Spende wird Ihnen die DEUTSCHE VOLKSUNION - Liste D auf Wunsch gerne eine Spendenquittung ausstellen.

kämpften Konkurrenten SCHÖNHUBER einen Wahlerfolg in Bremen streitig machen wollte.

FREY betrieb für seine neue Partei einen finanziell aufwendigen Wahlkampf. Um Gegnern geringe Angriffsflächen zu bieten, hatte die „DVU-Liste D“ bislang unbekannte Personen auf die vorderen Plätze der Wahlliste gesetzt. Die Partei verzichtete deshalb auch auf öffentliche Wahlversammlungen und vermied Kontakte ihrer Kandidaten mit den Wählern.

Die „DVU-Liste D“ erzielte mit erheblicher Unterstützung der NPD in Bremen 3,4 % und in Bremerhaven 5,4 % der Stimmen und errang einen Sitz in der Bürgerschaft.

gramm ist aus taktischen Erwägungen konturenarm formuliert. Eindeutig rechtsextremistische Zielsetzungen sind daraus nicht abzuleiten, wengleich bestimmte Formulierungen und politische Themen auf eine rechtsextremistische Ausrichtung der Partei deuten. Der Zusammenhang mit den hinter der „DVU-Liste D“ stehenden Initiatoren, DVU und NPD, macht die rechtsextremistische Verquickung deutlich.

Ausschlaggebend für die Gründung der „DVU-Liste D“ dürfte der Wahlerfolg der „Republikaner“ bei der letzten Landtagswahl in Bayern gewesen sein. Diese hatten mit ihrem Vorsitzenden SCHÖNHUBER auf Anhieb 3 % der Stimmen erreicht, während die von FREY unterstützte NPD von 0,6 % auf 0,5 % absank.

Es spricht viel dafür, daß FREY mit seiner Neugründung dem von ihm be-



Will ich die Verteidigung deutscher Lebensinteressen wünsche, befrage ich die Mitgliedschaft in der:

- Partei DEUTSCHE VOLKSUNION - Liste D (Monatsbeitrag DM 3,-, Aus sozialen Gründen auf Antrag DM 1,-)
- überparteilichen Vereinigung DEUTSCHE VOLKSUNION e. V. (Monatsbeitrag DM 3,-, Aus sozialen Gründen auf Antrag DM 1,-)
- überparteilichen INITIATIVE für AUSLÄNDERBEGRENZUNG - I.L.A. - (Monatsbeitrag DM 1,50, Aus sozialen Gründen auf Antrag DM 1,-)

Ich abonniere die Wochenzeitungen, die deutsche Interessen vertreten:

- DEUTSCHE WOCHEN-ZEITUNG (monatlich DM 8,30)
- DEUTSCHE NATIONAL-ZEITUNG (monatlich DM 8,30)
- DEUTSCHER ANZEIGER (monatlich DM 8,30)

Name  Vorname  Beruf

Strassenname  Postzahl/Wohnort  Telefon

Geburtsort  Geburtsdatum

Welcher Partei oder Vereinigung gehören Sie in welcher Funktion an?

Welcher Partei oder Vereinigung gehören Sie in den letzten 10 Jahren in welcher Funktion an?

Ort  Unterschrift

Das Merkmal der Zeitung-Bestellung (Namen einer Woche schriftlich mitteilen. Es genügt die Abendung innerhalb, dassu Print an der 100 Verlag, Poststraße 2, 8000 München 60)

Ort  Unterschrift

Bitte annehmen an  
DVU, Poststraße 2, 8000 München 60

- bitte senden -

# Sonstige rechtsex- tremistische Organisatio- nen

## „Wiking-Jugend“

### Allgemeine Entwicklung

Die „Wiking-Jugend“ (WJ) ist die älteste rechtsextremistische Jugendorganisation in der Bundesrepublik Deutschland. Sie entstand 1952 aus verschiedenen Jugendbünden und versteht sich als größte „volkstreuere Jugendbewegung Europas“. Von Anfang an hatte sie vielfältige personelle Verflechtungen zu anderen rechtsextremistischen Organisationen. Bis 1984 eher zu den „national-freiheitlichen“ Organisationen des Dr. FREY tendierend, suchte sie danach zunehmend die Zusammenarbeit mit neonazistischen Anhängern der verbotenen ANS/NA. Aber auch zu anderen rechtsextremistischen Organisationen bestehen Kontakte. So haben zum Beispiel 1987 die meisten überregionalen Veranstaltungen der „Wiking-Jugend“ in Hetendorf/LK Celle auf einem Gelände stattgefunden, das der rechtsextremistischen „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“ und dem „Freundeskreis Filmkunst“ gehört.

Mit Neonazis aus der verbotenen ANS/NA gründete die „Wiking-Jugend“ 1985 die „Volkstreuere Außerparlamentarische Opposition“ (VAPO). Diese versteht sich als „rechte APO“.

Bundesweit umfaßt die „Wiking-Jugend“ rd. 400 Mitglieder, davon etwa 40 in Niedersachsen. Infolge interner Richtungskämpfe hat der WJ-Bundesführer Wolfgang NAHRATH nach seiner Wiederwahl im Frühjahr 1987 damit begonnen, die Gegner einer engen Zusammenarbeit mit den Neonazis kaltzustellen. So teilte die langjährige Schriftleiterin des WJ-Organs „Wiking“ in einem Rundschreiben mit, NAHRATH habe ihr dieses Amt entzogen. Sie wies darauf hin, daß einige langjährige WJ-Mitglieder ausgetreten seien, weil sie mit der Politik des Bundesführers, die weit über „Jugendarbeit“ hinausgehe, nicht einverstanden gewesen seien. Sie beklagte, daß auch von jugendlichen WJ-Mitgliedern kämpferischer Einsatz auf der Straße verlangt worden sei. Der neue Schriftleiter des „Wiking“, Walter MATTEI, war Gründer und erster Bundesführer der „Wiking-Jugend“. Bis zu seinem Austritt aus der rechtsextremistischen, 1952 verbotenen „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP) war er deren „Reichsjugendführer“.

### Veranstaltungen in Niedersachsen

Zu Pfingsten 1987 veranstaltete die WJ in Hetendorf, LK Celle, die „Tage volkstreuere Jugend“, eine überregionale Veranstaltung, an der ca. 250 Personen teilnahmen, darunter auch

## WJINGEK DEUTSCHLAND MUß leben!!!

Es wird vermehrt nicht jüdische Erdemenschheit tragfähig stimmen, wenn wir Deutschen "national" das Bismarck anfangen haben - aber zumindest lockt es auch die Deutschen nicht nicht weiter.  
Die O-Bock Jugend ist bereit, in den Übergang zu transition, dem Nationalen auf den Über und den Weg - No. 10 WJ, NSD der Jugendlichen können mit dem Begriff "Nationalität" nicht mehr aufpassen. Kein Wunder - sie haben ja anschließend keine mehr!  
WJingek und Überforderung haben unsere Politiken (nicht abgesehen, von Österreich, Nationalität sehr) einflussreicher gemacht als zu erwarten. Die deutsche Gesellschaft hat sich zu einem Rechtsstaatlichen gemacht und das deutsche Volk von Bürgern einerseits (die die Nationalität von einem Soldaten werden können) beiseite und geschieden - wie das Ihre, davon, die in sich selbst tragen, für DIESEN Überleben gekämpft haben.

Ein Beispiel aller Dinge wird geschrieben und ein weiteres Beispiel ist anzusehen.  
1. Die Jugend ist rassistisch.  
2. Die Jugend ist antisemitisch.  
3. Die Jugend ist nationalistisch.  
Millionen von Menschen, Frauen und Männer über-überwachen diese Land - und wissen nicht die 1988 demokratische Freiheit zu wissen können.  
Die Zahlen der jungen Arbeitlosen wachsen stetig, immer höher, denn die die Luft werden durch den Demagogischen Überbevölkerung ohne Arbeitsplätze (Gesamtwirtschaft) immer mehr zu sehen sein.  
Denn auch jetzt werden können haben zu Umwelt-schäden, aber bereits werden in Arbeitslosigkeit, immer höher, denn die die Luft werden durch den Demagogischen Überbevölkerung ohne Arbeitsplätze (Gesamtwirtschaft) immer mehr zu sehen sein.  
Denn auch jetzt werden können haben zu Umwelt-schäden, aber bereits werden in Arbeitslosigkeit, immer höher, denn die die Luft werden durch den Demagogischen Überbevölkerung ohne Arbeitsplätze (Gesamtwirtschaft) immer mehr zu sehen sein.

Derzeit unterwandern erfolgreich Nationalisten, Faschisten, Gewerkschaften, Lehrerinnen, Kirchen und Antifaschisten.  
Die nationale Erziehung erfolgt in Form von Propaganda ("Patriotismus", "Glaube" usw.) und/oder Spionage-fähigkeit, in Form von Propaganda (Schule, Leben, Sozialerziehung) große Taktik der Bevölkerung.  
Die Karte dieser Nationalisten und Sozialisten (Nationalisten) ist nicht weiter zu erwarten, immer Politiken werden das alles hin - und tun es gut wie nicht zu geben.

NACHS - JUNGEN - KULTUR I (in 1. von 12 (11)  
DEUTSCHLAND darf nicht werden!  
WJingek ist! / Deutschland, die WJINGEK-JUNGEN!



Wir werden Augen, kritischen Verstand und mutiger Entschlossenheit stellen sich die Mädchen und Jungen der WJINGEK-JUNGEN des Nationalistischen unteren GEMEINDE!  
Wir wollen und können nicht aufhören, wie unser Land und die Bundes-gesetz. Wir setzen auf, was wir dagegen tun kann. Wir bewahren, daß wir ohne einen Hegemon (Schutz-stützung von dem Bundesjugendrat - die verschiedenen Jugendgruppen Arbeit in Europa betreiben. Mädchen und Jungen!)  
Laut dem WJINGEK-JUNGEN und hunderttausend Familienangehörigen Gruppen werden die Nationalisten zu sein! Denn nicht ist die Zeit da, um Deutschland Jugend aufzuheben muß WJINGEK-JUNGEN s. f. / Braunschweig, Sa. 1000 Norderg. 4

## Rechtsextremistische Kultur- und Weltanschauungsvereinigungen, Schüler- und Studentengruppen

Die rechtsextremistischen Kultur- und Weltanschauungsvereinigungen wie

- „Deutsche Kulturgemeinschaft“ (DKG)
- „Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes“ (DKEG)
- „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP)
- „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“ (GfbAEV)

zahlreiche Neonazis. Während der Lagerveranstaltung fand das WJ-„Bundesthing“ mit der Neuwahl der Bundesführung statt.

In den Sommerferien richtete die WJ in Hetendorf ein bundesweit angekündigtes Sommerlager aus.

Das für die Herbstferien vom 3. bis 10. Oktober geplante Herbstlager mußte wegen öffentlicher Proteste kurzfristig abgesagt werden. Ca. 350 Personen folgten dem Aufruf einer „Antifaschistischen Aktion“ aus Celle und demonstrierten am 3. Oktober vor dem Gelände in Hetendorf. Bei gewaltsamen Auseinandersetzungen wurden Polizeibeamte verletzt.

verlieren in Niedersachsen — bedingt durch die Überalterung der Mitglieder — an Bedeutung. Ihre Beobachtung ist gleichwohl geboten, da sie versuchen, teilweise nach dem Vorbild der französischen „Neuen Rechten“, eine geistig-ideologische Grundlage für Rechtsextremisten zu schaffen bzw. weiterzuentwickeln.

Trotz beachtlichen Interesses des rechtsextremistischen Lagers an den Vortragsveranstaltungen ist es den Gruppen nicht gelungen, ihren Mitgliederchwund durch Neuaufnahmen auszugleichen.

In Niedersachsen fanden 1987 vom 1. — 3. Mai in Rotenburg/Wümme die „Norddeutschen Kulturtage“ der DKG statt. Das vom 24. — 26. April in Uelzen geplante „Norddeutsche Forum“ des „Arbeitskreises für Kultur und Politik“ wurde kurz vor Beginn abgesagt.

**Auf KOHL  
verzichten  
wir gern -**

**auf  
SCHLESIE  
nie!**

STUDENTENBUND SCHLESIE  
Postfach 3827 · D-3400 Göttingen 1

Die im Raum Göttingen tätigen rechtsextremistischen Zirkel um den niedersächsischen NPD-Funktionär Hans-Michael FIEDLER setzten ihre Aktivitäten unvermindert fort. Trotz zahlreicher Protestaktionen von politischen Gegnern, in deren Verlauf u.a. in der „Zentrale“ in Göttingen am 29. November Propagandamaterial vernichtet und Unterlagen entwendet wurden, gelang es FIEDLER auch 1987, Seminare und Vortragsveranstaltungen durchzuführen. Hierbei traten bekannte Rechtsextremisten als Redner auf.

## **Munin-Verlag, Osnabrück**

Der rechtsextremistische Munin-Verlag, der wirtschaftlich und personell eng mit der Bundesführung der HIAG (Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e.V. — Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit —) verbunden ist, gibt u.a. deren „Kameradenblatt“, den „Freiwilligen“, heraus.

Zu den Veröffentlichungen des Munin-Verlages schreibt der „Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e.V.“ in seinem Kalender 1987:

*„Wer hat sich gegen Diffamierung und Lüge zur Wehr gesetzt und im eigenen Verlag (MUNIN VERLAG GMBH) mit kriegsgeschichtlichen Werken aufklärend gewirkt?“*

Diese Publikationen sowie Veröffentlichungen im HIAG-Verbandsorgan „Der Freiwillige“ enthalten nach wie vor Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen, da sie zu einer Verherrlichung des Krieges und zu einer Verharmlosung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems beitragen. Beispielhaft hierfür war die glorifizierende Berichterstattung des „Freiwilligen“ über den ehemaligen Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß.

Das Verbandsorgan der HIAG und die Veröffentlichungen des Munin-Verlages stellen gelegentlich heraus, die Waffen-SS sei ausschließlich eine kämpfende Truppe, eine soldatische Elite gewesen. Als solche sei sie deutlich „von der verbrecherischen Himmler-SS (Gründungsjahr 1925!), die für vielfältige Morde und KZ-Terror verantwortlich war“, zu unterscheiden.

Im Widerspruch zu diesen Distanzierungen steht die Veröffentlichung eines Fotos von Heß im „Freiwilligen“ aus Anlaß seines Todes in der Uniform eines höheren Führers der Allgemeinen SS, der „verbrecherischen Himmler-SS“. „Der Freiwillige“ verhält sich damit wie andere rechtsextremistische Publikationen, die Heß in Uniformen des nationalsozialistischen Dritten Reiches darstellen und nicht - wie die übrige Presse - mit neutralen Fotos.

## **Rechtsextremistisches Potential in der Skinhead-Subkultur**

### **Allgemeine Entwicklung**

Die Skinhead-Bewegung entstand Ende der 60er Jahre in Großbritannien als eine Gegenbewegung zu den Hippies und „Mods“. 1977 entwickelte sich eine neue Skinhead-Bewegung mit der Kleidung, der Musik und dem Verhalten der 60er Skinheads. In der Folgezeit entstanden unterschiedliche Gruppierungen: unpolitische Skins (Charakteristika: Besuch von Fußballspielen, Hören von Reggae-Musik), sog. „Oi-Skins“ (Charakteristika: „Lust auf Zoff egal wo“, Hören von „Oi“-Musik) und andererseits politisierte Skins wie die „National Front Skins“ und „British Movement Skins“, die kein einheitliches rechtsextremistisches politisches Bewußtsein aufwiesen.

In Teilen der 1979 in der Bundesrepublik Deutschland entstandenen Skinhead-Subkultur gibt es ein rechtsextremistisches Potential. Es ist nachweisbar

- durch Mitgliedschaften in rechtsextremistischen Organisationen,
- durch Handlangerdienste für rechtsextremistische Gruppen (Verteilen von Propagandamaterial, Schmier- und Klebeaktionen, Gewaltaktionen) sowie
- durch Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Hintergrund.

Skinheads treten meist in Gruppen auf. Das Bedürfnis, sich in Gruppen

zusammenzuschließen, ergibt sich aus der offen gezeigten Außenseiterrolle und dem dadurch verstärkten Zusammenhalt. „Mutproben“ gehören zum Bewährungsritual. Mit dem Haß auf Ausländer, die in ihrer Wertskala weit unter ihnen stehen, kompensieren sie die eigene Außenseiterrolle. Der stark ausgeprägte Ausländerhaß bietet Rechtsextremisten einen Anknüpfungspunkt, Skinheads für ihre Ziele zu gewinnen.

Weitere Anknüpfungspunkte finden neonazistische Organisationen wie FAP und NF in bestimmten Verhaltensweisen der Skinheads:

- Verwenden von rechtsextremistischen Kennzeichen und Parolen als Mittel der Provokation und der Abgrenzung gegenüber der Gesellschaft,
- exzessiver gemeinsamer Alkoholgenuß, der zu gruppenspezifischer Gewaltbereitschaft beiträgt,
- extreme Gewaltbereitschaft insbesondere gegenüber Ausländern, aber auch gegen andere gesellschaftliche Randgruppen.

Beim Vergleich dieser Merkmale der Skinheadszone mit den Ausprägungen des organisierten Rechtsextremismus, insbesondere des Neonazismus, sind Übereinstimmungen in der geistigen Orientierung erkennbar. Diese werden im Ausspruch eines Neonazis beispielhaft deutlich: „Für mich ist er ein Skinhead und daher ein Kamerad!“. Ungeachtet gewisser geistiger Gemeinsamkeiten ist die Zusammenarbeit zwischen Skinheads und Neonazis begrenzt. Skinheads sind häufig nicht bereit und in der Lage, kontinuierliche, zielgerichtete politische Arbeit zu leisten.

	Bund		Niedersachsen	
	1986	1987	1986	1987
Gesamtzahl der Skinheads (geschätzt)	2.000	2.500	200	450 *)
davon rechts-extremistischer Anteil (geschätzt)	200 (= 10 %)	250 (= 10 %)	20 (= 10 %)	60 (= 14 %)

\*) Erläuterung: Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr beruht im wesentlichen auf einer Änderung der Erfassungsmethode.

## **Skinheads in Niedersachsen**

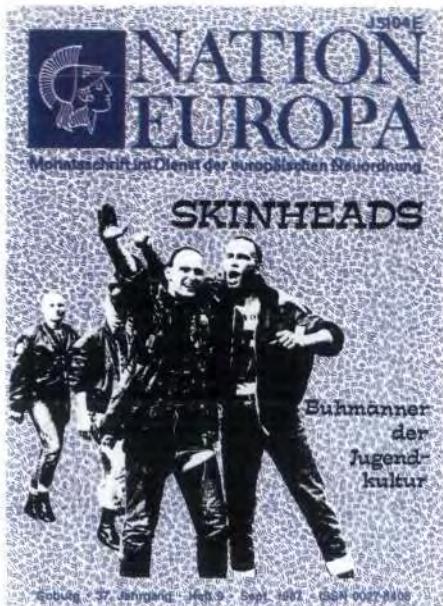
Nach Schätzungen gab es 1987 in Niedersachsen rd. 450 Skinheads, von denen etwa 60 Personen bei rechtsextremistischen Organisationen wie der neonazistischen „Bewegung“, der FAP, der „Nationalistischen Front“ sowie den „Jungen Nationaldemokraten“ mit unterschiedlichen Aktivitäten in Erscheinung getreten sind.

Regionale Schwerpunkte bildeten dabei Hannover, Braunschweig und Göttingen.

Besonders im zweiten Halbjahr kam es zu Übergriffen durch Skinheads mit brutalen Körperverletzungen und schweren Sachbeschädigungen. Folgende Vorfälle kennzeichnen ihre Gewaltgeneigtheit:

— 19. April  
in Northeim  
Schwere tätliche Auseinandersetzungen zwischen Skinheads und türkischen Jugendlichen. Trotz Polizeieinsatzes gab es 12 Verletzte.

- 31. Juli  
in Norheim  
Skinhead-Treffen mit ca. 70 Teilnehmern aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Im Anschluß kam es in Hildesheim zu einer blutigen Schlägerei zwischen ca. 30 Skinheads und 60 türkischen Jugendlichen.
- 4. September  
in Hannover  
Etwa 30 Skinheads drangen in die Tellkampfschule ein und störten eine Schulfest.
- 11. September  
in Dahlenburg  
Drei Skinheads drangen in eine Unterkunft für Asylbewerber ein und bedrohten einen Libanesen.
- 12. September  
in Hannover  
20 Personen, darunter zahlreiche Skinheads, stürmten in alkoholisiertem Zustand das Lokal „Exil“, in dem sich überwiegend Farbige aufhielten und zertrümmerten die Einrichtung.



- 25. September  
in Hannover  
30 — 40 Personen — darunter  
auch Skinheads — überfielen eine  
Spielothek, in der sich überwiegend  
türkische Jugendliche auf-  
hielten. Es kam zu Körperverlet-  
zungen und Sachbeschädigungen.
- 9. Oktober  
in Hannover  
Gewalttätige Auseinandersetzun-  
gen am Steintor zwischen Skin-  
heads und Türken.
- 18. November  
in Hildesheim  
Auseinandersetzungen zwischen  
Skinheads und türkischen Jugend-  
lichen.
- 17. November  
in Braunschweig  
Skinheads versuchten, die von  
„Autonomen“ in Braunschweig

besetzten Häuser zu räumen. Im weiteren Verlauf verübten sie einen Anschlag auf ein überwiegend von Homosexuellen besuchtes Lokal.

Bei einigen dieser Vorfälle waren auch Skinheads beteiligt, die im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Gruppierungen bekannt geworden waren.

Die Bemühungen von Rechtsextremisten, Skinheads als neue Mitglieder zu gewinnen, scheiterten — gemessen an den ursprünglichen Erwartungen — im wesentlichen an der Disziplinlosigkeit der Skinheads. Sie eignen sich bisher nicht als „neue“ SA. Das nicht zu vernachlässigende rechtsextremistische Potential in der Skinheadszone bedarf jedoch hinsichtlich seiner weiteren Entwicklung im Verhältnis zum organisierten Rechtsextremismus einer genauen Beobachtung.

## Sonstige Ereignisse

### Urteil gegen den ehemaligen Neonazi Odfried HEPP

Am 27. Oktober wurde Odfried HEPP vom Oberlandesgericht Frankfurt wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, versuchten Mordes und Beteiligung an mehreren Banküberfällen zu einer Haftstrafe von 10 1/2 Jahren verurteilt. Der Mordversuch bezieht sich auf einen Sprengstoffanschlag auf das Fahrzeug eines US-Soldaten am

17. Dezember 1982 in Butzbach; der Soldat erlitt bei der Explosion schwere Verletzungen.

HEPP erklärte vor Gericht, daß er sich inzwischen vom Neonazismus losgesagt habe.

Die Terrorgruppe HEPP/KEXEL hatte 1982 in wechselnder personeller Beteiligung Sprengstoffanschläge auf Fahrzeuge von US-Soldaten verübt. Bei fünf Raubüberfällen erbeutete sie rd. 630.000 DM.

KEXEL und vier weitere Gruppenmitglieder wurden 1983 festgenommen und 1985 zu Freiheitsstrafen zwischen 5 und 14 Jahren verurteilt. KEXEL tötete sich kurz nach seiner Verurteilung. HEPP, der sich damals der Verhaftung entziehen konnte, wurde im April 1985 in Paris festgenommen und nach Verbüßung einer zweijährigen Haftstrafe Anfang 1987 an die Bundesrepublik Deutschland ausgeliefert.

## **Verhaftung mutmaßlicher Rechtsterroristen**

Am 6. Oktober wurden bei dem militanten Rechtsextremisten Peter NAUMANN und drei weiteren Neonazis aus dem Frankfurter Raum Hausdurchsuchungen durchgeführt. Dabei stellte die Polizei erhebliche Mengen Sprengstoff, Funkgeräte, Quarzwecker und Kartenmaterial sicher. NAUMANN und andere Rechtsextremisten werden verdächtigt, in wechselnder Beteiligung an folgenden Straftaten beteiligt gewesen zu sein:

— Sprengstoffanschlag auf Sendeeinrichtungen anlässlich der Aus-

strahlung der Fernsehserie „Holo-caust“ am 18. Januar 1979 in Dieblich-Naßheck und bei Not-tuln,

— Sprengstoffanschläge auf die DDR-Grenzbefestigungsanlage am 10. November 1979 bei Rasdorf,

— Sprengstoffanschläge auf zwei Denkmäler in Italien und Frankreich 1977/78 und

— Vorbereitung eines Sprengstoffanschlages auf das alliierte Militärgefängnis in Berlin-Spandau.

Gegen die vier Rechtsextremisten erließ der Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof Haftbefehl. NAUMANN wird Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung zur Last gelegt.

NAUMANN ist seit Anfang der 70er Jahre als Rechtsextremist bekannt. Er war Mitglied und Funktionär der NPD und der JN. 1985 gründete er den neonazistischen „Völkischen Bund“ in der „Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände“.

## **Rechtsextremist beim Hantieren mit Sprengstoff tödlich verunglückt**

Am 16. Januar verunglückte das Mitglied der „Jungen Nationaldemokraten“ in Göttingen, Ingo KRETSCHMANN, beim Hantieren mit einem selbstgefertigten Sprengsatz tödlich.

Bei der Durchsuchung seiner Wohnung fand die Polizei Materialien zur Herstellung von Sprengkörpern und Sprengstoff. Außerdem wurde das

von Linksextremisten verfaßte „Kochbuch“ gefunden, in dem u.a. Hinweise auf die Herstellung und den Gebrauch von Sprengmitteln gegeben werden. Es ist nicht klar, was KRETSCHMANN mit dem Sprengstoff beabsichtigt.

## **Reaktionen auf den Tod von Rudolf HESS**

Der Tod von Rudolf HESS am 17. August war Anlaß für zahlreiche rechtsextremistische Aktivitäten. Bei mehreren Brandanschlägen sowie zahlreichen Sprüh- und Schmieraktionen wurde u.a. „Rache für Rudolf Heß“ gefordert.

Am 26. August versammelten sich vor dem Friedhof in Wunsiedel ca. 600 Personen, darunter zahlreiche deutsche und ausländische Rechtsextremisten. Die Polizei räumte den Friedhofsbereich und nahm dabei 84 Personen fest.

## **Ermordung eines 17jährigen Schülers in Hannover**

In der Nacht zum 3. Februar 1987 wurde in Hannover der siebzehnjährige Schüler B. ermordet.

Am 10. Dezember 1987 verurteilte das Landgericht Hannover die vier 18- und 19jährigen Angeklagten wegen Mordes zu Jugendstrafen zwischen 8 1/2 und 10 Jahren. Nach Auffassung des Gerichts handelten die den Skinheads zuzurechnenden Täter ausschließlich aus Lust an körperlicher Mißhandlung. Konkrete Hinweise auf eine politische Motivation der Tat lagen nach Ansicht des Gerichts nicht vor. Insbesondere

handele es sich nicht um einen „Fememord“. Das Gericht hat zugunsten der Tatbeteiligten strafmildernd berücksichtigt, daß „wesentliche Wurzeln einer offenbar latenten Gewaltbereitschaft ... in der Skinheadszene gesucht werden müssen“.

Der Ermordete war als Skinhead Mitte 1985 zur FAP gekommen. Er wurde Mitglied des Kreisverbandes Hannover.

Mit einem der Tatbeteiligten war B. besonders eng befreundet. Über diesen lernte er die anderen drei Täter als Angehörige der Skinheadszene kennen. Mindestens zwei der Täter beteiligten sich an Veranstaltungen der FAP, ohne selbst Mitglied zu werden.

Anfang 1986 lernte B. auch den Arbeiter F. kennen, der u.a. wegen Totschlags vorbestraft war (Jugendstrafe von fünf Jahren), und freundete sich mit ihm an. Beide hielten sich häufig in der FAP-„Parteizentrale“ in der Sallstraße in Hannover auf.

Nach den Feststellungen des Landgerichts Hannover (in dem noch nicht rechtskräftigen Urteil gegen F.) erstreckte sich im September 1986 die „politische“ Arbeit der „Parteizentrale“ u.a. auch auf die Herstellung von Brandsätzen, sog. Molotowcocktails. Am 26. September wurden diese von F., drei FAP-Mitgliedern sowie weiteren Personen hergestellt „in der Absicht, die Brandsätze später gegen 'Rote' und Ausländer einzusetzen“. Diese Brandsätze wurden ohne Erfolg gegen ein Jugendzentrum geworfen. Bei einem Brandanschlag gegen ein türkisches Übersetzungsbüro entstand ein Schaden von über 100.000 DM. Ein weiterer Brandanschlag richtete sich gegen ein mehrge-



## Allgemeine Entwicklung

Wie in den vergangenen Jahren verhielt sich die weitaus überwiegende Zahl der in Niedersachsen lebenden Ausländer gesetzesreu. Die Bemühungen ausländischer Extremisten, unter ihren Landsleuten neue Anhänger zu gewinnen, blieben weitgehend erfolglos.

Der leicht rückläufige Trend bei den Mitgliederzahlen der extremistischen oder extremistisch beeinflussten Ausländergruppen setzte sich fort:

1985: 4.850

1986: 4.590

1987: 4.280

Bei der Bewertung dieser Zahlen muß zwischen engagierten Mitgliedern und bloßen Mitläufern unterschieden werden. Viele Ausländer halten Kontakt zu extremistischen Organisationen, um im Notfall Hilfe und Unterstützung zu erhalten, ohne mit ihren Zielen zu sympathisieren.

Die Aktivitäten der Organisationen waren überwiegend von den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Auseinandersetzungen in den Heimatländern bestimmt. Aber auch die Asylpolitik oder die in der deutschen Bevölkerung vermutete Ausländerfeindlichkeit waren bevorzugte Themen. Bedeutung hatte ferner die Forderung nach Einführung des Ausländerwahlrechts.

Eine Gefahr für die innere Sicherheit ging vor allem von der linksterroristischen „Arbeiterpartei Kurdi-

stans“ (PKK) aus. Dagegen waren türkische, iranische und palästinensische Extremisten öffentlich kaum aktiv. Gleiches gilt für eine Vielzahl von hier vorhandenen südeuropäischen, asiatischen und afrikanischen extremistischen Organisationen.

Linksextremistische Ausländergruppen wurden von ideologisch nahestehenden deutschen Organisationen unterstützt. Umgekehrt beteiligten sie sich auch an Aktionen deutscher Linksextremisten.

## Kurden

Von allen extremistischen Ausländerorganisationen hat sich die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) im Verlaufe des Jahres 1987 zur gegenwärtig gefährlichsten entwickelt. Gewaltaktionen ihrer Mitglieder und Anhänger gegen gemäßigte Kurdenorganisationen und deren Mitglieder sowie gegen deutsche und türkische Einrichtungen nahmen zu. Bei ihren Aktionen in der Türkei erreichten die Grausamkeiten ein schreckliches Ausmaß. Aber auch bei ihren Protesten gegen Maßnahmen der deutschen Polizei und Justiz war zunehmende Aggressivität festzustellen.

Die übrigen linksextremistischen kurdischen Organisationen setzten in Zeitschriften und Flugblättern ihre Angriffe gegen den türkischen Staat fort, wurden jedoch nicht gewalttätig. Sie distanzieren sich von den Gewalt- und Terroraktionen der PKK und widersprachen deren Alleinvertretungsanspruch.

**Kürdistan Kadını PKK Önderliğinde Direniş Şehitlerimiz Yolunda İlerliyor**  
**Jinên Kurdistanê di bin pêşengiya PKK de**  
**li ser rêya şehidên me yên berxwedanê pêşve diçin!**



**Sakine KIRMIZITAS**



**Hanım YAVERKAYA**

**Emîn Jinê Kurdistanê**  
**Li de perwerî û xelatîyan**  
**Şikar ji me de PKK**  
**êdî bişopêta herîke Ermen**



**Rahime KAHRAMAN**  
**(Saadet)**



**Çiçek SELCAN**  
**(Rûken)**



**Têrkun DERİN**



**Azize DEMİRTAS**



**Besey ANUŞ (Gencer)**



**Ji bona rêkxistinêkêrîna yekîtiya jinên Welatperwer**  
**li ser rêya şehidên me yên berxwedanê pêşve diçin!**

**Direniş Şehitlerimiz Yolunda Yurtsever Kadınlar Birliğini Örgütlemek İçin İleril**

## „Arbeiterpartei Kurdistan“ (PKK)

Die in der Türkei terroristisch operierende PKK versteht sich als revolutionäre Befreiungsorganisation. Grundlage ihrer Ideologie sind die sozialistische Weltrevolution, der Marxismus-Leninismus und der „proletarische Internationalismus“. Zur Bildung eines autonomen kurdischen Staates, der die kurdischen Gebiete in der Türkei, in Syrien, im Iran und Irak umfassen soll, führt die PKK mit Waffen den Kampf gegen die türkische Regierung.

Die Partei wurde 1975 in der Türkei gegründet und bald darauf als terroristische Organisation verboten. Seit 1979 ist sie auch in der Bundesrepublik Deutschland aktiv. Legale Basisorganisationen der PKK sind die örtlichen Vereine und deren Dachorganisation „FEYKA Kurdistan“. Die „Nationale Befreiungsfront Kurdistan“ (ERNK) ist das Propagandainstrument, die „Volksbefreiungsarmee Kurdistan“ (ARGK) die Kampforganisation der PKK in der Türkei.

Neben zahlreichen Körperverletzungen und Sachbeschädigungen werden der PKK seit 1984 mindestens zehn Morde in Europa zur Last gelegt.

In Flugblättern und Publikationen war seit Jahresbeginn eine aggressive Tonart festzustellen. So wurden in einer deutschsprachigen Flugschrift der Europavertretung der PKK zum 1. Mai mit dem Titel „Im Jahre 1987

kämpft das kurdische Proletariat auf höheren Ebenen“ die „kollaborierenden und dienerhaftigen kurdischen Kreise“ davor gewarnt, ihre abweichlerischen Bemühungen fortzusetzen. Die positive Entwicklung des kurdischen Widerstandes sei nicht zuletzt auf die „Reinigung in den eigenen Reihen“ zurückzuführen. Alle gegen die PKK opponierenden Kreise müßten nun begreifen, daß jede Schandtats und jeder Verrat gegen das kurdische Volk nicht ungestraft bleiben würden.

Der ebenfalls deutschsprachige „Kurdistan Report“ — Organ der ERNK — enthielt in seiner April/Mai-Ausgabe eine Stellungnahme des PKK-Generalsekretärs Abdullah ÖCALAN zur Situation und künftigen Strategie der Partei. Darin heißt es, der kurdische Befreiungskampf habe 1987 eine „Phase der Revolution“ erreicht. Nunmehr gelte es, die Kampfkraft zu stärken und den Volkskampf voranzutreiben. Auch künftig werde die PKK ihre Führungsrolle auf ideologischer, politischer, strategischer und taktischer Ebene beibehalten und die bewaffneten Aktionen verstärken. ÖCALAN weist unmißverständlich darauf hin, daß Hinrichtungen und Deportationen von Kurden in der Türkei mit Gegengewalt beantwortet würden. Kollaborateure und Vertreter dienerhafter Haltungen seien Kranke, die durch eine Operation geheilt werden müßten. Diejenigen, die diesen Eingriff nicht überständen, seien der Liquidation zu überlassen.

Seit etwa Juni waren nicht nur türkische Armeeeingehörige Zielscheibe der PKK-Anschläge, sondern auch

die kurdische Zivilbevölkerung, gegen die blutige Terrorakte verübt wurden.

Im „Kurdistan Report“ wurden regelmäßig die „Erfolge“ und Einsätze der PKK im kurdischen Gebiet der Türkei detailliert beschrieben. Auch die ERNK bekennt sich öffentlich zu Massakern in der Türkei. Eine deutschsprachige Presseerklärung zu einem Überfall auf ein türkisches Dorf, bei dem 31 Menschen erschossen wurden, rechtfertigte den Überfall wie folgt:

*„... Ein aus 80 Mann bestehendes ARGK-Kommando hat am Abend des 20. Juni in einigen Dörfern ... einige militärische Aktionen verwirklicht und einige an das Volk gerichtete Versammlungen abgehalten. Unsere Bewegung hat von Beginn an das Milizenbanditentum als einen Teil der militärischen Existenz des türkischen Kolonialismus in Kurdistan betrachtet und dieses zum Ziel seiner Aktionen erklärt. Wir führen mit Unterstützung unseres Volkes einen Krieg mit den Kampfaktionen der Guerilla. Unser nationaler Befreiungskampf wird sich in Form des Guerillakampfes fortsetzen und verstärken.“*

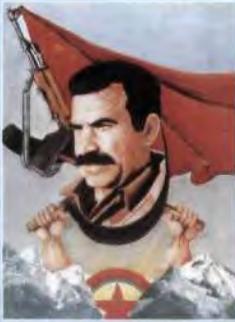
(Mit Milizbanden bezeichnet die PKK bewaffnete Dorfbesitzer in den Kurdengebieten, die von der türkischen Regierung zur Abwehr von Überfällen der Rebellen eingesetzt werden.)



**KURDISTAN REPORT**  
 Februar - März 1987  
 No. 19  
 Preis: 3,00 DM

ORGAN DER KURDISCHEN BEFREIUNGSKAMPFBEWEGUNG KURDISTAN

**DIE BEDEUTUNG DES 9. JAHRES DER PKK FÜR EIN FREIES VOLK VON KURDISTAN**




**Kürdistan Halk Kurtuluş Ordusu**  
**ARGK**  
**4. YILINDA - 1987**  
 BİJİ ARTÊŞA RÎZGARÎYA GELE KURDISTANI

Nach Meldungen türkischer Zeitungen sind seit Beginn des Guerillakrieges der PKK 1984 etwa tausend Zivilpersonen umgekommen.

Auch in Niedersachsen kam es zu einer Reihe von Gewalttaten durch PKK-Angehörige:

- Am 1. März versuchten etwa 15 PKK-Anhänger, eine Veranstaltung der orthodox-kommunistischen „Föderation der demokratischen Arbeitervereine Kurdistans e.V.“ (KKDK) in Hannover zu verhindern. Dabei wurden fünf Personen z.T. durch Messerstiche verletzt.
- Am 21. März überfielen in Bochum Anhänger der PKK Mitglieder der KKDK, wobei eine Person durch Messerstiche lebensgefährlich verletzt wurde. Der Täter — ein PKK-Mitglied aus Celle — ist seitdem flüchtig.
- Am 3. Mai wurde in Hannover der Funktionär der „Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin e.V.“ (KOMKAR), Ramazan ADIGÜZEL, ermordet. Die Täter konnten bisher nicht ermittelt werden.
- Am 11. Juni wurde in Celle ein Schußwaffenanschlag auf den Mitinhaber einer türkischen Gaststätte verübt, der den finanziellen Forderungen der PKK nicht nachgekommen war.

Überall im Bundesgebiet besetzten Anhänger der ERNK im Juni deutsche Behörden und Einrichtungen, um u.a. gegen das Vorgehen der deutschen Polizei gegen kurdische Landsleute zu protestieren. In Nie-

dersachsen waren das Celler Rathaus und Räume des DGB betroffen.

Gegen die Beschlagnahme von rd. 700.000 DM am 27. Juli in Köln und die Durchsuchung von 42 Wohnungen und Vereinsräumen am 4. August protestierte die PKK von August bis Oktober mit verschiedenen Besetzungsaktionen; so auch in Niedersachsen:

- am 5. August drangen 70 PKK-Anhänger in die Eingangshalle des Niedersächsischen Landtages ein,
- am 5. August blockierten 27 Kurden die Schalterhalle der „Nord- West-Zeitung“ in Oldenburg,
- am 21. September besetzten 45 PKK-Anhänger vorübergehend das dpa-Büro in Hannover und
- am 22. Oktober 87 Personen das Verlagsgebäude der „Braunschweiger Zeitung“.

Im Zusammenhang mit der Forderung nach Rückgabe der 700.000 DM veröffentlichte die Europavertretung der PKK ein Flugblatt in deutscher Sprache, in dem Vergeltungsaktionen angedroht wurden:

*„... Unsere Menschen sind im Recht, wenn sie wütend und voller Haß sind und keine Geduld mehr haben. Damit ist die Bundesregierung, die sich mit ihrer Haltung Zehntausende von Kurden zum Feind gemacht hat, für alle negativen Entwicklungen, die von jetzt an entstehen können, einzig selbst verantwortlich. Wer Wind sät, muß damit rechnen, Sturm zu ernten. ...“*

## „FEYKA-Kurdistan“

Mit der „FEYKA-Kurdistan“ (Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der BRD e.V.) verfügt die PKK seit 1984 über eine zentrale Organisation, die die Interessen und Ziele der Partei im Bundesgebiet vertritt. Sie unterstützt die PKK auch materiell.

In der „FEYKA-Kurdistan“ sind bundesweit 14 örtliche Vereine mit mehr als 1.000 Mitgliedern zusammengeschlossen, davon in Niedersachsen

- der „Arbeiterverein der Patrioten Kurdistans e.V.“ in Celle und
- der „Arbeiterverein aus Kurdistan e.V.“ in Hannover

mit zusammen etwa 400 Mitgliedern.

An allen Besetzungen, Demonstrationen und überörtlichen Veranstaltungen waren Mitglieder dieser beiden Vereine zahlreich vertreten.

Mit Besetzungen der SPD-Zentrale, des Rathauses in Hannover und des NDR-Funkhauses sowie durch Demonstrationen protestierten PKK-Anhänger gegen die Bombardierung kurdischer Dörfer im irakischen Teil Kurdistans durch die türkische Luftwaffe, gegen die Festnahme von sechs Kurden in Schweden und die Umsiedlung von Kurden in westliche Gebiete der Türkei.

An der jährlichen „Newroz“- (Neujahrs-) Veranstaltung am 11. April in Hannover nahmen etwa 5.000 Kurden teil. Aufgerufen zur Veranstaltung hatte die „FEYKA-Kurdistan“.

Sie war auch Veranstalter einer Kundgebung am 20. Juni in Nürnberg mit etwa 3.000 Teilnehmern, die sich gegen türkische Angriffe auf kurdische Dörfer sowie Maßnahmen der deutschen Polizei gegen Kurden richtete. Während der Kundgebung wurden Flugschriften verteilt, in denen behauptet wurde, die Polizei mißachte die Gesetze und führe Erpressungen durch.

Eine weitere Großveranstaltung der „FEYKA-Kurdistan“ mit etwa 3.000 Teilnehmern fand am 8. August in der Stadthalle von Hannover statt. Bei dieser „Solidaritätsveranstaltung mit der ARGK“, der „Volksbefreiungsarmee Kurdistans“, wurde das Vorgehen der deutschen Polizei gegen kurdische Vereine und deren Vorstandsmitglieder als Komplott der deutschen Behörden und der türkischen Regierung zur Diskreditierung der PKK als terroristische Organisation bezeichnet. Militärationen der PKK in der Türkei wurden damit begründet, daß Verräter, die mit dem türkischen Militär zusammenarbeiteten, „vernichtet“ werden müßten.

## „KOMKAR“

Neben der „FEYKA-Kurdistan“ ist die „Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin e.V.“ (KOMKAR) mit etwa 650 Mitgliedern die stärkste Kurdenorganisation. In Niedersachsen besteht kein geschlossener Verein. Die Mitgliederzahl hier dürfte kaum mehr als 30 betragen.

Wie alle übrigen im Bundesgebiet bestehenden Kurdenorganisationen fordert die KOMKAR einen autonomen

# 12 Eylül Faşist Cuntasını Protesto Yürüyüşüne Katıl!



**Nieder mit der kolonial-faschistischen türkischen Junta!  
Kahrolsun Sömürgeci Faşist Türk Cuntası!**

## Protestdemonstration gegen die türkische Junta

**TREFFPUNKT  
BAŞLANGIÇ ALANI:**  
EBERTPLATZ  
5000 KÖLN 1  
SAMSTAG  
12.09.1987  
UM 10.00 UHR

**KUNDGEBUNGSPLATZ  
MITING ALANI:**  
NEUMARKT

**FEYKA — KURDISTAN**

(Federasyon Yekitya Karkerên Welatparêzên Çandîya Kurdistan)  
(Federal Almanya Kurdistan Yurtsever İçki-Kültür Birlikleri Federasyonu)  
(Föderation der politischen Arbeiter- und Kulturvereine aus Kurdistan)

men kurdischen Staat in der Türkei, lehnt aber Gewalt zur Durchsetzung dieses Zieles nachdrücklich ab. Ihre Angriffe richteten sich gegen den türkischen Staat, dem sie „grausame und brutale Unterdrückungs- und Assimilationspolitik“ gegenüber den Kurden vorwirft. KOMKAR-Anhänger demonstrierten in mehreren Orten gegen „die Zwangsumsiedlung kurdischer Dörfer“ in die Westtürkei.

Die orthodox-kommunistische KOMKAR ist im gesamten Bundesgebiet wegen ihrer öffentlichen Kritik an der Gewaltpraxis der PKK vornehmliches Ziel von Anschlägen. Ihre Feier zum kurdischen Neujahrsfest „Newroz“ am 7. März in München war von etwa 30 mit Knüppeln und Messern bewaffneten PKK-Anhängern gestört worden. Eine Person wurde durch einen Messerstich lebensgefährlich verletzt; einer der Angreifer erlitt eine lebensgefährliche Schußverletzung und verstarb später.

Ein Bundesvorstandsmitglied der KOMKAR wurde am 8. April in Stuttgart-Bad Cannstadt durch zwei Schüsse schwer verletzt.

Am 3. Mai wurde in Hannover der KOMKAR-Funktionär Ramazan ADIGÜZEL aus Langenhagen nach Verlassen des KOMKAR-Treffpunktes durch mehrere Schüsse getötet. Eine unbeteiligte Passantin erlitt lebensgefährliche Schußverletzungen. Der Täter konnte bisher nicht ermittelt werden. Vor der Tat war ADIGÜZEL mehrmals persönlich und telefonisch von Angehörigen der PKK bedroht worden.

Nach dem Mord an ADIGÜZEL führen am 9. Mai etwa 1.000 Anhänger der KOMKAR aus

dem gesamten Bundesgebiet nach Hannover, um an einem Protest- und Trauermarsch teilzunehmen. Auf Transparenten wurden die „Provokateure“ der PKK für den Mord verantwortlich gemacht, man lasse sich jedoch nicht zu einem „Bruderkrieg“ provozieren.

## **„Föderation der demokratischen Arbeitervereine Kurdistans e.V.“ (KKDK)**

Die ebenfalls orthodox-kommunistische KKDK, die bundesweit etwa 300 Mitglieder umfaßt, war 1987 öffentlich kaum aktiv.

Eine ihrer Veranstaltungen in einem hannoverschen Freizeitheim am 1. März wurde von einer Gruppe von PKK-Anhängern gesprengt. Fünf KKDK-Anhänger wurden dabei verletzt.

Ein in Celle bestehender — früher recht mitgliederstarker — KKDK-Verein verfügt nur noch über wenige Mitglieder. Weitere KKDK-Mitglieder in Niedersachsen trafen sich aus Furcht vor PKK-Überfällen nur in kleinen Gruppen.

## Türken

### Linksextremistische Organisationen

Die Zahl türkischer Linksextremisten ging im gesamten Bundesgebiet zurück. Diese Entwicklung ist im wesentlichen auf

- die weitgehende Zerschlagung extremistischer Organisationen in der Türkei,
- Spaltungen innerhalb der linksextremistischen Organisationen und
- Furcht vor Verfolgung sowie Inhaftierung in der Türkei

zurückzuführen. Aktivitäten richteten sich gegen die türkische Regierung, die deutsche Entwicklungs- und Militärhilfe an die Türkei sowie die Ausländer- und Asylpolitik der Bundesregierung. Gefordert wurde u. a. die Gleichstellung mit deutschen Arbeitnehmern und das Wahlrecht für die Kommunalwahlen.

### „Neue Linke“

#### DEVRIMCI ISCI

Die seit Jahren aktive Gruppe DEVRIMCI YOL („Revolutionärer Weg“) hatte sich Anfang 1986 in die militante DEVRIMCI ISCI („Revolutionäre Arbeiter“) und die gemäßigte Gruppe GÖCMEN („Emigrant“) gespalten. Dies hatte erhebliche Mitgliederverluste zur Folge. Bundesweit werden beiden Organisationen etwa 1.300, in Niedersachsen etwa 100 Mitglieder zugerechnet.

Während die DEVRIMCI ISCI-Anhänger versuchten, die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit

durch spektakuläre Aktionen zu erregen, trat die GÖCMEN-Gruppe überwiegend publizistisch in Erscheinung.

Im Rahmen einer Kampagne „Wahlrecht für Ausländer“ besetzten 15 DEVRIMCI ISCI-Anhänger am 22. Januar kurzfristig das Parteibüro der CDU-Ratsfraktion in Hannover.

Am 21. März fand eine Demonstration durch die Innenstadt von Hannover statt, an der sich etwa 450 Personen beteiligten. Anlaß war der Tod eines Gesinnungsgenossen der DEVRIMCI ISCI, der nach ihren Angaben in der Türkei gefoltert worden war und in Hannover verstarb.

Das überwiegend von Anhängern der DEVRIMCI ISCI geleitete „Informationsbüro Türkei“ in Hannover agitierte gegen den geplanten Besuch des türkischen Staatspräsidenten EVREN in der Bundesrepublik Deutschland. Die Einladung bedeute eine internationale Aufwertung dieses „Menschenschlächters, Faschisten und Mörders“. Die Bundesrepublik und ihre Diplomatie sei an Menschenrechtsverletzungen des ÖZAL-EVREN-Regimes mitschuldig.

Sowohl DEVRIMCI ISCI als auch GÖCMEN lehnen die Gewaltpraktiken der PKK ab. Repräsentanten beider Organisationen waren in der Vergangenheit Ziel von Angriffen der PKK.

# DEVRİMCİ İSÇİ



Sayı 34

15 Ocak 1988

2.-DM

TÜRKİYE'Yİ GÜZEL BİR HUZORSUZLUK BEKLİYOR!

## TÜRKİYE ANAP'İ BEŞ YIL DAHA TAŞIYAMAZ

Yazısı: 4. Sayfa'da

Türkiye'de İnsan Hakları Derneği tarafından başlatılan Genel Af kampanyası devam ediyor. Kampanya topluunda geniş bir ilgi gördü. 5 Aralık'ta İstanbul'da yapılan mitinge 5 bin kişi katıldı. Resimde mitingden bir görüntü.

Yazısı: 2. Sayfa'da



### 88, MÜCADELEMİZE TAZE BİR BAŞLANGIÇ OLSUN!

80'li yıllar da dolmak üzere, Türkiye halkları için kararsızlık ve zorbalığın neredeyse sürekli adı haline gelen 80 yılı te O'na takibeden yıllar bitiyor. 90'lı yıllara girerken 23 ay kadını, 1990 derken insanlığı 20. Yüzyılı da geride bıraktık. Büyük emellerimiz (Ekin Devrimi, Ulusal Kurtuluş Mücadeleleri) ve büyük acılarımız (Fasizm, savaşlar) pan yavaş yavaş yıkılmaya, her şeyce rajman umudun baskın olduğu bir yüzyıl oldu, olacak.

○ ○ ○

80'li yıllar Türk ve Kürt halkları için kararsızlık ve acılı bir dönem olarak tarihe geçecek. Son 7 yılda Türkiye insanı, tarihinin belkidesi en zor günlerini yaşadı. Baskı, zulüm, yokaltma, çaresizlik ve diğer nice köstüklük bir karabulut gibi Türkiye'rimiz üzerine çöktü. Bu karabulut hala kalkmış değil. Cesaretle direndikler, onları yokalttı; işçiler, gençler, aydınlar; İlerici, demokras ve devrimci güçler aydınları da olsa son 2 yılda bu kararsızlık, baskı için mücadele ettiler, ediyorlar.

Bir çok şey gibi bu mücadele de 88'e devredildi. 88. andece baskı ve zulüm değil, mücadeleyi, umudu ve güzele devredildi.

Devamı 2. Sayfada

### RHEINHAUSEN DİRENİŞİ



Krupp tekelinin Rheinhausen'deki Çelik Fabrikası'nı kapatma kararı büyük işçi eylemlerine sebep oldu. Başta Rheinhausen Çelik Fabrikası işçileri olmak üzere Ruhr bölgesindeki bölgedeki işçi bu kararın protesto için çeşitli eylemler örgütlediler. Eylemlere yabancı işçiler de aktif olarak katıldılar.

Yazısı: 15. Sayfa'da

#### İÇİNDEKİLER:

Fatsa Davası Savınma Aşamasında Sayfa 2

SPD Milletvekili Monika Gänseforth Türkiye İşçilerini Anlatıyor Sayfa 3

Erken genel Seçimler ve Sonuçları Üzerine Sayfa 4-5-6

Anadil Dersleri, Öğretmenler ve Gerçek Saldırlar Sayfa 7

F. Almanya'da Türkiyeli Öğrenciler Sayfa 8

Sol Parti Komünistler Milletvekili Oswald Söderkvist ile Söyleşi Sayfa 10

Bir Ölümlük Mantık ve Sorumluluk Sayfa 11

Yabancıların Demokratik Kültürel Birliği Sayfa 12-13-14

Güncel Politik Ortam, Seçimler ve Devrimci Güçlerimiz Sayfa 16-17

Aile Birleşmesi Önündeki Engeller Sayfa 18

Gorbaçov ve Sonrası Sayfa 20-21-22

## **„Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML)**

Anhänger der gewaltorientierten TKP/ML sind im wesentlichen in folgenden Gruppierungen organisiert:

- „Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V.“ (ATIF),
- „Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa“ (ATIK) und
- „Bolshevik Partizan“ (BP).

Die Zahl der Anhänger im Bundesgebiet wird auf 1.800 geschätzt; in Niedersachsen bestanden 1987 keine entsprechenden Vereine.

„Bolshevik Partizan“ ist eine der wenigen Gruppierungen, die den von der PKK bewaffnet geführten „Befreiungskampf“ in all seinen Formen befürwortet. Die türkische Zeitung „Hürriyet“ behauptete am 14. Januar, daß die TKP/ML und „Partizan“ sich der PKK und deren bewaffnetem Kampf in der Türkei angeschlossen hätten.

Bei Demonstrationen und Besetzungsaktionen gingen Anhänger der TKP/ML gewaltsam gegen Polizeibeamte vor.

## **Orthodoxe Kommunisten**

Die „Kommunistische Partei der Türkei“ (TKP) und die ebenfalls orthodox-kommunistische „Arbeiterpartei der Türkei“ (TIP) gerieten international in die Schlagzeilen, als ihre Vorsitzenden am 7. Oktober in Brüssel den beabsichtigten Zusam-

menschluß beider Gruppen zur „Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei“ (TBKP) bekanntgaben.

Nach öffentlicher Vorankündigung reisten sie am 16. November auf dem Luftwege in die Türkei, um dort die legale Gründung der TBKP vorzubereiten. Bei ihrer Ankunft wurden sie festgenommen. Wegen Mitgliedschaft in illegalen Parteien und Diffamierung der Türkei drohen ihnen Haftstrafen bis zu 20 Jahren.

Die Mitgliederzahl der konspirativ tätigen TKP im Bundesgebiet wird auf 300 geschätzt. Eine Zelle befindet sich in Hannover.

Die „Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e.V.“ (FIDEF) ist zum Teil mit der TKP personell verflochten und kann deshalb als Hilfsorganisation der TKP bezeichnet werden. Obwohl sie mit etwa 6.000 Mitgliedern immer noch die mitgliederstärkste türkische Ausländerorganisation ist, zeichnen sich Mitgliederverluste ab. Die vier niedersächsischen FIDEF-Vereine haben etwa 60 Mitglieder.

## **Rechtsextremistische Organisationen**

Bei den rechtsextremistischen Türken sind zwei Lager zu unterscheiden, das extrem-nationalistische und das islamisch-fundamentalistische.

Während im extrem-nationalistischen Lager die Mitgliederzahlen gleichblieben, sind sie bei den islamisch-extremistischen Gruppen leicht rückläufig. Die politischen Aktivitäten ließen gegenüber dem Vorjahr nach.

## **Extrem-nationalistische Organisationen**

Die extrem-nationalistische „Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V.“ (ADÜTDF) unterhält nach wie vor enge Verbindungen zu der in der Türkei verbotenen und aufgelösten „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP), deren langjähriger Vorsitzender, Alparslan TÜRKES, den Kurs des Dachverbandes ADÜTDF bestimmt.

Besondere Bedeutung hatte der am 6. Juni in Hamm durchgeführte 10. Jahreskongreß des Verbandes. Daran nahmen etwa 4.000 Personen aus dem Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland teil. Aus Niedersachsen beteiligten sich etwa 200 Anhänger aus den Vereinen Goslar, Hannover, Salzgitter und Osnabrück. Zum 1. Vorsitzenden der ADÜTDF wurde der von TÜRKES vorgeschlagene ehemalige MHP-Funktionär Hasan YILDIZHAN gewählt, der aus der Türkei angereist war. Dadurch sollte die organisatorische Geschlossenheit und die politische Handlungsfähigkeit wiedergewonnen werden, die verloren gegangen war, weil der bisherige Vorsitzende, Feridun TUN-CAY, wegen seines autoritären Führungsstils von vielen Mitgliedsvereinen abgelehnt wurde.

Die im Vorjahr festgestellten internen Streitigkeiten setzten sich auch 1987 fort, so daß die Verbandsarbeit nahezu zum Erliegen kam. Im September fanden in mehreren Orten im Bundesgebiet Treffen von Funktionären der ADÜTDF-Mitgliedsvereine statt, auf denen man über die Gründung eines neuen Dachverbandes beriet. Daraufhin wurde am

17. Oktober die „Union der türkisch-islamischen Kulturvereine“ gegründet.

## **Islamisch-fundamentalistische Organisationen**

Der Bereich des islamischen Fundamentalismus gliedert sich in Organisationen, die

- das theokratische Gedankengut der in der Türkei verbotenen und aufgelösten „Nationalen Heilspartei“ (MSP) sowie ihres ehemaligen Vorsitzenden ERBAKAN (Dachorganisation ist die „Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa“ (AMGT) mit Sitz in Köln) oder
- die politischen Zielvorstellungen von Ayatollah Khomeini und seiner „Islamischen Revolution“ vertreten, wie der vom ehemaligen AMGT-Vorbeter Cemaladdin KAPLAN geführte „Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V. Köln“.

Auch 1987 gelang es ERBAKAN nicht, eine Vereinigung beider Richtungen herbeizuführen. Ideologische und religiöse Differenzen bestimmten die Ausrichtung der örtlichen Mitgliedsvereine. In Niedersachsen sind etwa 1.900 Mitglieder und Anhänger in islamisch-extremistischen Vereinigungen organisiert.

## **„AVRUPA MIILI-GÖRUS TESKILATLARI“ (AMGT)**

Die AMGT, ein Sammelbecken von Anhängern der in der Türkei verbotenen und aufgelösten „Nationalen Heilspartei“ (MSP) bzw. deren Nachfolgeorganisationen, der „Wohlfahrtspartei“ („Refah Partisi“/RP), die von ERBAKAN geführt wird, strebt die Islamisierung der Türkei mit gewaltfreien Mitteln an. Entsprechend gemäßigt stellt sie sich in ihren wenigen Veröffentlichungen dar.

Am 19. April führte die AMGT in den Räumlichkeiten des „Islamischen Vereins Hannover“ eine Veranstaltung durch, an der etwa 1.000 Personen aus dem westeuropäischen Ausland teilnahmen. Hauptredner war ERBAKAN, der zur Bildung einer einheitlichen muslimischen Massenbewegung in Europa aufrief, die alle Strömungen des Islams erfassen sollte. Er forderte die Gründung einer Moschee in jedem Ort und die Durchführung von Korankursen. ERBAKAN empfahl allen Rückkehrern in die Türkei, ihre aus der Rentenversicherung empfangenen Abfindungen der „Refah Partisi“ (RP) zu spenden.

## **„Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V., Köln“**

Der 1983 von KAPLAN gegründete „Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V., Köln“ ist eine Abspaltung von der AMGT. Er strebt die Islamisierung der Türkei und die Schaffung eines Staatsgefüges nach dem Vorbild der islamischen

Republik Khomeinis im Iran an. Die Anwendung gewaltsamer oder terroristischer Methoden wird nicht ausgeschlossen.

KAPLAN rief zum Heiligen Krieg gegen den Unglauben auf: Für alle, die sich gegen die islamische Bewegung stellten, sehe der Koran die Todesstrafe vor. Die Verbreitung des Islams sei ohne Verhaftungen, Folter und Erschießungen nicht denkbar.

In der Türkei wurde gegen KAPLAN, der als anerkannter Asylant in Köln lebt, wegen seiner kämpferisch-aggressiven Agitation gegen den türkischen Staat sowie seines Aufrufes zur islamischen Revolution in Abwesenheit ein Strafverfahren eröffnet. Das Ausländeramt der Stadt Köln verbot KAPLAN am 24. Februar, öffentlich in Wort und Schrift zur Gewalt aufzurufen oder solche Aufrufe zu billigen.

## **Iraner**

### **Linksextremistische Organisationen**

#### **MSV**

Die islamisch-fundamentalistische, marxistisch geprägte „Iranische Moslemische Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutschland e. V.“ (MSV) ist die größte extremistische iranische Oppositionsbewegung im Bundesgebiet. Ihre Mitgliederzahl wird auf 700 geschätzt. Stützpunkte bestehen u. a. in Göttingen und Hannover mit etwa 30 Anhängern.



## Vorbemerkung

Die Teilung Deutschlands begünstigt die Geheimdienste der Ostblock-Staaten. Sie betreiben nach dem Verständnis ihrer jeweiligen Partei- und Staatsführungen Spionage nicht nur als Mittel der Informationsgewinnung, sondern auch als Teil des Kampfes gegen die freiheitliche Demokratie. Nicht zuletzt aus diesem Grunde dankt SED- Generalsekretär Honecker regelmäßig zum Jahrestag der Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) den dort Beschäftigten dafür, daß sie sich zu einer „scharfen Waffe des sozialistischen Staates“ entwickelt und ihren „Kampfauftrag ehrenvoll erfüllt“ hätten.

Der hohe Rang der Ostblockgeheimdienste spiegelt sich in erheblichem materiellen und personellen Aufwand. Beispielsweise beschäftigt das MfS ca. 22.000 hauptamtliche Mitarbeiter. Hinzu kommen 9.000 Angehörige des Wachregiments „Felix Dzierzynski“.

Auch 1987 wurden den bundesdeutschen Abwehrbehörden mehrere hundert Personen bekannt, die von Geheimdiensten kommunistischer Staaten aufgefordert worden waren, gegen die Bundesrepublik Deutschland zu spionieren. 50 — 60 % hiervon waren Bürger der Bundesrepublik. Die übrigen Personen waren Geschäfts- und Besuchsreisende sowie Zuwanderer aus Ländern des Warschauer Pakts (DDR-Übersiedler, Aussiedler und Asylbewerber aus Polen, der UdSSR und anderen Staaten). Nur wenige der angesprochenen Bundesbürger waren jedoch bereit, nachrichtendienstlich tätig zu wer-

den; die meisten konnten die Werbungsbemühungen abwehren. Einige offenbarten sich den Spionageabwehrbehörden des Bundes und der Länder und sind von diesen beraten worden. Strafbar macht sich nach § 99 des Strafgesetzbuches nicht nur derjenige, der für den Geheimdienst einer fremden Macht eine geheimdienstliche Tätigkeit gegen die Bundesrepublik ausübt, sondern auch der, der sich zu einer solchen Tätigkeit bereit erklärt. Dabei reicht schon eine mündliche Erklärung z.B. gegenüber einem Angehörigen des MfS aus. Die Strafbarkeit entfällt nicht, wenn der Täter entgegen seiner Erklärung keine nachrichtendienstliche Tätigkeit entfaltet. Die Strafgesetze enthalten jedoch eine Bestimmung, nach der das Gericht die Strafe mildern oder von einer Bestrafung absehen kann, wenn ein Betroffener „tätige Reue“ übt und sich einer Dienststelle offenbart. Spionageabwehrbehörden, die nicht dem Legalitätsprinzip verpflichtet sind, d.h. die — anders als Polizeibehörden — nicht in jedem Fall ein Ermittlungsverfahren einleiten müssen, erweisen sich als besonders geeignete Ansprechpartner für nachrichtendienstlich verstrickte Mitbürger.

Jedem von einem Anbahnungsversuch gegnerischer Geheimdienste betroffenen Bürger kann deshalb geraten werden, sich vertrauensvoll an die für sein Bundesland zuständige Spionageabwehrbehörde zu wenden; das ist in Niedersachsen:

Niedersächsischer Minister  
des Innern  
Postfach 44 20  
3000 Hannover  
Tel. 05 11 — 31 14 19.

## **Lagebild**

### **Allgemeines**

1987 war Niedersachsen wie auch die anderen Bundesländer mit gemeinsamer Grenze zur DDR nach wie vor bevorzugtes Ziel für Militärsplionage der DDR. In der Gesamtzahl der Bemühungen aller Ostblocknachrichtendienste wurden jedoch in erster Linie politische Aufklärungsaufträge gegen Niedersachsen erteilt, während die Wirtschaftsspionage an dritter Stelle rangierte. Die meisten nachrichtendienstlichen Bemühungen gingen wie in den Vorjahren von der DDR aus.

### **Anwerbungen von Bundesbürgern**

Die Entspannung im deutsch-deutschen Verhältnis hat Erleichterungen für den Besuchsreiseverkehr und für übersiedlungswillige DDR-Bürger gebracht. Die Spionageabwehr wurde zugleich vor neue Probleme gestellt. Die erhöhte Zahl der Einreisen in die DDR erleichtert dem MfS Versuche, Bundesbürger im eigenen Machtbereich nachrichtendienstlich anzuwerben.

Ein Nachrichtendienst kann Anwerbungen konkret nur planen, wenn er wichtige Daten des künftigen Agenten kennt.

Bei allen Reisen in oder durch das Gebiet der DDR müssen Einreisende Personalien angeben. Bei mehrtägigen Aufenthalten sind weitergehende Angaben zu machen. Seit 1962 werden alle mit Personenkontrollen zusammenhängenden Aufgaben an den Grenzübergangsstellen der DDR von

Angehörigen des MfS (sog. Paßkontrollleinheiten — PKE —) durchgeführt. Allein am Autobahnkontrollpunkt Helmstedt/Marienborn sollen ca. 200 MfS-Beamte Schichtdienst leisten.

Zentrale Sammel- und Leitstelle für die Kontrolle und Überwachung des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs ist die Hauptabteilung VI des MfS in Ost-Berlin. Diese erhält täglich alle Meldungen der PKE über Grenzübertritte von Personen sowie Fotografien von Personal- und anderen Unterlagen zur Auswertung unter nachrichtendienstlichen Gesichtspunkten. Etwa seit 1975 werden alle Ein-, Aus- und Durchreisen in einer Datenverarbeitungsanlage in Ost-Berlin erfaßt und gespeichert.

Hat das MfS an einem Einreisenden nachrichtendienstliches Interesse, meldet die prüfende PKE die Einreise sofort an ein operatives Leitzentrum des MfS, welches wiederum die zuständige MfS-Einheit informiert. Während des Aufenthaltes in der DDR wird der Bundesbürger überprüft und ggf. überwacht. Eben solche Maßnahmen werden gegenüber den Gastgebern in der DDR veranlaßt bis zur späteren nachrichtendienstlichen Kontaktierung.

Daß auch sowjetische Geheimdienste von dieser Praxis profitieren, zeigt folgender Fall:

Am 12. November verurteilte das Oberlandesgericht Celle den 43jährigen Verkaufsberater L. aus Hameln wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und vier Monaten ohne Bewährung. L. hatte von 1975 bis zu seiner Fest-

# Spionageabwehr

## Antrag auf Einreise in die DDR

Application for entry into the GDR / Demande d'entrée en R.D.A.  
 Auszufüllen in Blockschrift / Complete in block letters / Remplir en majuscules!

Familienname / Family name / Nom de Famille: \_\_\_\_\_

Vorname / First name / Prénom: \_\_\_\_\_

Geburtsdatum und -ort / Date and place of birth / Date et lieu de naissance:

1	2	3	4
---	---	---	---

männlich\* / male / Homme \_\_\_\_\_ weiblich\* / female / Femme \_\_\_\_\_

Wohnanschrift einschl. Postleitzahl / Permanent address (incl. district) / Adresse complète: \_\_\_\_\_

Nr. des Passes und Ausstellungsbehörde: \_\_\_\_\_  
 Number of passport and issued by / No. de passeport et autorité délivrante

Ausgeübte Tätigkeit: \_\_\_\_\_  
 Present occupation / Emploi actuel

Arbeitsstelle: Name and address of employer / Employé chez: \_\_\_\_\_

Erlernter Beruf: \_\_\_\_\_  
 Occupation learned / Profession

Staatsangehörigkeit: \_\_\_\_\_  
 Nationality / Nationalité

Beabsichtigte Dauer des Aufenthaltes in der DDR / Duration of stay in the GDR / Durée du séjour en R.D.A.:

von / from / du: \_\_\_\_\_ bis / to / au: \_\_\_\_\_ in / in / à:

Zweck der Reise\* \_\_\_\_\_  
 Purpose of the journey \_\_\_\_\_  
 Motif du voyage \_\_\_\_\_

diplomatisch privat \_\_\_\_\_  
 official / private \_\_\_\_\_

Grenzübergangsstelle / Border crossing point / Point de passage: \_\_\_\_\_

einmalig \_\_\_\_\_  
 once \_\_\_\_\_

mehrmalig \_\_\_\_\_  
 several times \_\_\_\_\_

einmalige Einreise \_\_\_\_\_  
 one entry \_\_\_\_\_

mehrfache Einreise \_\_\_\_\_  
 several entries \_\_\_\_\_

Mitreisende Kinder bis 16 Jahre (Vorname, Alter): \_\_\_\_\_  
 Accompanying children under 16 years (first name, age) / Nom et âge des enfants de moins de 16 ans voyageant avec le requérant

Kennzeichen des Kfz / Registration number of vehicle / No. d'immatriculation du véhicule: \_\_\_\_\_

\* Zutreffendes ankreuzen / mark which is applicable / Marquer d'une croix les mentions utiles

Bei früherem Wohnsitz in der DDR letzte Wohnanschrift: \_\_\_\_\_  
 Last address if previous residence in GDR / Au cas où vous auriez été domicilié en R.D.A., indiquez votre dernière adresse

Bei Privatreisen Angabe des Reiseziels in der DDR \_\_\_\_\_  
 For private journeys only, person(s) to be visited / En cas de voyage privé, donnez les renseignements suivants sur la personne visitée

Familienname: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_  
 Surname / Prénom

Arbeitsstelle: \_\_\_\_\_  
 Name and address of employer / Employé chez:

Ausgeübte Tätigkeit: \_\_\_\_\_  
 Present occupation / Emploi actuel

Verwandtschaftsverhältnis: \_\_\_\_\_  
 Degree of kinship / Degré de parenté

Wohnanschrift einschl. Postleitzahl: \_\_\_\_\_  
 Permanent address (incl. district) / Adresse complète

Weitere Reiseziele \_\_\_\_\_  
 Further destinations in GDR (for official/business trips names and addresses of institutions/firms to be visited) / Autres destinations en R.D.A. (pour voyages d'affaires: noms et adresses des usines ou institutions)

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Ort / Datum / Place / date / lieu / date \_\_\_\_\_

Unterschrift / Signature \_\_\_\_\_

A	B	C	D
---	---	---	---

Raum für Bearbeitungsvermerke

PM 67 1/2

nahme im Mai 1987 für einen sowjetischen militärischen Nachrichtendienst gearbeitet.

Er besuchte häufig in der DDR lebende Verwandte und wurde von diesen sowjetischen Offizieren zugeführt, die Angehörige des Nachrichtendirektorates der sowjetischen Streitkräfte in der DDR waren. Dieser Nachrichtendienst verpflichtet auch Bundesbürger für die militärische Aufklärung. Sie werden dazu angehalten, militärische Bewegungen und Bauwerke auszuspähen sowie über militärisches Personal zu berichten.

L. sollte Einrichtungen und Material der britischen Rheinarmee sowie eine Bundeswehrkaserne und ein NATO-Depot ausspähen. Seine Führungsoffiziere schulten ihn in der konspirativen schriftlichen und funktechnischen Berichterstattung und rüsteten ihn mit entsprechenden Materialien aus. Im Verlauf seiner ca. 10jährigen aktiven Agententätigkeit traf sich L. bei Verwandtenbesuchen in der DDR zwölfmal mit seinen Führungsoffizieren, lieferte Spionagematerial über die britische Rheinarmee im Raum Hameln und erhielt neue Aufträge.

## **Ausnutzen der Zwangslage von Zuwanderern**

Nicht nur Bundesbürger, sondern auch Personen, die aus der DDR und den übrigen Ostblockländern in die Bundesrepublik übersiedeln möchten, stehen im Blickfeld der östlichen Nachrichtendienste. 1987 kamen ca. 18.000 Übersiedler aus der DDR und ca. 78.000 Zuwanderer aus dem übrigen Ostblock in das Bundesgebiet. Immer wieder werden solche Personen unter z.T. erheblichem Druck zu einer nachrichtendienstlichen Tätigkeit gepreßt. Dies zeigt beispielhaft folgender Fall:

Im November 1986 wurde der 38jährige Chemiearbeiter Z. wegen des Verdachts der nachrichtendienstlichen Agententätigkeit festgenommen. Er gestand, seit 1971 für das MfS gearbeitet zu haben. Angeworben wurde er in einer Haftanstalt der DDR. Dabei wurde ihm vorgeworfen, er betreibe Spionage für die Bundesrepublik Deutschland. Bei täglichen Verhören wurde er gedrängt, ein Geständnis abzulegen. Diesem Druck war er nach drei Monaten nicht mehr gewachsen, so daß er schließlich ein unrichtiges „Geständnis“ ablegte. Er wurde daraufhin vor die Wahl gestellt, wegen Spionage zu etwa 10 Jahren Haft verurteilt zu werden und seine Familie nicht wiederzusehen oder, vorzeitig entlassen, als politischer Häftling getarnt in der Bundesrepublik für das MfS tätig zu sein. Aus Angst vor der angeordneten Verurteilung und vor langjähriger Inhaftierung erklärte er sich zur Mitarbeit bereit.

Bei vier Treffen pro Jahr berichtete er seinem Führungsoffizier u.a. über Grenzabfertigungsmodalitäten, das Aufnahmelager Gießen, Veranstaltungen der CDU, deren Mitglied er auftragsgemäß geworden war, sowie eine Reihe von Einzelheiten aus dem Grenzbereich. Als Lohn will er Beträge von 150 bis 200 M/DDR pro Treff erhalten haben. Neben der Auspähnungstätigkeit führte er für seinen Führungsoffizier zahlreiche offensichtlich private Beschaffungsaufträge aus. Die dafür erforderlichen Geldbeträge erhielt er in der Regel in DM. Die Ehefrau war von Anfang an über die nachrichtendienstliche Verbindung informiert, hat jedoch nicht aktiv mitgewirkt.

Am 20. März wurde er vom OLG Celle wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und vier Monaten auf Bewährung verurteilt.

Bei deutschstämmigen Aussiedlern aus Ländern des Ostblocks scheuen die Nachrichtendienste der Sowjetunion, und hier insbesondere das Komitee für Staatssicherheit (KGB), keine Mühe, nachrichtendienstliche Aufträge mit auf den Weg zu geben. Die persönlichen Erlebnisse der Aussiedlungswilligen ähneln sich vielfach. So steht der Fall des O. für viele andere Schicksale:

O. bemühte sich mehrere Jahre um Ausreise aus der Sowjetunion. Dabei erhielt er zunächst verdeckt und später offen Kontakte zu Angehörigen des KGB. Diese verdeutlichten ihm, daß sein Aussiedlungsbegehren genehmigt werden

könnte, wenn er zur Mitarbeit bereit sei. Um das Ausreisegenehmigungsverfahren zu beschleunigen, erklärte sich Hermann O. zur Stimmungsausforschung unter seinen Landsleuten einverstanden. Nach einiger Zeit der Mitarbeit wurde O. die Ausreise aus der Sowjetunion in die Bundesrepublik Deutschland mit der Auflage genehmigt, seine Spitzeltätigkeit für das KGB im neuen Heimatland bei Aussiedlern und in Exilorganisationen fortzusetzen. Zum Schein ging O. auf diese Bedingung ein und offenbarte sich kurz nach der Einreise in das Bundesgebiet den Sicherheitsbehörden.

## **Anwerbungen von Besuchern aus dem Ostblock**

Auch der Kreis der Geschäfts- und Besuchsreisenden aus der DDR und anderen Ostblockländern (1987: ca. 3,8 Millionen) wird von gegnerischen Geheimdiensten für Spionagezwecke im Bundesgebiet genutzt, wie folgender Fall zeigt:

Im März 1987 meldete sich ein 30jähriger Dipl.-Ing. aus Ost-Berlin bei der Polizei und erklärte, er sei mit einem Auftrag des MfS in die Bundesrepublik eingereist. Als Mitglied einer Forschungsgruppe sei er seit 1980 mehrfach im westlichen Ausland gewesen. Als er eine weitere Reise beantragt habe, habe ihn ein Mitarbeiter des MfS besucht und geäußert, daß man sich vor Genehmigung einer solchen Reise der Loyalität des antragstellenden Bürgers versichern müsse.

STRAFGESETZBUCH DER BUNDESREPUBLIK  
DEUTSCHLAND

§ 98. Landesverräterische Agententätigkeit. (1) Wer

1. für eine fremde Macht eine Tätigkeit ausübt, die auf die Erlangung oder  
Behaltung von Staatsgeheimnissen gerichtet ist, oder

2. gegenüber einer fremden Macht oder einem ihrer Mitarbeiter sich zu  
einer solchen Tätigkeit bereit erklärt,

wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wenn die  
Tat nach Art. 94, Nr. 4 Abs. 1 mit Strafe bedroht ist. In besonders schweren  
Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren, § 94  
Abs. 2 Abs. 2 Nr. 1 gilt entsprechend.

(2) Das Gericht kann die Strafe nach seinem Ermessen mildern (§ 49 Abs. 2)  
oder von einer Bewährung nach diesen Vorschriften absehen, wenn der Täter freiwillig  
sein Verbrechen aufgedeckt und sich Wahrung seiner Dienstpflicht offenbart. Bei  
der Täter in dem Falle des Absatzes 1 Satz 1 von der fremden Macht oder einem  
ihres Mitarbeiter zu seinem Verbrechen gedrängt worden, so wird er nach diesem  
Vorbehalt nicht bestraft, wenn er freiwillig sein Verbrechen aufgedeckt und sich  
Wahrung unverzüglich einen Dienststelle überlassen.

§ 99. Geheimdienstliche Agententätigkeit. (1) Wer

1. für eine Geheimdienststelle, Fernstudium, Macht eine geheimdienstliche Tätigkeit  
gegen die Bundesrepublik Deutschland ausübt, die auf die Mitteilnahme oder  
Lieferung von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gerichtet ist, oder

2. gegenüber dem Geheimdienst einer fremden Macht oder einem seiner Mitarbeiter  
sich zu einer solchen Tätigkeit bereit erklärt,

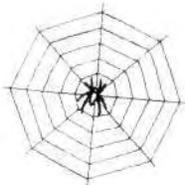
wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wenn die  
Tat nach Art. 94, Nr. 4 Abs. 1 Nr. 3 Satz 1 oder in § 49B in Verbindung mit  
Art. 94, Nr. 4 Abs. 1 mit Strafe bedroht ist.

(2) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von einem Jahr  
bis zu zehn Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der  
Täter Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse, die in einer amtlichen Schrift  
oder auf deren Verabreichung gerichtet waren, mitteilt oder liefert und  
weiss es.

1. eine innerstaatliche Stellung mitbewirkt, die bei der Wahrung wichtiger  
Geheimnisse besonders wichtig ist, oder

2. durch die Tat die Gefahr eines schweren Nachteils für die Bundesrepublik  
Deutschland herbeiführt.

(3) § 94 Abs. 2 gilt entsprechend.



SZPIEGOSTWO TO

LABIRYNT!

MY POMOŻEMY ZNALEŹĆ

PRAWDZIwą DROGĘ.

0511 - 31 14 19

Urząd Ochrony Konstytucji Kraju ze swoim  
KONTRWYWIADEM  
to nie Policja!

Urząd Ochrony Konstytucji Kraju nie jest  
zobowiązany wydać agenta, który mu się  
ujawnił, organom do ścigania przestępstw.

Już nie jeden obywatel, który zobowiązał  
się współpracować z polskim wywiadem,  
znalazł w poufnej rozmowie z Urzędem  
Ochrony Konstytucji Kraju  
POMOC I ULGĘ.

Ustawodawca Republiki Federalnej Niemiec  
przewidział w Art. 98, § 2 Kodeksu Karnego  
UMORZENIE lub ZŁAGODZENIE kary.

Die Landesbehörde für Verfassungsschutz mit ihrer  
SPIONAGEABWEHR  
ist keine Polizeibehörde!

Die Landesbehörde für Verfassungsschutz ist nicht  
verpflichtet, einen Agenten, der sich ihm  
offenbart hat, den Strafverfolgungsbehörden  
zu überstellen.

Schon mancher in Spionage verstrickte Bürger  
hat durch ein vertrauliches Gespräch mit der  
Landesbehörde für Verfassungsschutz  
HILFE und ERLEICHTERUNG gefunden.

Der Gesetzgeber der Bundesrepublik Deutsch-  
land hat im § 98 Abs. 2 des Strafgesetzbuches  
STRAFFREIHEIT oder STRAFMILDERUNG  
vorgesehen.

Bei einer späteren Unterredung sei ihm „vertrauensvolle Zusammenarbeit“ mit dem MfS angeboten worden.

Zum Schein habe er seine Bereitschaft zur Mitarbeit erklärt. Er sei entschlossen gewesen, die Reise zum endgültigen Verbleiben in der Bundesrepublik zu nutzen.

Er habe den Auftrag bekommen, Anfang März 1987 in Frankfurt einen ihm Unbekannten anzutreffen und eine Mitteilung entgegenzunehmen. Diese Nachricht hätte er nach seiner Rückkehr an das MfS weitergeben sollen.

## **Grenzaufklärung durch das MfS**

Auch 1987 betrieb das MfS verstärkt Grenzaufklärung. Aufgabe ist die Abschirmung und Sicherung der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen, die „Grenzaufklärung feindwärts“ sowie die Erstellung eines Grenzlagebildes. „Grenzaufklärung feindwärts“ bedeutet operative Spionage des MfS in einem etwa 50 km breiten Bereich der Bundesrepublik entlang der Grenze. Dabei interessiert sich das MfS für sehr viele Einzelheiten, vor allem auch solche, die in der Bundesrepublik offen zu beschaffen sind. Durchgeführt wird sie von Operativgruppen, die entlang der Grenze in verschiedenen NVA-Kasernen stationiert sind, und von Agenten, die im westlichen Grenzbe- reich angesiedelt sind, wie folgender Fall verdeutlicht:

Im Juni 1987 wurde bei einer Gedenkveranstaltung in der Nähe von Bad Harzburg der 48jährige

Versandstellenleiter Klaus O. von der Polizei überprüft, weil er sich in auffälliger Weise Kfz-Kennzeichen notierte. Auf Vorhalt räumte er ein, für das MfS tätig zu sein. Das gleiche behauptete er von seinem 72jährigen Onkel, einem DDR-Bewohner, der ebenfalls an der Veranstaltung teilnahm.

In den weiteren Vernehmungen gab er zu, von 1980 bis 1982 für seinen Onkel — ohne Kenntnis eines nachrichtendienstlichen Hintergrundes — Veranstaltungskalender, Zimmernachweise, Telefonbücher usw. aus dem Harz beschafft zu haben. Anlässlich eines DDR-Besuches führte ihn dieser Onkel im Jahre 1982 direkt einem MfS-Mitarbeiter zu, der ihn anwarb und von da an führte. Seine Aufträge bestanden im wesentlichen in der Beobachtung von Veranstaltungen des Bundes der Vertriebenen, Sammlung von Zeitungsberichten über BGS, Polizei, Bundeswehr und Zoll sowie in der Beschaffung der oben genannten Informationen.

Bis zu seiner Festnahme kam es zu ca. 20 Treffen mit seinem Führungsoffizier in verschiedenen konspirativen Objekten der DDR, überwiegend im unmittelbaren Grenzbe- reich. Die Materialübergabe erfolgte meist durch den als Kurier tätigen Onkel. O. erhielt für seine nachrichtendienstliche Tätigkeit insgesamt etwa 5.000 DM.

Am 23. September wurden O. und sein Onkel wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu Freiheitsstrafen von jeweils einem Jahr und sechs Monaten auf Bewährung verurteilt.

## **Weitere Fälle**

### **Anwerbungen von Studenten**

Auch Auslandsaufenthalte von Studenten der Bundesrepublik in Staaten des Ostblocks wurden zu nachrichtendienstlichen Ansprachen genutzt:

Der Student K. studierte seit über einem Jahr an einer polnischen Hochschule Slawistik. Als er sich nach einem Ferienaufenthalt im Bundesgebiet bei der polnischen Miliz an seinem Studienort zurückmelden wollte, wurde er dort von einem Mitarbeiter des polnischen Nachrichtendienstes aufgefordert, am nächsten Tag in einer Privatwohnung zu erscheinen. K. folgte dieser Aufforderung, weil er Nachteile für sein Studium befürchtete.

Dort wurde ihm erklärt, daß man ihn schon seit längerer Zeit intensiv beobachtet hätte. Während des Aufenthalts in Polen sollte er finanzielle Zuwendungen sowie bestimmte andere Förderungen beim Studium erhalten. Als Gegenleistung wurde verlangt, daß er sich nach seinem Studium bei einer Behörde der Bundesrepublik bewerben und nach seiner Anstellung für den polnischen Nachrichtendienst arbeiten solle.

K. bat zum Schein um Bedenkzeit und fuhr wenige Tage später ins Bundesgebiet zurück.

### **Illegaler Technologietransfer**

Im März 1987 verurteilte das OLG Celle zwei Computer-Fachleute we-

gen Spionage für die UdSSR zu jeweils kurzen Freiheitsstrafen, die zur Bewährung ausgesetzt wurden.

Einer der beiden Verurteilten war mit seiner Computer-Firma in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Beide wandten sich an einen Mitarbeiter der sowjetischen Handelsvertretung in Ost-Berlin und boten ihm die Lieferung elektronischer Geräte an, die z.T. unter die Embargo-Vorschriften fallen. Bei der Abwicklung der Geschäfte wurden die Geräte-Hersteller von den Computer-Fachleuten über den tatsächlichen Endabnehmer getäuscht. Dem bundesdeutschen Zoll wurden falsche Ausfuhrerklärungen vorgelegt. Der Mitarbeiter der sowjetischen Handelsvertretung war ein Angehöriger des sowjetischen Nachrichtendienstes. Er sorgte für die unbehelligte Einreise der Computer-Fachleute in die DDR und bezahlte die Lieferungen in bar.

## Allgemeines

Die Erfahrungen aus den aufsehererregenden Spionagefällen der letzten Jahre haben gezeigt, daß ein umfassender materieller und personeller Geheimschutz notwendig ist. Von den Sicherheitsbehörden sind vorbeugende Maßnahmen zum Schutz gegen Ausspähungen gegnerischer Nachrichtendienste zu treffen. Hierzu gehören neben den technischen und organisatorischen Sicherheitsvorkehrungen personelle Sicherheitsmaßnahmen wie die Überprüfung von Personen, die in sicherheitsempfindlichen Bereichen tätig werden sollen.

Auch die zahlreichen Werbungsversuche von Ostblock-Geheimdiensten bei westdeutschen Besuchern und Geschäftsreisenden machen deutlich, daß die Bemühungen zum Schutz dieser Personen und geheimhaltungsbedürftiger Angelegenheiten nicht nachlassen dürfen.

## Geheimschutz

Der Geheimschutz trifft vorbeugende Maßnahmen zur Abwehr von Spionageaktivitäten, insbesondere von Einschleusungsversuchen in Behörden, Wirtschaftsunternehmen, Forschungseinrichtungen und politischen Parteien. Ein wirksamer Schutz kann nur gewährleistet werden, wenn für technische und personelle Maßnahmen sowie für das Geheimschutzverfahren ausreichende Regelungen vorhanden sind.

Rechtsgrundlagen für den Geheimschutz sind § 3 Abs. 2 des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes (NVerfSchG) und die Verschlusssachenanweisung (VSA) mit den sie

ergänzenden Richtlinien über technische Maßnahmen gegen die Kenntnisnahme von Verschlusssachen durch Unbefugte und über Kontrollmaßnahmen zum Schutz von Verschlusssachen. Hierzu gehören auch die Richtlinien für die Sicherheitsüberprüfung künftiger Geheimnisträger (SiR). Diese Vorschriften enthalten Regelungen über die Entstehung und Kennzeichnung von Verschlusssachen, über ihre Behandlung und Aufbewahrung sowie über die Feststellung von Sicherheitsrisiken.

Festgestellte Sicherheitsmängel und spektakuläre Spionagefälle in den vergangenen Jahren haben gezeigt, daß die Richtlinien für die Sicherheitsüberprüfung Lücken aufwiesen. Neue Richtlinien für die Sicherheitsüberprüfung von Personen im Rahmen des Geheimschutzes sollen die Lücken schließen. Sie berücksichtigen sowohl die Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts im Urteil zum Volkszählungsgesetz wie auch weitergehende Forderungen zur Verbesserung des Datenschutzes und der Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens. Die Sicherheitsrichtlinien sollen 1988 in Kraft treten.

Bei der Durchführung der Verschlusssachenanweisung berät die niedersächsische Verfassungsschutzbehörde im Rahmen ihrer Mitwirkungsaufgaben andere Dienststellen, die Verschlusssachen verwalten. Außerdem führt sie Sicherheitsüberprüfungen durch, die gewährleisten sollen, daß nur zuverlässiges Personal Zugang zu geheimhaltungsbedürftigen Angelegenheiten bekommt.

Werden geheimhaltungsbedürftige Forschungs-, Entwicklungs- und Fertigungsaufträge, z.B. in Rüstungsan-

gelegenheiten, an Wirtschaftsunternehmen, Forschungseinrichtungen oder Einzelpersonen vergeben, ist der Bundesminister für Wirtschaft für das Geheimschutzverfahren zuständig. Hierbei wirkt die Verfassungsschutzbehörde mit. Grundlage für dieses Verfahren ist das Geheimschutzhandbuch für die Wirtschaft, das alle für die Durchführung von geheimschutzbedürftigen öffentlichen Aufträgen zu beachtenden Vorschriften enthält.

Gegnerische Nachrichtendienste nutzen vor allem den Aufenthalt von Bundesbürgern im kommunistischen Machtbereich, um sie dort für eine Mitarbeit anzuwerben. Der Anwerbung gehen nicht selten briefliche oder telefonische Kontaktaufnahmen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland voraus, die darauf abzielen, die Angesprochenen zu einem Besuch zu bewegen.

Zu den Aufgaben des vorbeugenden Geheimschutzes gehört es deshalb auch, die an sicherheitsempfindlicher Stelle beschäftigten Bundesbürger bei Reisen in den kommunistischen Machtbereich zu beraten, um sie durch bestimmte Verhaltensregeln vor einer nachrichtendienstlichen Verstrickung zu bewahren.



## Rechtslage

Seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Mai 1975 ist es ständige höchstrichterliche und obergerichtliche Rechtsprechung, daß die aus Art. 33 Abs. 2 des Grundgesetzes hergeleitete politische Treuepflicht eine beamtenrechtliche Kernpflicht ist; sie gilt für das Verhalten innerhalb und außerhalb des Dienstes. Dem tragen die gesetzlichen Regelungen Rechnung und fordern von Bewerbern für die Beamtenlaufbahn die Gewähr, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat erkannt, daß diese Regelungen nicht gegen die Menschenrechtskonvention verstoßen. Inzwischen hat sich auch die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) mit der Frage der Beschäftigung von Extremisten im öffentlichen Dienst befaßt. Auf seiner Sitzung vom 28. — 30. Mai 1987 nahm der Verwaltungsrat der ILO den — kritischen — Bericht eines Untersuchungsausschusses und die Antwort der Bundesregierung ohne Aussprache zur Kenntnis. Die deutschen Maßnahmen zur Erhaltung eines verfassungstreuen öffentlichen Dienstes können somit nicht als Verletzung des ILO-Übereinkommens 111 über Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf angesehen werden; von einer „Verurteilung“ der Bundesrepublik durch das ILO-Verfahren kann nicht gesprochen werden.

Die Pflicht zur Verfassungstreue ist nicht nur beamtenrechtliche Kernpflicht, sondern gilt kraft tarifver-

traglicher Regelung auch für andere Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst. Bewerber, die nicht die Gewähr dafür bieten, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten, dürfen abgelehnt werden. Entsprechendes gilt für öffentlich Bedienstete, gegen die mit disziplinar- und arbeitsrechtlichen Maßnahmen vorgegangen werden kann.

## Mitwirkung des Verfassungsschutzes

In diesem sachlichen Zusammenhang wird die Verfassungsschutzbehörde auf der Grundlage des § 3 Abs. 3 NVerfSchG mitwirkend tätig und teilt für bestimmte Bewerbergruppen nach folgenden Grundsätzen Erkenntnisse mit:

- Den Einstellungsbehörden werden nur vor Gericht beweisbare Erkenntnisse mitgeteilt.
- Für sich genommen oder in ihrer Gesamtheit müssen die Erkenntnisse von solchem Gewicht sein, daß sie Zweifel an der Verfassungstreue begründen können.
- Länger als drei Jahre zurückliegende und im Hinblick auf den Zeitablauf nicht mehr bedeutsame Erkenntnisse werden i.d.R. nicht mitgeteilt.
- Sogenannte „Jugendsünden“ werden ebenfalls nicht weitergegeben.
- Nur vorhandene Erkenntnisse werden mitgeteilt; die Verfassungsschutzbehörde leitet aus Anlaß der Anfrage keine Ermittlungen ein.

— Beim Verfassungsschutz wird nicht bei Bewerbungen für einfache und mittlere Funktionen angefragt; Ausnahmen gelten für bestimmte Sicherheitsbereiche.

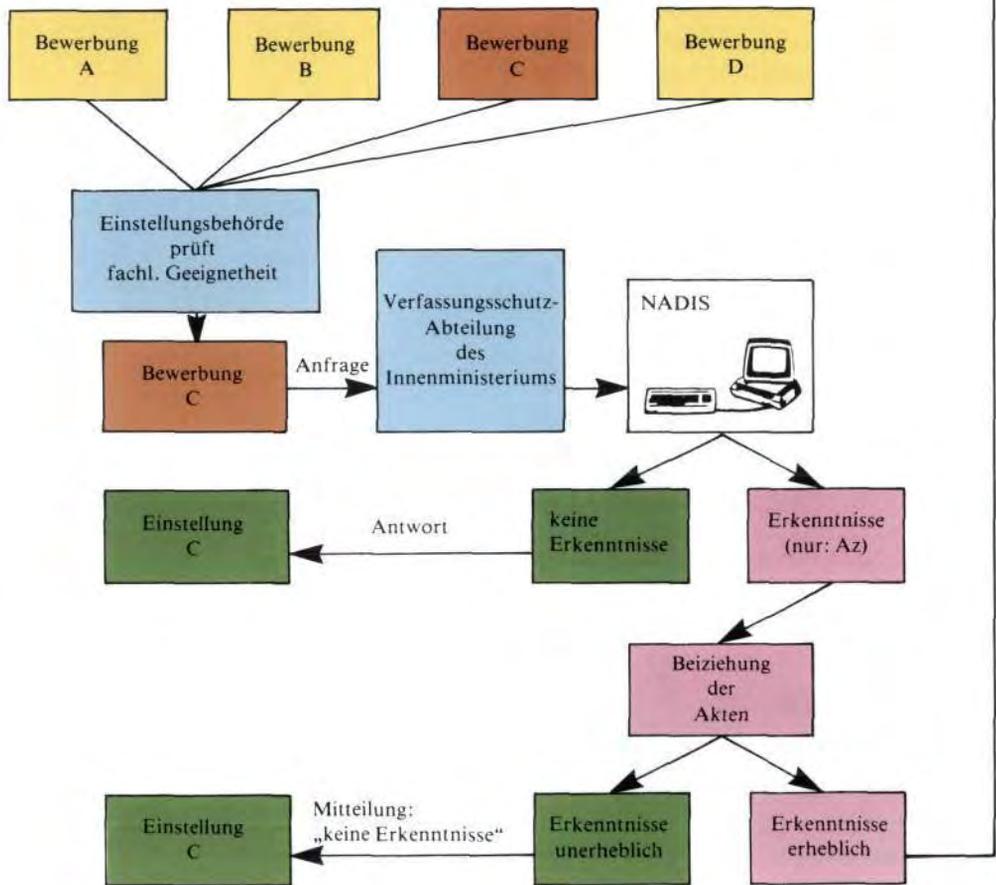
In der Zeit von 1972 bis zum 31.12.1987 wurden in Niedersachsen insgesamt 162.931 Anträge geprüft. In 719 Fällen hat die Verfassungsschutzbehörde Erkenntnisse mitgeteilt. Die Einstellungsbehörden haben deshalb bisher 141 Bewerber abgelehnt, 102 Bewerbungen wurden zurückgezogen. 84 Bewerber haben gegen die Ablehnung der Einstellung geklagt. 8 von ihnen haben sowohl Verwaltungs- als auch Arbeitsgerichte angerufen. Wegen Änderung der Laufbahnvorschriften haben 2 Bewerber jeweils zwei Verwaltungsstreitverfahren geführt. Bis zum 31.12.1987 wurden insgesamt 83 Verfahren rechtskräftig abgeschlossen; in 14 Fällen wurde gegen die Einstellungsbehörden entschieden; 2 Fälle wurden durch Vergleich beendet.

## **Dienstpflichtverletzungen**

Auch gegen im öffentlichen Dienst Beschäftigte mußte disziplinarrechtlich vorgegangen werden. 62 Bedienstete (35 Beamte und 27 Arbeitnehmer) mußten nach z.T. langjährigen Verfahren aufgrund von Gerichtsurteilen aus dem Dienst ausscheiden, davon in 59 Fällen wegen linksextremistischer, in 3 Fällen wegen rechtsextremistischer Betätigung.

## Mitwirkung des Verfassungsschutzes bei Einstellungen in den öffentlichen Dienst

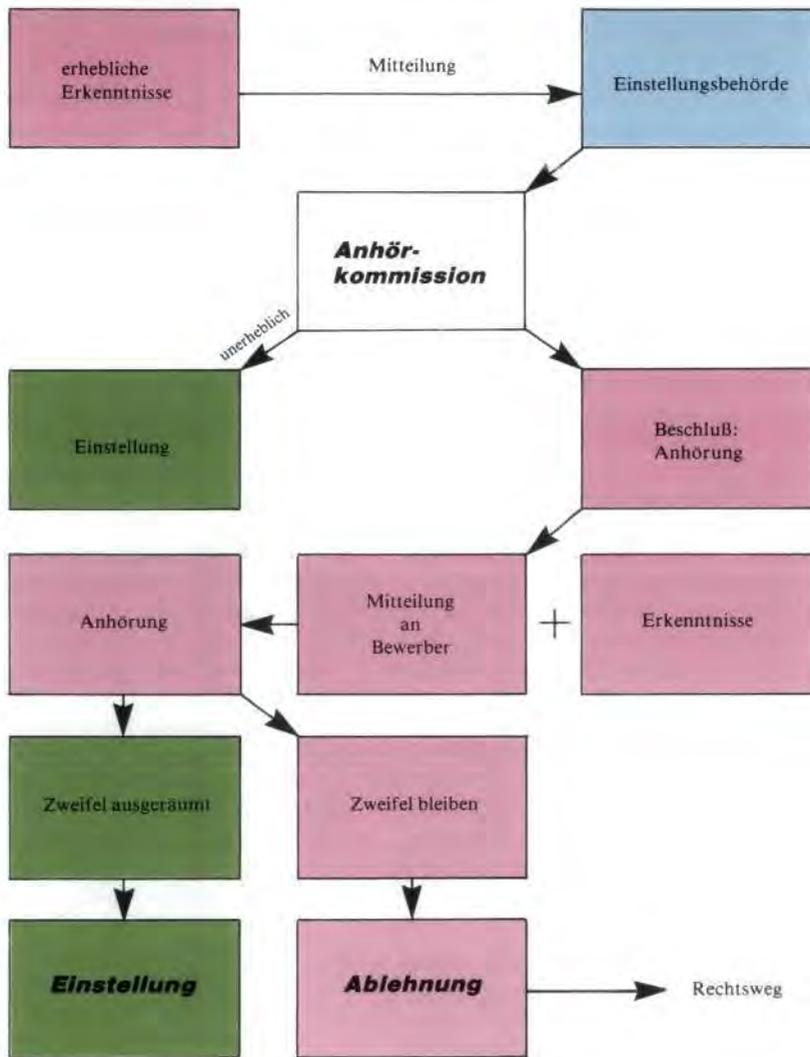
(§ 3 Abs. 3 Niedersächsisches Verfassungsschutzgesetz)



Die Einstellungsbehörde prüft alle Bewerbungen und entscheidet sich für den geeignetsten Kandidaten. Nur zu dieser Person wird dann bei der Verfassungsschutzbehörde angefragt. Diese befragt NADIS, das „Nachrichtendienstliche Informationssystem“ der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder. Im NADIS sind nur die wichtigsten Personendaten einer Person (Name, Vorname, Geburtsdatum pp.) sowie die entsprechenden Aktenzeichen gespeichert.

In den meisten Fällen liegen keine Erkenntnisse über den betreffenden Bewerber vor. Dann erhält die anfragende Dienststelle entsprechende Mitteilung und stellt den Kandidaten ein.

Verweist NADIS auf Vorgänge, werden diese angefordert und geprüft. Unerhebliche Erkenntnisse bleiben unberücksichtigt; der Bewerber kann ebenfalls eingestellt werden. Damit sind mehr als 99% aller Anfragen positiv für die Bewerber erledigt.



Wenn gewichtige und gerichtsverwertbare Erkenntnisse vorhanden sind, die ernsthafte Zweifel an der künftigen Verfassungstreue des Bewerbers begründen, ergeht eine detaillierte Mitteilung an die Einstellungsbehörde. Der Bewerber wird darüber unterrichtet. Die Einstellungsbehörde entscheidet nicht selbst, sondern ruft die Interministerielle Anhörkommission an. Die Mitglieder dieser Kommission sind höhere Beamte verschiedener Ministerien. Die Kommission ist mit richterlicher Unabhängigkeit ausgestattet. Sie prüft die Akten und lädt den Bewerber ggf. zu einer persönlichen Erörterung. Ein Rechtsbeistand ist zugelassen. In einer ausführlichen schriftlichen Entscheidung begründet die Kommission schließlich, ob der Bewerber ungeachtet der ursprünglichen Zweifel eingestellt werden kann oder wegen fortbestehender Zweifel an der Verfassungstreue abgelehnt werden muß. Nunmehr steht dem Betroffenen noch der Weg zu den Verwaltungsgerichten offen.

## Verfassungsschutz durch Aufklärung

Der gesetzliche Auftrag und die Tätigkeit des Verfassungsschutzes sind in den letzten Jahren zunehmend in die öffentliche Diskussion geraten. Eine sachliche Auseinandersetzung über diese Themen ist in einem demokratischen Rechtsstaat legitim und sogar erwünscht. Der Verfassungsschutz muß sich, wie jede andere Behörde auch, sachlicher Kritik stellen. Soweit Geheimhaltung nicht zwingend geboten ist, sollte die Arbeit des Verfassungsschutzes so transparent wie möglich gemacht werden. Allerdings hat auch eine zunehmende, zum Teil gezielt und systematisch betriebene Polemik manche Bürger, gerade auch solche der jüngeren Generation, verunsichert. Hier fehlt es häufig an den notwendigen Informationen, um sachliche Kritik von irreführender Agitation unterscheiden zu können. Auch die konkreten geschichtlichen Erfahrungen aus der Weimarer Republik, der nationalsozialistischen Diktatur und den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch von 1945, die zum Prinzip der wehrhaften Demokratie im Grundgesetz und damit auch zur Einführung des Verfassungsschutzes geführt haben, sind der jüngeren Generation inzwischen weitgehend unbekannt.

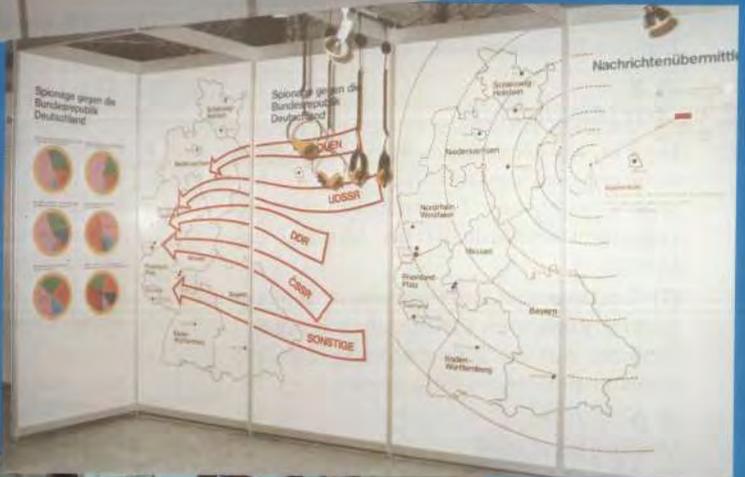
Dies ist nach den Erkenntnissen soziologischer Untersuchungen einer der gewichtigsten Gründe dafür, daß die demokratiefeindlichen Weltbilder links- und rechtsextremistischer Ideologien gerade auf junge Menschen Anziehungskraft haben.

Aus diesen Gründen hat die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder schon vor einigen Jahren beschlossen, die Bemühungen um entsprechende Unterrichtung der Öffentlichkeit (Verfassungsschutz durch

Aufklärung) zu verstärken und dafür eigene Organisationseinheiten bei den Verfassungsschutzbehörden zu errichten. In Niedersachsen ist von jeher großes Gewicht auf die Erfüllung dieser Aufgabe gelegt worden. Auch im Berichtszeitraum haben Mitarbeiter des Verfassungsschutzes in zahlreichen Vorträgen, Diskussionsveranstaltungen und Seminaren einige tausend Zuhörer über Notwendigkeit, gesetzlichen Auftrag und Arbeit des Verfassungsschutzes sowie über die Ideologien und die verfassungsfeindlichen Zielsetzungen des Rechts- und Linksextremismus informiert. Im Vordergrund stand dabei das Bestreben, junge Menschen (in Schulen, Ausbildungsstätten und Einrichtungen für staatsbürgerliche Bildung) und wichtige Multiplikatoren (u. a. Auszubildende und Führungskräfte) zu erreichen.

Auch dieser Jahresbericht ist ein Stück Öffentlichkeitsarbeit. Die Erfahrung der Weimarer Republik lehrt, daß Feinde der Demokratie die auch ihnen gewährte Freiheit und Toleranz dazu mißbrauchen, ein System der Unfreiheit und Intoleranz zu errichten. Darüber gilt es aufzuklären. Intoleranz ist von einer freiheitlichen Demokratie nicht hinzunehmen.

*„In der Tat, hier hat die Toleranz ihre Grenzen. Wenn wir der Intoleranz den Rechtsanspruch zugestehen, toleriert zu werden, dann zerstören wir die Toleranz und den Rechtsstaat. Das war das Schicksal der Weimarer Republik.“ (Karl POPPER: Duldsamkeit und intellektuelle Verantwortlichkeit, in: Auf der Suche nach einer besseren Welt, München 1984, S. 250)*



*Teil der Öffentlichkeitsarbeit des niedersächsischen Verfassungsschutzes: Ausstellung zu Extremismus, Terrorismus und Spionage*



## **Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Niedersachsen (Niedersächsisches Verfassungsschutzgesetz – NVerfSchG –)**

Vom 12. Juli 1976

(Nieders. GVBl. S. 181)

in der Fassung vom 24. März 1980

(Nieders. GVBl. S. 67)

### **§ 1**

#### **Zweck des Verfassungsschutzes**

Der Verfassungsschutz dient dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder.

### **§ 2**

#### **Zuständigkeit**

(1) Für die Aufgaben des Verfassungsschutzes ist ausschließlich die Verfassungsschutzbehörde zuständig. Verfassungsschutzbehörde ist der Minister des Innern.

(2) Verfassungsschutzbehörden anderer Länder dürfen im Geltungsbereich dieses Gesetzes nur im Einvernehmen mit dem Minister des Innern tätig werden.

### **§ 3**

#### **Aufgaben der Verfassungsschutzbehörde**

(1) Aufgabe der Verfassungsschutzbehörde ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,

2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes vom 27. September 1950 (Bundesgesetzbl. I S. 682), geändert durch Gesetz vom 7. August 1972 (Bundesgesetzbl. I S. 1382), für eine fremde Macht,

3. Bestrebungen im Geltungsbereich des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

(2) Die Verfassungsschutzbehörde wirkt mit

1. bei der Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,

2. bei der Überprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder beschäftigt werden sollen,

3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.

(3) Die Verfassungsschutzbehörde erteilt auf Anfrage von Behörden, denen die Einstellung von Bewerbern in den öffentlichen Dienst obliegt, nach pflichtgemäßem Ermessen Auskunft aus vorhandenen Unterlagen gemäß

Absatz 1. Die Auskunft ist auf solche gerichtsverwertbaren Tatsachen zu beschränken, die Zweifel daran begründen können, daß der Bewerber jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten wird.

#### **§ 4 Befugnisse der Verfassungsschutzbehörde**

(1) Bestehen Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen oder Tätigkeiten im Sinne des § 3 Abs. 1, so ist die Verfassungsschutzbehörde befugt, bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nachrichtendienstliche Mittel anzuwenden. Bei der Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel ist die Verfassungsschutzbehörde an die allgemeinen Rechtsvorschriften gebunden.

(2) Der Verfassungsbehörde stehen polizeiliche Befugnisse nicht zu.

#### **§ 5 Amtshilfe und Auskunfts- erteilung**

(1) Die Behörden des Landes, die Gemeinden, die Landkreise, die sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die Gerichte des Landes und die Verfassungsschutzbehörde leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe.

(2) Die Verfassungsschutzbehörde kann über alle Angelegenheiten, deren Aufklärung zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlich ist, von den in Absatz 1 genannten Stellen Auskünfte und die Übermittlung von Unterlagen verlangen, soweit nicht gesetzliche Vorschriften entgegenstehen.

(3) Die in Absatz 1 genannten Stellen unterrichten von sich aus die Verfassungsschutzbehörde über alle Tatsachen, die geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht oder Bestrebungen erkennen

lassen, die durch Anwendung von Gewalt oder dahingehende Vorbereitungs-handlungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind.

#### **§ 6 Weitergabe von Erkenntnissen an Dritte**

Die Verfassungsschutzbehörde darf ihre Erkenntnisse grundsätzlich nicht an andere als staatliche Stellen weitergeben. Über Ausnahmen entscheidet im Einzelfall der Minister oder sein ständiger Vertreter, soweit dies zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes oder der Sicherheit des Bundes oder eines Landes erforderlich ist.

#### **§ 7 Parlamentarische Kontrolle**

Unbeschadet der Rechte des Landtages und seiner Ausschüsse unterliegt die Landesregierung hinsichtlich der Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde der besonderen Kontrolle durch die vom Landtag zu bildende Parlamentarische Kontrollkommission.

#### **§ 8 Mitgliedschaft in der Parlamen- tarischen Kontrollkommission**

(1) Der Landtag wählt zu Beginn jeder Wahlperiode die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission aus seiner Mitte.

(2) Er bestimmt die Zahl der Mitglieder, die Zusammensetzung und die Arbeitsweise der Parlamentarischen Kontrollkommission.

(3) Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtages auf sich vereinigt.

(4) Scheidet ein Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission aus dem

Landtag oder seiner Fraktion aus oder wird es Mitglied der Landesregierung, so verliert es seine Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Kontrollkommission; § 9 Abs. 4 bleibt unberührt. Für dieses Mitglied ist unverzüglich ein neues Mitglied zu wählen; das gleiche gilt, wenn ein Mitglied aus der Parlamentarischen Kontrollkommission ausscheidet.

## **§ 9**

### **Verfahrensweise**

(1) Die Beratungen der Parlamentarischen Kontrollkommission sind geheim. Die Mitglieder sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen bei ihrer Tätigkeit in der Parlamentarischen Kontrollkommission bekanntgeworden sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden aus der Parlamentarischen Kontrollkommission.

(2) Die Parlamentarische Kontrollkommission tritt mindestens einmal im Vierteljahr zusammen. Sie gibt sich eine Geschäftsordnung.

(3) Jedes Mitglied kann die Einberufung und die Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission verlangen.

(4) Die Parlamentarische Kontrollkommission übt ihre Tätigkeit auch über das Ende einer Wahlperiode des Landtages solange aus, bis der nachfolgende Landtag die Parlamentarische Kontrollkommission nach § 8 gebildet hat.

## **§ 10**

### **Umfang der Kontrolle**

(1) Die Landesregierung unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission nach Maßgabe des Absatzes 2 umfassend über die allgemeine Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde und über Vorgänge von besonderer Bedeutung. Die Parlamentarische Kontrollkommission hat Anspruch auf entsprechende Unterrichtung.

(2) Zeit, Art und Umfang der Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission werden unter Beachtung des notwendigen Schutzes des Nachrichtenzugangs durch die politische Verantwortung der Landesregierung bestimmt.

(3) Die Kontrolle der Durchführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz bleibt den auf Grund von Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes von der Volksvertretung bestellten Organen und Hilfsorganen vorbehalten.

## **§ 11**

### **Verantwortung der Landesregierung**

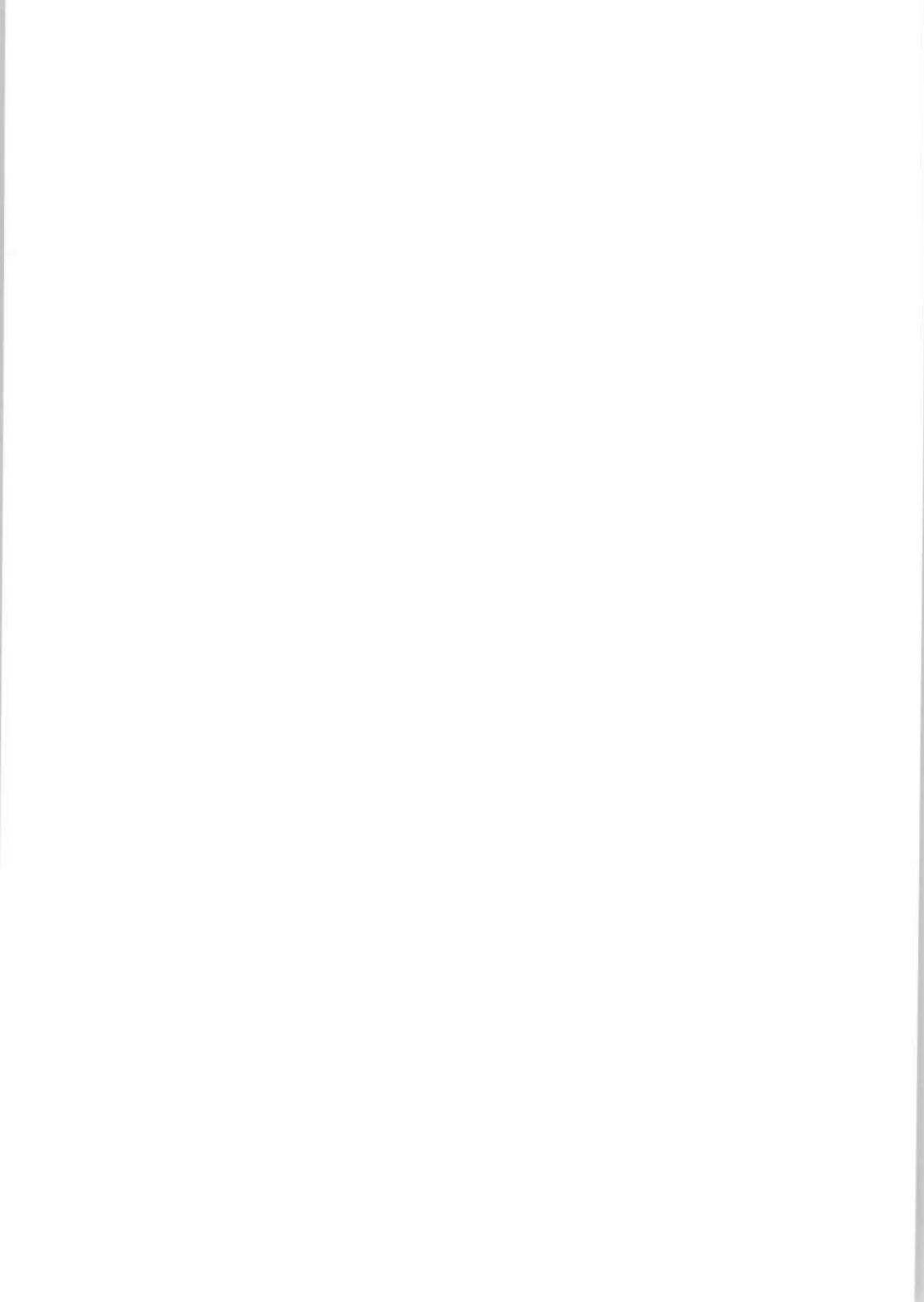
Die politische Verantwortung der Landesregierung für die Verfassungsschutzbehörde bleibt unberührt.

## **§ 12**

### **Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.





Senden Sie mir bitte \_\_\_\_\_ Exemplar/e des Verfassungsschutzberichtes 1987 an die umseitige Anschrift.

Ich bin an einem Vortrag über

- Verfassungsschutz (Gesetzliche Grundlagen, Organisation, Arbeitsweise, Kontrolle)
- Extremismus (Links- oder Rechtsextremismus, Terrorismus)
- Spionageabwehr

interessiert (Veranstalter: \_\_\_\_\_).

Tel.: (       )

Senden Sie mir bitte \_\_\_\_\_ Exemplar/e des Verfassungsschutzberichtes 1987 an die umseitige Anschrift.

Ich bin an einem Vortrag über

- Verfassungsschutz (Gesetzliche Grundlagen, Organisation, Arbeitsweise, Kontrolle)
- Extremismus (Links- oder Rechtsextremismus, Terrorismus)
- Spionageabwehr

interessiert (Veranstalter: \_\_\_\_\_).

Tel.: (       )

Absender:

---

---

---

---



Der  
Niedersächsische  
Minister des Innern  
Postfach 44 20

3000 Hannover 1

Absender:

---

---

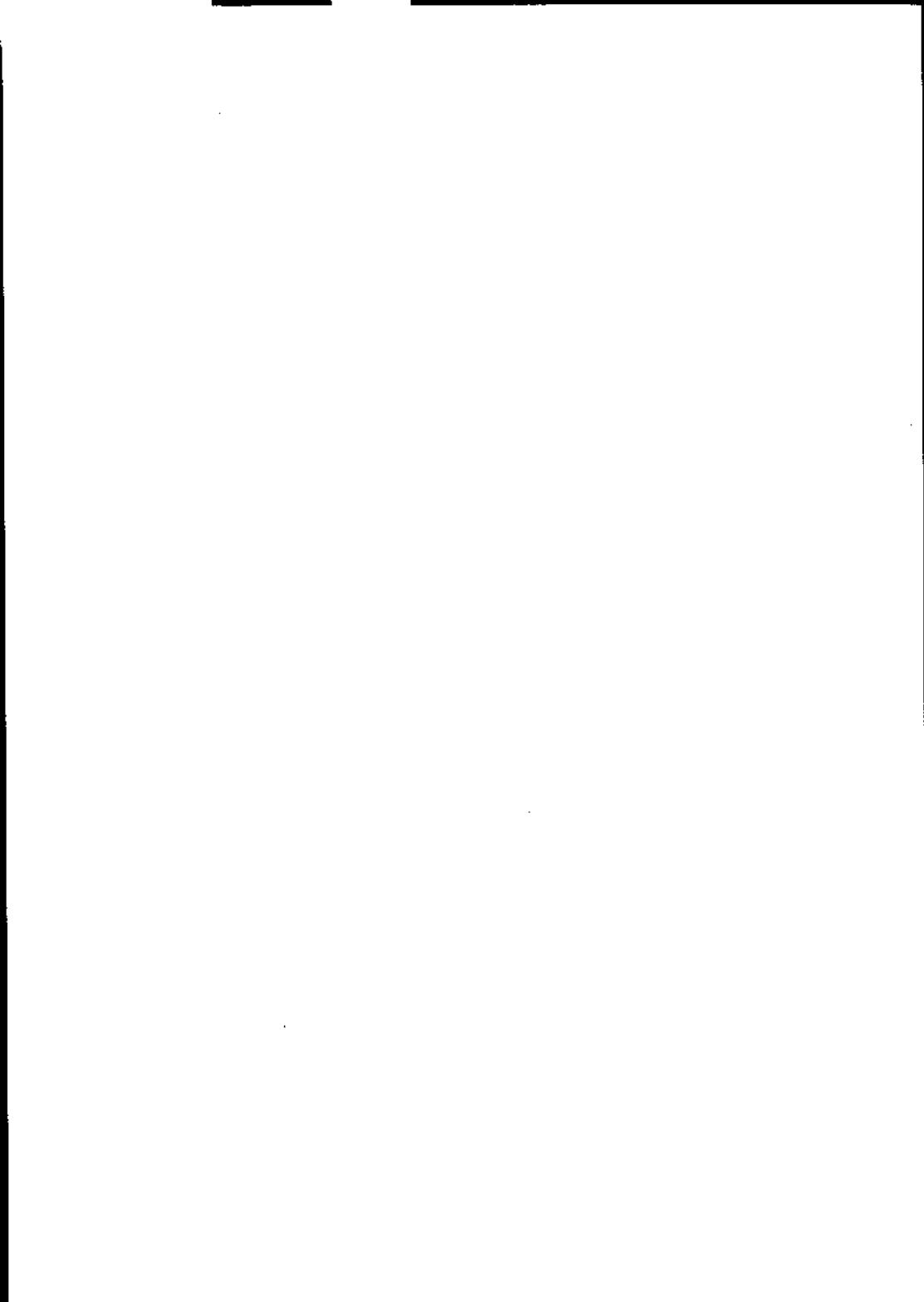
---

---



Der  
Niedersächsische  
Minister des Innern  
Postfach 44 20

3000 Hannover 1



- **Linksextremismus**
- **Rechtsextremismus**
- **Ausländerextremismus**
- **Spionage**